Bundesgesetzblatt

2321

Teil II — G 1998

1998 — Ausgegeben zu Bonn am 21. September 1998 — Nr. 37

Tag	Inhalt	Seite
10. 9. 98	**Gesetz zu dem Übereinkommen vom 26. Juli 1995 über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften (EG-Finanzschutzgesetz – EGFinSchG)** .... FNA: neu: 188-86; 450-2, 610-1-3 GESTA: XC020	2322
10. 9. 98	**Gesetz zu dem Übereinkommen vom 17. Dezember 1997 über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr (Gesetz zur Bekämpfung internationaler Bestechung – IntBestG)** .... FNA: neu: 450-28 GESTA: XC022	2327
10. 9. 98	**Gesetz zu dem Protokoll vom 27. September 1996 zum Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften (EU-Bestechungsgesetz – EUBestG)** FNA: neu: 188-88; 450-2 GESTA: XC023	2340
10. 9. 98	**Gesetz zu dem Abkommen vom 15. November 1971 über die Schaffung des internationalen Systems und der Organisation für kosmische Fernmeldeverbindungen „INTERSPUTNIK" und zu dem Protokoll vom 30. November 1996 über die Einbringung von Korrekturen in dieses Abkommen** .... FNA: neu: 9020-11 GESTA: XK007	2346
23. 6. 98	Bekanntmachung des deutsch-russischen Abkommens über nukleare Haftung im Zusammenhang mit Lieferungen aus der Bundesrepublik Deutschland für Kernanlagen in der Russischen Föderation	2364
21. 7. 98	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens zur Befreiung der von diplomatischen oder konsularischen Vertretern errichteten Urkunden von der Legalisation	2373
22. 7. 98	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Verordnung und des deutsch-kroatischen Abkommens über die gegenseitige Befreiung von Steuern und Straßengebühren für Straßenfahrzeuge im internationalen Verkehr	2373
23. 7. 98	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Eingliederung der Internationalen Pappelkommission in die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen	2374
23. 7. 98	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Satzung der Europäischen Kommission zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche	2374
31. 8. 98	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Unidroit-Übereinkommens über das internationale Factoring	2375
31. 8. 98	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-vietnamesischen Investitionsförderungsvertrags	2376

Gesetz zu dem Übereinkommen vom 26. Juli 1995 über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften (EG-Finanzschutzgesetz – EGFinSchG)

Vom 10. September 1998

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Zustimmung zum Vertrag

Dem in Brüssel am 26. Juli 1995 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Änderung des Strafgesetzbuches

§ 264 des Strafgesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. März 1987 (BGBl. I S. 945, 1160), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2600) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nach Nummer 1 wird folgende Nummer 2 eingefügt:

„2. einen Gegenstand oder eine Geldleistung, deren Verwendung durch Rechtsvorschriften oder durch den Subventionsgeber im Hinblick auf eine Subvention beschränkt ist, entgegen der Verwendungsbeschränkung verwendet,";

bb) die bisherigen Nummern 2 und 3 werden die Nummern 3 und 4.

b) In Absatz 4 wird die Angabe „des Absatzes 1 Nr. 1 oder 2" durch die Angabe „des Absatzes 1 Nr. 1 bis 3" ersetzt.

c) Absatz 7 wird wie folgt gefaßt:

„(7) Subvention im Sinne dieser Vorschrift ist

1. eine Leistung aus öffentlichen Mitteln nach Bundes- oder Landesrecht an Betriebe oder Unternehmen, die wenigstens zum Teil

   a) ohne marktmäßige Gegenleistung gewährt wird und

   b) der Förderung der Wirtschaft dienen soll;

2. eine Leistung aus öffentlichen Mitteln nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaften, die wenigstens zum Teil ohne marktmäßige Gegenleistung gewährt wird.

Betrieb oder Unternehmen im Sinne des Satzes 1 Nr. 1 ist auch das öffentliche Unternehmen."

Artikel 3

Änderung der Abgabenordnung

In § 370 Abs. 7 der Abgabenordnung vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 613; 1977 I S. 269), die zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 23. Juni 1998 (BGBl. I S. 1496) geändert worden ist, wird die Angabe „Die Absätze 1 bis 5" durch die Angabe „Die Absätze 1 bis 6" ersetzt.

Artikel 4

Neufassung des Strafgesetzbuches

Das Bundesministerium der Justiz kann den Wortlaut des Strafgesetzbuches in der vom 1. Januar 1999 an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekanntmachen.

Artikel 5

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 11 Abs. 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 10. September 1998

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister der Justiz
Schmidt-Jortzig

Der Bundesminister der Finanzen
Theo Waigel

Übereinkommen aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften

Die Hohen Vertragsparteien dieses Übereinkommens, die Mitgliedstaaten der Europäischen Union –

unter Bezugnahme auf den Rechtsakt des Rates der Europäischen Union vom 26. Juli 1995,

in dem Wunsch sicherzustellen, daß ihre Strafrechtsvorschriften in wirksamer Weise zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften beitragen,

in Anbetracht der Tatsache, daß der Betrug im Zusammenhang mit den Einnahmen und Ausgaben der Gemeinschaften in vielen Fällen grenzüberschreitende Formen annimmt und häufig von kriminellen Organisationen begangen wird,

in der Überzeugung, daß der Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften es erfordert, betrügerische Handlungen zum Nachteil dieser Interessen strafrechtlich zu verfolgen und zu diesem Zweck eine einheitliche Definition festzulegen,

überzeugt von der Notwendigkeit, derartige Handlungen als Straftaten zu umschreiben und durch wirksame, angemessene und abschreckende strafrechtliche Sanktionen – unbeschadet der Verhängung andersartiger Sanktionen in geeigneten Fällen – ahnden zu können und zumindest in schweren Fällen mit Freiheitsstrafen zu bedrohen, die zu einer Auslieferung führen können,

in Anerkennung der Tatsache, daß Unternehmen in allen von den Europäischen Gemeinschaften finanzierten Bereichen eine wichtige Rolle spielen und daß die Entscheidungsträger in den Unternehmen in geeigneten Fällen nicht ihrer strafrechtlichen Verantwortlichkeit entgehen sollten,

entschlossen, Betrug zum Nachteil der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften gemeinsam dadurch zu bekämpfen, daß Verpflichtungen betreffend Gerichtsbarkeit, Auslieferung und wechselseitige Zusammenarbeit eingegangen werden –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Allgemeine Bestimmungen

(1) Für die Zwecke dieses Übereinkommens umfaßt der Tatbestand des Betrugs zum Nachteil der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften

a) im Zusammenhang mit Ausgaben jede vorsätzliche Handlung oder Unterlassung betreffend

- die Verwendung oder Vorlage falscher, unrichtiger oder unvollständiger Erklärungen oder Unterlagen mit der Folge, daß Mittel aus dem Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften oder aus den Haushalten, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden, unrechtmäßig erlangt oder zurückbehalten werden;
- das Verschweigen einer Information unter Verletzung einer spezifischen Pflicht mit derselben Folge;
- die mißbräuchliche Verwendung solcher Mittel zu anderen Zwecken als denen, für die sie ursprünglich gewährt worden sind;

b) im Zusammenhang mit Einnahmen jede vorsätzliche Handlung oder Unterlassung betreffend

- die Verwendung oder Vorlage falscher, unrichtiger oder unvollständiger Erklärungen oder Unterlagen mit der Folge, daß Mittel aus dem Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften oder aus den Haushalten, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden, rechtswidrig vermindert werden;
- das Verschweigen einer Information unter Verletzung einer spezifischen Pflicht mit derselben Folge;
- die mißbräuchliche Verwendung eines rechtmäßig erlangten Vorteils mit derselben Folge.

(2) Vorbehaltlich des Artikels 2 Absatz 2 trifft jeder Mitgliedstaat die erforderlichen und geeigneten Maßnahmen, um Absatz 1 so in sein innerstaatliches Recht umzusetzen, daß die von ihm erfaßten Handlungen als Straftaten umschrieben werden.

(3) Vorbehaltlich des Artikels 2 Absatz 2 ergreift jeder Mitgliedstaat ferner die erforderlichen Maßnahmen, damit die vorsätzliche Herstellung oder Bereitstellung falscher, unrichtiger oder unvollständiger Erklärungen oder Unterlagen mit der in Absatz 1 erwähnten Folge als Straftat umschrieben wird, sofern sie nicht bereits entweder als selbständige Straftat oder als Beteiligung am Betrug im Sinne von Absatz 1, als Anstiftung dazu oder als Versuch eines solchen Betrugs strafbar ist.

(4) Der vorsätzliche Charakter einer Handlung oder Unterlassung im Sinne der Absätze 1 und 3 kann aus den objektiven Tatumständen geschlossen werden.

Artikel 2

Sanktionen

(1) Jeder Mitgliedstaat trifft die erforderlichen Maßnahmen um sicherzustellen, daß die in Artikel 1 genannten Handlungen sowie die Beteiligung an den Handlungen im Sinne von Artikel 1 Absatz 1, die Anstiftung dazu oder der Versuch solcher Handlungen durch wirksame, angemessene und abschreckende Strafen geahndet werden können, die zumindest in schweren Betrugsfällen auch Freiheitsstrafen umfassen, die zu einer Auslieferung führen können; als schwerer Betrug gilt jeder Betrug, der einen in jedem Mitgliedstaat festzusetzenden Mindestbetrag zum Gegenstand hat. Dieser Mindestbetrag darf 50 000 ECU nicht überschreiten.

(2) Jedoch kann ein Mitgliedstaat in minderschweren Betrugsfällen, die einen Gesamtbetrag von weniger als 4 000 ECU zum Gegenstand haben und bei denen gemäß seinen Rechtsvorschriften keine besonderen erschwerenden Umstände vorliegen, Sanktionen einer anderen Rechtsnatur als die in Absatz 1 vorgesehenen Strafen vorsehen.

(3) Der Rat kann den in Absatz 2 vorgesehenen Betrag einstimmig ändern.

Artikel 3

Strafrechtliche Verantwortung der Unternehmensleiter

Jeder Mitgliedstaat trifft die erforderlichen Maßnahmen, damit die Leiter, Entscheidungsträger oder Träger von Kontrollbefugnissen von Unternehmen bei betrügerischen Handlungen zum Nachteil der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften gemäß Artikel 1, die eine ihnen unterstellte Person zum Vorteil des Unternehmens begeht, nach den Grundsätzen des innerstaatlichen Rechts des Mitgliedstaats für strafrechtlich verantwortlich erklärt werden können.

Artikel 4

Gerichtsbarkeit

(1) Jeder Mitgliedstaat trifft die erforderlichen Maßnahmen, um seine Gerichtsbarkeit für gemäß Artikel 1 und Artikel 2 Absatz 1 umschriebene Straftaten in den Fällen zu begründen, in denen

- ausschließlich oder teilweise in seinem Hoheitsgebiet ein Betrug, eine Teilnahme an einem Betrug oder ein versuchter Betrug zum Nachteil der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften begangen worden ist, unter Einschluß von Betrugsfällen, in denen der Vorteil in diesem Hoheitsgebiet erlangt worden ist;
- eine in seinem Hoheitsgebiet befindliche Person einen solchen Betrug im Hoheitsgebiet eines anderen Staates wissentlich unterstützt oder dazu anstiftet;
- der Straftäter ein Staatsangehöriger des betreffenden Mitgliedstaats ist, wobei die Rechtsvorschriften dieses Mitgliedstaats darauf abstellen können, daß die Handlung auch in dem Land strafbar ist, in dem sie begangen wurde.

(2) Jeder Mitgliedstaat kann bei der Notifizierung gemäß Artikel 11 Absatz 2 erklären, daß er die in Absatz 1 dritter Gedankenstrich dieses Artikels vorgesehene Regel nicht anwendet.

Artikel 5

Auslieferung und Verfolgung

(1) Liefert ein Mitgliedstaat nach seinem Recht seine eigenen Staatsangehörigen nicht aus, so trifft er die erforderlichen Maßnahmen, damit von ihm gemäß Artikel 1 und Artikel 2 Absatz 1 umschriebene Straftaten, die von seinen Staatsangehörigen außerhalb seines Hoheitsgebiets begangen werden, seiner Gerichtsbarkeit unterliegen.

(2) Jeder Mitgliedstaat befaßt, wenn einer seiner Staatsangehörigen beschuldigt wird, in einem anderen Mitgliedstaat eine Straftat im Sinne von Artikel 1 und Artikel 2 Absatz 1 begangen zu haben, und er den Betreffenden allein aufgrund von dessen Staatsangehörigkeit nicht ausliefert, seine zuständigen Behörden mit diesem Fall, damit gegebenenfalls eine Verfolgung durchgeführt werden kann. Zu diesem Zweck sind die die strafbare Handlung betreffenden Akten, Unterlagen und Gegenstände nach den Verfahren des Artikels 6 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens zu übermitteln. Der ersuchende Mitgliedstaat ist über die eingeleitete Verfolgung und über deren Ergebnisse zu unterrichten.

(3) Ein Mitgliedstaat darf die Auslieferung wegen eines Betrugs zum Nachteil der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften nicht allein aus dem Grund ablehnen, daß es sich um ein Abgaben- oder Zolldelikt handelt.

(4) Für die Zwecke dieses Artikels ist der Betriff „Staatsangehörige eines Mitgliedstaats" im Sinne der gegebenenfalls von dem betreffenden Mitgliedstaat gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b des Europäischen Auslieferungsübereinkommens abgegebenen Erklärung und entsprechend Absatz 1 Buchstabe c des genannten Artikels auszulegen.

Artikel 6

Zusammenarbeit

(1) Stellt ein Betrug, wie er in Artikel 1 definiert ist, eine Straftat dar und betrifft er zwei oder mehr Mitgliedstaaten, so arbeiten diese Staaten bei den Ermittlungen, der Strafverfolgung und der Strafvollstreckung wirksam zusammen, zum Beispiel durch Rechtshilfe, Auslieferung, Übertragung der Strafverfolgung oder der Vollstreckung in einem anderen Mitgliedstaat ergangener Urteile.

(2) Steht mehreren Mitgliedstaaten die Gerichtsbarkeit und die Möglichkeit zu, eine Straftat, die auf denselben Tatsachen beruht, wirksam zu verfolgen, so arbeiten die betreffenden Mitgliedstaaten zusammen, um darüber zu entscheiden, welcher von ihnen den oder die Straftäter verfolgt, um die Strafverfolgung nach Möglichkeit in einem einzigen Mitgliedstaat zu konzentrieren.

Artikel 7

Ne bis in idem

(1) Die Mitgliedstaaten wenden in ihrem innerstaatlichen Strafrecht das „Ne-bis-in-idem"-Prinzip an, dem zufolge jemand, der in einem Mitgliedstaat rechtskräftig abgeurteilt worden ist, in einem anderen Mitgliedstaat wegen derselben Tat nicht verfolgt werden darf, sofern im Fall einer Verurteilung die Sanktion vollstreckt worden ist oder derzeit vollstreckt wird oder nach dem Recht des verurteilenden Staates nicht mehr vollstreckt werden kann.

(2) Ein Mitgliedstaat kann bei der Notifizierung gemäß Artikel 11 Absatz 2 erklären, daß er in einem oder mehreren der folgenden Fälle nicht durch Absatz 1 gebunden ist:

a) wenn die Tat, die dem ausländischen Urteil zugrunde lag, ganz oder teilweise in seinem Hoheitsgebiet begangen wurde. Im letzteren Fall gilt diese Ausnahme jedoch nicht, wenn diese Tat teilweise im Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats begangen wurde, in dem das Urteil ergangen ist;

b) wenn die Tat, die dem ausländischen Urteil zugrunde lag, eine gegen die Sicherheit oder andere gleichermaßen wesentliche Interessen dieses Mitgliedstaats gerichtete Straftat darstellt;

c) wenn die Tat, die dem ausländischen Urteil zugrunde lag, von einem Bediensteten dieses Mitgliedstaats unter Verletzung seiner Amtspflichten begangen wurde.

(3) Ausnahmen, die Gegenstand einer Erklärung nach Absatz 2 waren, finden keine Anwendung, wenn der betreffende Mitgliedstaat den anderen Mitgliedstaat wegen derselben Tat um Verfolgung ersucht oder die Auslieferung des Betroffenen bewilligt hat.

(4) Zwischen den Mitgliedstaaten geschlossene einschlägige bilaterale oder multilaterale Übereinkünfte und die Erklärungen dazu werden von diesem Artikel nicht berührt.

Artikel 8

Gerichtshof

(1) Streitigkeiten zwischen Mitgliedstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens werden zunächst im Rat nach dem Verfahren des Titels VI des Vertrags über die Europäische Union mit dem Ziel ihrer Beilegung erörtert.

Ist die Streitigkeit nach Ablauf von sechs Monaten nicht beigelegt, so kann der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften von einer Streitpartei befaßt werden.

(2) Der Gerichshof kann mit Streitigkeiten zwischen einem oder mehreren Mitgliedstaaten und der Kommission der Europäischen Gemeinschaften über die Artikel 1 oder 10 dieses Übereinkommens befaßt werden, die nicht im Wege von Verhandlungen beigelegt werden konnten.

Artikel 9

Innerstaatliche Rechtsvorschriften

Dieses Übereinkommen hindert die Mitgliedstaaten nicht daran, innerstaatliche Rechtsvorschriften zu erlassen, die über die Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen hinausgehen.

Artikel 10

Unterrichtung

(1) Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission der Europäischen Gemeinschaften den Wortlaut der Vorschriften, mit denen ihre Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen in innerstaatliches Recht umgesetzt werden.

(2) Zum Zweck der Anwendung dieses Übereinkommens legen die Hohen Vertragsparteien im Rat der Europäischen Union fest, welche Informationen zwischen den Mitgliedstaaten oder zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission zu übermitteln oder auszutauschen sind und nach welchen Modalitäten dies zu erfolgen hat.

Artikel 11

Inkrafttreten

(1) Dieses Übereinkommen bedarf der Annahme durch die Mitgliedstaaten nach Maßgabe ihrer jeweiligen verfassungsrechtlichen Vorschriften.

(2) Die Mitgliedstaaten notifizieren dem Generalsekretär des Rates der Europäischen Union den Abschluß der Verfahren, die nach ihren jeweiligen verfassungsrechtlichen Vorschriften für die Annahme dieses Übereinkommens erforderlich sind.

(3) Dieses Übereinkommen tritt 90 Tage nach der in Absatz 2 genannten Notifizierung durch den Mitgliedstaat, der diese Förmlichkeit zuletzt vornimmt, in Kraft.

Artikel 12

Beitritt

(1) Dieses Übereinkommen steht allen Staaten, die Mitglied der Europäischen Union werden, zum Beitritt offen.

(2) Der vom Rat der Europäischen Union erstellte Wortlaut dieses Übereinkommens in der Sprache des beitretenden Staates ist verbindlich.

(3) Die Beitrittsurkunden werden beim Verwahrer hinterlegt.

(4) Dieses Übereinkommen tritt für jeden Staat, der ihm beitritt, 90 Tage nach der Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde oder aber zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens in Kraft, wenn dieses beim Ablauf des genannten 90-Tage-Zeitraums noch nicht in Kraft getreten ist.

Artikel 13

Verwahrer

(1) Verwahrer dieses Übereinkommens ist der Generalsekretär des Rates der Europäischen Union.

(2) Der Verwahrer veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften den Stand der Annahmen und Beitritte, die Erklärungen und die Vorbehalte sowie alle sonstigen Notifizierungen im Zusammenhang mit diesem Übereinkommen.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter dieses Übereinkommen gesetzt.

Geschehen zu Brüssel am sechsundzwanzigsten Juli neunzehnhundertfünfundneunzig in einer Urschrift in dänischer, deutscher, englischer, finnischer, französischer, griechischer, irischer, italienischer, niederländischer, portugiesischer, schwedischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; die Urschrift wird im Archiv des Generalsekretariats des Rates der Europäischen Union hinterlegt.

Gesetz
zu dem Übereinkommen vom 17. Dezember 1997
über die Bekämpfung der Bestechung
ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr
(Gesetz zur Bekämpfung internationaler Bestechung – IntBestG)

Vom 10. September 1998

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1
Zustimmung zum Vertrag

Dem in Paris am 17. Dezember 1997 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2
Durchführungsbestimmungen

§ 1
Gleichstellung von ausländischen mit inländischen Amtsträgern bei Bestechungshandlungen

Für die Anwendung des § 334 des Strafgesetzbuches, auch in Verbindung mit dessen §§ 335, 336, 338 Abs. 2, auf eine Bestechung, die sich auf eine künftige richterliche Handlung oder Diensthandlung bezieht und die begangen wird, um sich oder einem Dritten einen Auftrag oder einen unbilligen Vorteil im internationalen geschäftlichen Verkehr zu verschaffen oder zu sichern, stehen gleich:

1. einem Richter:
   a) ein Richter eines ausländischen Staates,
   b) ein Richter eines internationalen Gerichts;
2. einem sonstigen Amtsträger:
   a) ein Amtsträger eines ausländischen Staates,
   b) eine Person, die beauftragt ist, bei einer oder für eine Behörde eines ausländischen Staates, für ein öffentliches Unternehmen mit Sitz im Ausland oder sonst öffentliche Aufgaben für einen ausländischen Staat wahrzunehmen,
   c) ein Amtsträger und ein sonstiger Bediensteter einer internationalen Organisation und eine mit der Wahrnehmung ihrer Aufgaben beauftragte Person;
3. einem Soldaten der Bundeswehr:
   a) ein Soldat eines ausländischen Staates,
   b) ein Soldat, der beauftragt ist, Aufgaben einer internationalen Organisation wahrzunehmen.

§ 2
Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem geschäftlichen Verkehr

(1) Wer in der Absicht, sich oder einem Dritten einen Auftrag oder einen unbilligen Vorteil im internationalen geschäftlichen Verkehr zu verschaffen oder zu sichern, einem Mitglied eines Gesetzgebungsorgans eines ausländischen Staates oder einem Mitglied einer parlamentarischen Versammlung einer internationalen Organisation einen Vorteil für dieses oder einen Dritten als Gegenleistung dafür anbietet, verspricht oder gewährt, daß es eine mit seinem Mandat oder seinen Aufgaben zusammenhängende Handlung oder Unterlassung künftig vornimmt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Der Versuch ist strafbar.

§ 3
Auslandstaten

Das deutsche Strafrecht gilt, unabhängig vom Recht des Tatorts, für folgende Taten, die von einem Deutschen im Ausland begangen werden:

1. Bestechung ausländischer Amtsträger im Zusammenhang mit internationalem geschäftlichen Verkehr (§§ 334 bis 336 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 1);

2. Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem geschäftlichen Verkehr (§ 2).

§ 4

Anwendung des § 261 des Strafgesetzbuches

In den Fällen des § 261 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 Buchstabe a des Strafgesetzbuches ist § 334 des Strafgesetzbuches auch in Verbindung mit § 1 anzuwenden.

Artikel 3

Inkrafttreten

(1) Artikel 2 dieses Gesetzes tritt an dem Tage in Kraft, an dem das Übereinkommen für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt. Im übrigen tritt dieses Gesetz am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 15 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 10. September 1998

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister der Justiz
Schmidt-Jortzig

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Der Bundesminister für Wirtschaft
Rexrodt

Übereinkommen über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr

Convention sur la lutte contre la corruption d'agents publics étrangers dans les transactions commerciales internationales

Convention on Combating Bribery of Foreign Public Officials in International Business Transactions

Préambule

Les Parties,

Considérant que la corruption est un phénomène répandu dans les transactions commerciales internationales, y compris dans le domaine des échanges et de l'investissement, qui suscite de graves préoccupations morales et politiques, affecte la bonne gestion des affaires publiques et le développement économique et fausse les conditions internationales de concurrence;

Considérant que la responsabilité de la lutte contre la corruption dans le cadre de transactions commerciales internationales incombe à tous les pays;

Vu la recommandation révisée sur la lutte contre la corruption dans les transactions commerciales internationales, adoptée par le Conseil de l'Organisation de Coopération et de Développement Economiques (OCDE) le 23 mai 1997, C(97)123/FINAL, qui, entre autres, demande que soient prises des mesures efficaces pour décourager, prévenir et combattre la corruption d'agents publics étrangers dans le cadre de transactions commerciales internationales et, en particulier, que cette corruption soit rapidement incriminée de façon efficace et coordonnée en conformité avec les éléments communs convenus qui figurent dans cette recommandation ainsi qu'avec les principes de compétence et les autres principes juridiques fondamentaux applicables dans chaque pays;

Se félicitant d'autres initiatives récentes qui font progresser l'entente et la coopération internationales en matière de lutte contre la corruption d'agents publics, notamment les actions menées par les Nations Unies, la Banque mondiale, le Fonds monétaire international, l'Organisation mondiale du commerce, l'Organisation des Etats américains, le Conseil de l'Europe et l'Union européenne;

Preamble

The Parties,

Considering that bribery is a widespread phenomenon in international business transactions, including trade and investment, which raises serious moral and political concerns, undermines good governance and economic development, and distorts international competitive conditions;

Considering that all countries share a responsibility to combat bribery in international business transactions;

Having regard to the Revised Recommendation on Combating Bribery in International Business Transactions, adopted by the Council of the Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) on 23 May 1997, C(97)123/FINAL, which, inter alia, called for effective measures to deter, prevent and combat the bribery of foreign public officials in connection with international business transactions, in particular the prompt criminalisation of such bribery in an effective and co-ordinated manner and in conformity with the agreed common elements set out in that Recommendation and with the jurisdictional and other basic legal principles of each country;

Welcoming other recent developments which further advance international understanding and co-operation in combating bribery of public officials, including actions of the United Nations, the World Bank, the International Monetary Fund, the World Trade Organisation, the Organisation of American States, the Council of Europe and the European Union;

(Übersetzung)

Präambel

Die Vertragsparteien –

in der Erwägung, daß im internationalen Geschäftsverkehr einschließlich der Bereiche Handel und Investitionen die Bestechung eine weitverbreitete Erscheinung ist, die in moralischer und politischer Hinsicht zu ernster Besorgnis Anlaß gibt, gute Regierungsführung und wirtschaftliche Entwicklung untergräbt und internationale Wettbewerbsbedingungen verzerrt,

in der Erwägung, daß alle Staaten für die Bekämpfung der Bestechung im internationalen Geschäftsverkehr gemeinsam Verantwortung tragen,

unter Bezugnahme auf die überarbeitete Empfehlung über die Bekämpfung der Bestechung im internationalen Geschäftsverkehr, die der Rat der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) am 23. Mai 1997 angenommen hat (C(97)123/FINAL) und in der unter anderem dazu aufgerufen wurde, wirksame Maßnahmen zur Abschreckung vor und Vorbeugung gegen Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr sowie zur Bekämpfung dieser Bestechung zu ergreifen, insbesondere diese Bestechung umgehend in wirksamer und aufeinander abgestimmter Weise sowie im Einklang mit den vereinbarten gemeinsamen Merkmalen, die in dieser Empfehlung enthalten sind, und in Übereinstimmung mit den Grundsätzen über die Gerichtsbarkeit und mit sonstigen Rechtsgrundsätzen des jeweiligen Staates unter Strafe zu stellen,

erfreut über andere Entwicklungen der jüngsten Zeit, welche die internationale Verständigung und Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Bestechung von Amtsträgern weiter voranbringen, einschließlich Maßnahmen der Vereinten Nationen, der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds, der Welthandelsorganisation, der Organisation Amerikanischer Staaten, des Europarats und der Europäischen Union,

Se félicitant des efforts des entreprises, des organisations patronales et syndicales ainsi que d'autres organisations non gouvernementales dans la lutte contre la corruption;

Reconnaissant le rôle des gouvernements dans la prévention des sollicitations de pots-de-vin de la part des individus et des entreprises dans les transactions commerciales internationales;

Reconnaissant que tout progrès dans ce domaine exige non seulement des efforts de chaque pays, mais aussi une coopération, une surveillance et un suivi au niveau multilatéral;

Reconnaissant qu'assurer l'équivalence entre les mesures que doivent prendre les Parties constitue un objet et un but essentiels de la convention qui exigent que la convention soit ratifiée sans dérogations affectant cette équivalence;

Sont convenues de ce qui suit:

Article 1

L'infraction de corruption d'agents publics étrangers

1. Chaque Partie prend les mesures nécessaires pour que constitue une infraction pénale en vertu de sa loi le fait intentionnel, pour toute personne, d'offrir, de promettre ou d'octroyer un avantage indu pécuniaire ou autre, directement ou par des intermédiaires, à un agent public étranger, à son profit ou au profit d'un tiers, pour que cet agent agisse ou s'abstienne d'agir dans l'exécution de fonctions officielles, en vue d'obtenir ou conserver un marché ou un autre avantage indu dans le commerce international.

2. Chaque Partie prend les mesures nécessaires pour que constitue une infraction pénale le fait de se rendre complice d'un acte de corruption d'un agent public étranger, y compris par instigation, assistance ou autorisation. La tentative et le complot en vue de corrompre un agent public étranger devront constituer une infraction pénale dans la mesure où la tentative et le complot en vue de corrompre un agent public de cette Partie constituent une telle infraction.

3. Les infractions définies aux paragraphes 1 et 2 ci-dessus sont dénommées ci-après «corruption d'un agent public étranger».

4. Aux fins de la présente convention,

a. «agent public étranger» désigne toute personne qui détient un mandat législatif, administratif ou judiciaire dans un pays étranger, qu'elle ait été nommée ou élue, toute personne exerçant une fonction publique pour un pays

Welcoming the efforts of companies, business organisations and trade unions as well as other non-governmental organisations to combat bribery;

Recognising the role of governments in the prevention of solicitation of bribes from individuals and enterprises in international business transactions;

Recognising that achieving progress in this field requires not only efforts on a national level but also multilateral co-operation, monitoring and follow-up;

Recognising that achieving equivalence among the measures to be taken by the Parties is an essential object and purpose of the Convention, which requires that the Convention be ratified without derogations affecting this equivalence;

Have agreed as follows:

Article 1

The Offence of Bribery of Foreign Public Officials

1. Each Party shall take such measures as may be necessary to establish that it is a criminal offence under its law for any person intentionally to offer, promise or give any undue pecuniary or other advantage, whether directly or through intermediaries, to a foreign public official, for that official or for a third party, in order that the official act or refrain from acting in relation to the performance of official duties, in order to obtain or retain business or other improper advantage in the conduct of international business.

2. Each Party shall take any measures necessary to establish that complicity in, including incitement, aiding and abetting, or authorisation of an act of bribery of a foreign public official shall be a criminal offence. Attempt and conspiracy to bribe a foreign public official shall be criminal offences to the same extent as attempt and conspiracy to bribe a public official of that Party.

3. The offences set out in paragraphs 1 and 2 above are hereinafter referred to as "bribery of a foreign public official".

4. For the purpose of this Convention:

a. "foreign public official" means any person holding a legislative, administrative or judicial office of a foreign country, whether appointed or elected; any person exercising a public function for a foreign country, including for a public

erfreut über die Anstrengungen von Unternehmen, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und anderen nichtstaatlichen Organisationen zur Bekämpfung der Bestechung,

in Anerkennung der Rolle, welche die Regierungen spielen, um der Forderung von Bestechungsgeldern von Einzelpersonen und Unternehmen im internationalen Geschäftsverkehr vorzubeugen,

in der Erkenntnis, daß Fortschritte in diesem Bereich nicht nur Anstrengungen auf nationaler Ebene, sondern auch mehrseitige Zusammenarbeit, Überwachung und Folgemaßnahmen erfordern,

in der Erkenntnis, daß die Gleichwertigkeit der von den Vertragsparteien zu ergreifenden Maßnahmen wesentliches Ziel und wesentlicher Zweck des Übereinkommens ist, was erfordert, daß das Übereinkommen ohne Abweichungen, die diese Gleichwertigkeit berühren, ratifiziert wird –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Straftatbestand der Bestechung ausländischer Amtsträger

(1) Jede Vertragspartei trifft die erforderlichen Maßnahmen, um nach ihrem Recht jede Person mit Strafe zu bedrohen, die unmittelbar oder über Mittelspersonen einem ausländischen Amtsträger vorsätzlich, um im internationalen Geschäftsverkehr einen Auftrag oder einen sonstigen unbilligen Vorteil zu erlangen oder zu behalten, einen ungerechtfertigten geldwerten oder sonstigen Vorteil für diesen Amtsträger oder einen Dritten anbietet, verspricht oder gewährt, damit der Amtsträger in Zusammenhang mit der Ausübung von Dienstpflichten eine Handlung vornimmt oder unterläßt.

(2) Jede Vertragspartei trifft die erforderlichen Maßnahmen, um die Beteiligung an der Bestechung eines ausländischen Amtsträgers einschließlich der Anstiftung, der Beihilfe und der Ermächtigung unter Strafe zu stellen. Der Versuch der Bestechung und die Verabredung zur Bestechung eines ausländischen Amtsträgers stellen in demselben Maß Straftaten dar wie der Versuch der Bestechung und die Verabredung zur Bestechung eines Amtsträgers dieser Vertragspartei.

(3) Die in den Absätzen 1 und 2 genannten Straftaten werden im folgenden als „Bestechung eines ausländischen Amtsträgers“ bezeichnet.

(4) Im Sinne dieses Übereinkommens

a) bedeutet der Ausdruck „ausländischer Amtsträger“ eine Person, die in einem anderen Staat durch Ernennung oder Wahl ein Amt im Bereich der Gesetzgebung, Verwaltung oder Justiz innehat, eine Person, die für einen anderen

étranger, y compris pour une entreprise ou un organisme publics et tout fonctionnaire ou agent d'une organisation internationale publique;

b. «pays étranger» comprend tous les niveaux et subdivisions d'administration, du niveau national au niveau local;

c. «agir ou s'abstenir d'agir dans l'exécution de fonctions officielles» désigne toute utilisation qui est faite de la position officielle de l'agent public, que cette utilisation relève ou non des compétences conférées à cet agent.

Article 2

Responsabilité des personnes morales

Chaque Partie prend les mesures nécessaires, conformément à ses principes juridiques, pour établir la responsabilité des personnes morales en cas de corruption d'un agent public étranger.

Article 3

Sanctions

1. La corruption d'un agent public étranger doit être passible de sanctions pénales efficaces, proportionnées et dissuasives. L'éventail des sanctions applicables doit être comparables à celui des sanctions applicable à la corruption des agents publics de la Partie en question et doit, dans le cas des personnes physiques, inclure des peines privatives de liberté suffisantes pour permettre une entraide judiciaire efficace et l'extradition.

2. Si, dans le système juridique d'une Partie, la responsabilité pénale n'est pas applicable aux personnes morales, cette Partie fait en sorte que les personnes morales soient passibles de sanctions non pénales efficaces, proportionnées et dissuasives, y compris pécuniaires, en cas de corruption d'agents publics étrangers.

3. Chaque Partie prend les mesures nécessaires pour assurer que l'instrument et les produits de la corruption d'un agent public étranger ou des avoirs d'une valeur équivalente à celle de ces produits puissent faire l'objet d'une saisie et d'une confiscation ou que des sanctions pécuniaires d'un effet comparable soient prévues.

4. Chaque Partie envisage l'application de sanctions complémentaires civiles ou administratives à toute personne soumise à des sanctions pour corruption d'un agent public étranger.

agency or public enterprise; and any official or agent of a public international organisation;

b. "foreign country" includes all levels and subdivisions of government, from national to local;

c. "act or refrain from acting in relation to the performance of official duties" includes any use of the public official's position, whether or not within the official's authorised competence.

Article 2

Responsibility of Legal Persons

Each Party shall take such measures as may be necessary, in accordance with its legal principles, to establish the liability of legal persons for the bribery of a foreign public official.

Article 3

Sanctions

1. The bribery of a foreign public official shall be punishable by effective, proportionate and dissuasive criminal penalties. The range of penalties shall be comparable to that applicable to the bribery of the Party's own public officials and shall, in the case of natural persons, include deprivation of liberty sufficient to enable effective mutual legal assistance and extradition.

2. In the event that, under the legal system of a Party, criminal responsibility is not applicable to legal persons, that Party shall ensure that legal persons shall be subject to effective, proportionate and dissuasive non-criminal sanctions, including monetary sanctions, for bribery of foreign public officials.

3. Each Party shall take such measures as may be necessary to provide that the bribe and the proceeds of the bribery of a foreign public official, or property the value of which corresponds to that of such proceeds, are subject to seizure and confiscation or that monetary sanctions of comparable effect are applicable.

4. Each Party shall consider the imposition of additional civil or administrative sanctions upon a person subject to sanctions for the bribery of a foreign public official.

Staat einschließlich einer Behörde oder eines öffentlichen Unternehmens öffentliche Aufgaben wahrnimmt, und einen Amtsträger oder Bevollmächtigten einer internationalen Organisation,

b) umfaßt der Ausdruck „anderer Staat" alle staatlichen Bereiche und Untergliederungen von der nationalen bis zur kommunalen Ebene,

c) umfaßt der Ausdruck „im Zusammenhang mit der Ausübung von Dienstpflichten eine Handlung vornehmen oder unterlassen" jede Nutzung der Stellung des Amtsträgers innerhalb oder außerhalb seines ihm übertragenen Zuständigkeitsbereichs.

Artikel 2

Verantwortlichkeit juristischer Personen

Jede Vertragspartei trifft in Übereinstimmung mit ihren Rechtsgrundsätzen die erforderlichen Maßnahmen, um die Verantwortlichkeit juristischer Personen für die Bestechung eines ausländischen Amtsträgers zu begründen.

Artikel 3

Sanktionen

(1) Die Bestechung eines ausländischen Amtsträgers wird mit wirksamen, angemessenen und abschreckenden Strafen bedroht. Strafarten und Strafrahmen sind denen vergleichbar, die bei Bestechung von eigenen Amtsträgern der Vertragspartei zur Anwendung kommen, und schließen bei natürlichen Personen Freiheitsentzug in einem Maß ein, das wirksame Rechtshilfe und Auslieferung ermöglicht.

(2) Sind nach der Rechtsordnung einer Vertragspartei juristische Personen nicht strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen, so stellt diese Vertragspartei sicher, daß juristische Personen wegen Bestechung ausländischer Amtsträger wirksamen, angemessenen und abschreckenden nichtstrafrechtlichen Sanktionen einschließlich Geldsanktionen unterliegen.

(3) Jede Vertragspartei trifft die erforderlichen Maßnahmen, um vorzusehen, daß das Bestechungsgeld und die Erträge aus der Bestechung eines ausländischen Amtsträgers oder Vermögensgegenstände, deren Wert diesen Erträgen entspricht, der Beschlagnahme und Einziehung unterliegen oder daß Geldsanktionen mit vergleichbarer Wirkung verhängt werden können.

(4) Jede Vertragspartei erwägt die Verhängung zusätzlicher zivil- oder verwaltungsrechtlicher Sanktionen gegen eine Person, die wegen Bestechung eines ausländischen Amtsträgers Sanktionen unterliegt.

Article 4

Compétence

1. Chaque Partie prend les mesures nécessaires pour établir sa compétence à l'égard de la corruption d'un agent public étranger lorsque l'infraction est commise en tout ou partie sur son territoire.

2. Chaque Partie ayant compétence pour poursuivre ses ressortissants à raison d'infractions commises à l'étranger prend les mesures nécessaires pour établir sa compétence à l'égard de la corruption d'un agent public étranger selon les mêmes principes.

3. Lorsque plusieurs Parties ont compétence à l'égard d'une infraction présumée visée dans la présente convention, les Parties concernées se concertent, à la demande de l'une d'entre elles, afin de décider quelle est celle qui est la mieux à même d'exercer les poursuites.

4. Chaque Partie examine si le fondement actuel de sa compétence est efficace pour lutter contre la corruption d'agents publics étrangers; si tel n'est pas le cas, elle prend les mesures correctrices appropriées.

Article 4

Jurisdiction

1. Each Party shall take such measures as may be necessary to establish its jurisdiction over the bribery of a foreign public official when the offence is committed in whole or in part in its territory.

2. Each Party which has jurisdiction to prosecute its nationals for offences committed abroad shall take such measures as may be necessary to establish its jurisdiction to do so in respect of the bribery of a foreign public official, according to the same principles.

3. When more than one Party has jurisdiction over an alleged offence described in this Convention, the Parties involved shall, at the request of one of them, consult with a view to determining the most appropriate jurisdiction for prosecution.

4. Each Party shall review whether its current basis for jurisdiction is effective in the fight against the bribery of foreign public officials and, if it is not, shall take remedial steps.

Artikel 4

Gerichtsbarkeit

(1) Jede Vertragspartei trifft die erforderlichen Maßnahmen, um ihre Gerichtsbarkeit über die Bestechung eines ausländischen Amtsträgers zu begründen, wenn die Straftat ganz oder teilweise in ihrem Hoheitsgebiet begangen wird.

(2) Jede Vertragspartei, die für die Verfolgung ihrer Staatsangehörigen wegen im Ausland begangener Straftaten Gerichtsbarkeit hat, trifft die erforderlichen Maßnahmen, um nach denselben Grundsätzen ihre Gerichtsbarkeit auch für die Verfolgung wegen Bestechung eines ausländischen Amtsträgers zu begründen.

(3) Haben bei Verdacht einer in diesem Übereinkommen beschriebenen Straftat mehrere Vertragsparteien Gerichtsbarkeit, so führen die beteiligten Vertragsparteien auf Ersuchen einer dieser Vertragsparteien Konsultationen mit dem Ziel, die zur Verfolgung am besten geeignete Gerichtsbarkeit zu bestimmen.

(4) Jede Vertragspartei prüft, ob ihre geltende Rechtsgrundlage für die Gerichtsbarkeit bei der Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger wirksam ist, und sorgt, falls dies nicht der Fall ist, für Abhilfe.

Article 5

Mise en œuvre

Les enquêtes et poursuites en cas de corruption d'un agent public étranger sont soumises aux règles et principes applicables de chaque Partie. Elles ne seront pas influencées par des considérations d'intérêt économique national, les effets possibles sur les relations avec un autre Etat ou l'identité des personnes physiques ou morales en cause.

Article 5

Enforcement

Investigation and prosecution of the bribery of a foreign public official shall be subject to the applicable rules and principles of each Party. They shall not be influenced by considerations of national economic interest, the potential effect upon relations with another State or the identity of the natural or legal persons involved.

Artikel 5

Durchsetzung

Ermittlungsverfahren und Strafverfolgung wegen Bestechung eines ausländischen Amtsträgers unterliegen den geltenden Regeln und Grundsätzen der jeweiligen Vertragspartei. Sie dürfen nicht von Erwägungen nationalen wirtschaftlichen Interesses, der möglichen Wirkung auf Beziehungen zu einem anderen Staat oder der Identität der beteiligten natürlichen oder juristischen Personen beeinflußt werden.

Article 6

Prescription

Le régime de prescription de l'infraction de corruption d'un agent public étranger devra ménager un délai suffisant pour l'enquête et les poursuites relatives à cette infraction.

Article 6

Statute of Limitations

Any statute of limitations applicable to the offence of bribery of a foreign public official shall allow an adequate period of time for the investigation and prosecution of this offence.

Artikel 6

Verjährung

Die für die Straftat der Bestechung eines ausländischen Amtsträgers geltenden Verjährungsfristen sehen einen angemessenen Zeitraum für die Ermittlung und Verfolgung dieser Straftat vor.

Article 7

Blanchiment de capitaux

Chaque Partie ayant fait en sorte que la corruption de ses agents publics soit une infraction principale aux fins de l'application de sa législation relative au blanchiment de capitaux prendra la même mesure en cas de corruption d'un agent public étranger, quel que soit le lieu où la corruption s'est produite.

Article 7

Money Laundering

Each Party which has made bribery of its own public official a predicate offence for the purpose of the application of its money laundering legislation shall do so on the same terms for the bribery of a foreign public official, without regard to the place where the bribery occurred.

Artikel 7

Geldwäsche

Jede Vertragspartei, welche die Bestechung ihrer eigenen Amtsträger zu einer Vortat für die Anwendung ihrer Rechtsvorschriften in bezug auf die Geldwäsche gemacht hat, verfährt nach den gleichen Bedingungen in bezug auf die Bestechung eines ausländischen Amtsträgers, ungeachtet des Ortes, an welchem die Bestechung stattgefunden hat.

Article 8

Normes comptables

1. Pour combattre efficacement la corruption d'agents publics étrangers, chaque Partie prend les mesures nécessaires, dans le cadre de ses lois et règlements concernant la tenue de livres et états comptables, la publication d'informations sur les états financiers et les normes de comptabilité et de vérification des comptes, pour interdire aux entreprises soumises à ces lois et règlements l'établissement de comptes hors livres, les opérations hors livres ou insuffisamment identifiées, l'enregistrement de dépenses inexistantes, l'enregistrement d'éléments de passif dont l'objet n'est pas correctement identifié, ainsi que l'utilisation de faux documents, dans le but de corrompre un agent public étranger ou de dissimuler cette corruption.

2. Chaque Partie prévoit des sanctions civiles, administratives ou pénales efficaces, proportionnées et dissuasives en cas de telles omissions ou falsifications dans les livres, les documents, les comptes et les états financiers de ces entreprises.

Article 9

Entraide judiciaire

1. Chaque Partie accorde, autant que le permettent ses lois et ses instruments internationaux pertinents, une entraide judiciaire prompte et efficace aux autres Parties aux fins des enquêtes et des procédures pénales engagées par une Partie pour les infractions relevant de la présente convention ainsi qu'aux fins des procédures non pénales relevant de la présente convention engagées par une Partie contre des personnes morales. La Partie requise informe la Partie requérante, sans retard, de tout élément ou document additionnels qu'il est nécessaire de présenter à l'appui de la demande d'entraide et, sur demande, des suites données à cette demande d'entraide.

2. Lorsqu'une Partie subordonne l'entraide judiciaire à une double incrimination, celle-ci est réputée exister si l'infraction pour laquelle l'entraide est demandée relève de la présente convention.

3. Une Partie ne peut refuser d'accorder l'entraide judiciaire en matière pénale dans le cadre de la présente convention en invoquant le secret bancaire.

Article 10

Extradition

1. La corruption d'un agent public étranger est réputée constituer une infraction pouvant donner lieu à extradition

Article 8

Accounting

1. In order to combat bribery of foreign public officials effectively, each Party shall take such measures as may be necessary, within the framework of its laws and regulations regarding the maintenance of books and records, financial statement disclosures, and accounting and auditing standards, to prohibit the establishment of off-the-books accounts, the making of off-the-books or inadequately identified transactions, the recording of non-existent expenditures, the entry of liabilities with incorrect identification of their object, as well as the use of false documents, by companies subject to those laws and regulations, for the purpose of bribing foreign public officials or of hiding such bribery.

2. Each Party shall provide effective, proportionate and dissuasive civil, administrative or criminal penalties for such omissions and falsifications in respect of the books, records, accounts and financial statements of such companies.

Article 9

Mutual Legal Assistance

1. Each Party shall, to the fullest extent possible under its laws and relevant treaties and arrangements, provide prompt and effective legal assistance to another Party for the purpose of criminal investigations and proceedings brought by a Party concerning offences within the scope of this Convention and for non-criminal proceedings within the scope of this Convention brought by a Party against a legal person. The requested Party shall inform the requesting Party, without delay, of any additional information or documents needed to support the request for assistance and, where requested, of the status and outcome of the request for assistance.

2. Where a Party makes mutual legal assistance conditional upon the existence of dual criminality, dual criminality shall be deemed to exist if the offence for which the assistance is sought is within the scope of this Convention.

3. A Party shall not decline to render mutual legal assistance for criminal matters within the scope of this Convention on the ground of bank secrecy.

Article 10

Extradition

1. Bribery of a foreign public official shall be deemed to be included as an extraditable offence under the laws of

Artikel 8

Buchführung

(1) Zur wirksamen Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger trifft jede Vertragspartei im Rahmen ihrer Gesetze und sonstigen Vorschriften in bezug auf die Führung von Büchern und Aufzeichnungen, die Offenlegung von Jahresabschlüssen und die Grundsätze der Rechnungslegung und -prüfung die erforderlichen Maßnahmen, um Gesellschaften, für die diese Gesetze und sonstigen Vorschriften gelten, zu verbieten, zum Zweck der Bestechung ausländischer Amtsträger oder der Geheimhaltung einer solchen Bestechung Konten einzurichten, die in den Büchern nicht erscheinen, Geschäfte zu tätigen, die in den Büchern nicht oder nur mit unzureichenden Angaben erscheinen, nicht existente Aufwendungen zu verbuchen, das Entstehen von Verbindlichkeiten mit falschen Angaben zu ihrem Grund zu verbuchen sowie falsche Belege zu benutzen.

(2) Jede Vertragspartei sieht für derartige Unterlassungen und Fälschungen in bezug auf Bücher, Aufzeichnungen, Konten und Jahresabschlüsse solcher Gesellschaften wirksame, angemessene und abschreckende zivil-, verwaltungs- oder strafrechtliche Sanktionen vor.

Artikel 9

Rechtshilfe

(1) Jede Vertragspartei leistet einer anderen Vertragspartei in dem nach ihren Gesetzen sowie einschlägigen Verträgen und Vereinbarungen größtmöglichen Umfang unverzügliche und wirksame Rechtshilfe in Ermittlungs- und Strafverfahren, die von einer Vertragspartei in bezug auf Straftaten, die unter dieses Übereinkommen fallen, eingeleitet wurden, sowie in nichtstrafrechtlichen Verfahren, die unter dieses Übereinkommen fallen und von einer Vertragspartei gegen eine juristische Person eingeleitet wurden. Die ersuchte Vertragspartei unterrichtet die ersuchende Vertragspartei unverzüglich über gegebenenfalls zur Begründung des Rechtshilfeersuchens benötigte ergänzende Angaben oder Schriftstücke sowie auf Anfrage über den Stand und das Ergebnis des Rechtshilfeersuchens.

(2) Macht eine Vertragspartei die Rechtshilfe vom Vorliegen beiderseitiger Strafbarkeit abhängig, so gilt die beiderseitige Strafbarkeit als gegeben, wenn die Straftat, derentwegen um Rechtshilfe ersucht wird, unter dieses Übereinkommen fällt.

(3) Eine Vertragspartei darf die Rechtshilfe in Strafsachen, die unter dieses Übereinkommen fallen, nicht unter Berufung auf das Bankgeheimnis verweigern.

Artikel 10

Auslieferung

(1) Bestechung eines ausländischen Amtsträgers gilt als eine in das Recht der Vertragsparteien und in die zwischen ihnen

en vertu du droit des Parties et des conventions d'extradition entre celles-ci.

2. Lorsqu'une Partie qui subordonne l'extradition à l'existence d'une convention d'extradition reçoit une demande d'extradition de la part d'une autre Partie avec laquelle elle n'a pas de convention d'extradition, elle peut considérer la présente convention comme base juridique pour l'extradition en ce qui concerne l'infraction de corruption d'un agent public étranger.

3. Chaque Partie prend les mesures nécessaires pour faire en sorte soit de pouvoir extrader ses ressortissants, soit de pouvoir les poursuivre à raison de l'infraction de corruption d'un agent public étranger. Une Partie qui refuse une demande d'extradition d'une personne pour corruption d'un agent public étranger au seul motif que cette personne est son ressortissant doit soumettre l'affaire à ses autorités compétentes aux fins de poursuites.

4. L'extradition pour corruption d'un agent public étranger est soumise aux conditions fixées par le droit national et par les accords et arrangements applicables pour chaque Partie. Lorsqu'une Partie subordonne l'extradition à l'existence d'une double incrimination, cette condition est réputée remplie lorsque l'infraction pour laquelle l'extradition est demandée relève de l'article 1 de la présente convention.

Article 11

Autorités responsables

Aux fins de la concertation prévue à l'article 4, paragraphe 3, de l'entraide judiciaire prévue à l'article 9 et de l'extradition prévue à l'article 10, chaque Partie notifie au Secrétaire général de l'OCDE une autorité ou des autorités, chargées de l'envoi et de la réception des demandes, qui joueront le rôle d'interlocuteur pour cette Partie pour ces matières, sans préjudice d'autres arrangements entre les Parties.

Article 12

Surveillance et suivi

Les Parties coopèrent pour mettre en oeuvre un programme de suivi systématique afin de surveiller et promouvoir la pleine application de la présente convention. Sauf décision contraire prise par consensus des Parties, cette action est menée au sein du Groupe de travail de l'OCDE sur la corruption dans le cadre de transactions commerciales internationales et conformément au mandat de ce groupe, ou au sein et conformément au mandat de tout organe qui pourrait lui succéder dans ses fonctions, et les Parties supportent le coût du programme selon les règles applicables à cet organe.

the Parties and the extradition treaties between them.

2. If a Party which makes extradition conditional on the existence of an extradition treaty receives a request for extradition from another Party with which it has no extradition treaty, it may consider this Convention to be the legal basis for extradition in respect of the offence of bribery of a foreign public official.

3. Each Party shall take any measures necessary to assure either that it can extradite its nationals or that it can prosecute its nationals for the offence of bribery of a foreign public official. A Party which declines a request to extradite a person for bribery of a foreign public official solely on the ground that the person is its national shall submit the case to its competent authorities for the purpose of prosecution.

4. Extradition for bribery of a foreign public official is subject to the conditions set out in the domestic law and applicable treaties and arrangements of each Party. Where a Party makes extradition conditional upon the existence of dual criminality, that condition shall be deemed to be fulfilled if the offence for which extradition is sought is within the scope of Article 1 of this Convention.

Article 11

Responsible Authorities

For the purposes of Article 4, paragraph 3, on consultation, Article 9, on mutual legal assistance and Article 10, on extradition, each Party shall notify to the Secretary-General of the OECD an authority or authorities responsible for making and receiving requests, which shall serve as channel of communication for these matters for that Party, without prejudice to other arrangements between Parties.

Article 12

Monitoring and Follow-up

The Parties shall co-operate in carrying out a programme of systematic follow-up to monitor and promote the full implementation of this Convention. Unless otherwise decided by consensus of the Parties, this shall be done in the framework of the OECD Working Group on Bribery in International Business Transactions and according to its terms of reference, or within the framework and terms of reference of any successor to its functions, and Parties shall bear the costs of the programme in accordance with the rules applicable to that body.

geschlossenen Auslieferungsverträge einbezogene, der Auslieferung unterliegende Straftat.

(2) Erhält eine Vertragspartei, welche die Auslieferung vom Bestehen eines Auslieferungsvertrags abhängig macht, ein Auslieferungsersuchen von einer anderen Vertragspartei, mit der sie keinen Auslieferungsvertrag hat, so kann sie dieses Übereinkommen als Rechtsgrundlage für die Auslieferung in bezug auf die Straftat der Bestechung eines ausländischen Amtsträgers ansehen.

(3) Jede Vertragspartei trifft die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, daß sie ihre Staatsangehörigen wegen Bestechung eines ausländischen Amtsträgers entweder ausliefern oder strafrechtlich verfolgen kann. Eine Vertragspartei, die ein Ersuchen um Auslieferung einer Person wegen Bestechung eines ausländischen Amtsträgers ausschließlich deswegen ablehnt, weil die Person ihr Staatsangehöriger ist, unterbreitet den Fall ihren zuständigen Behörden zum Zweck der Strafverfolgung.

(4) Die Auslieferung wegen Bestechung eines ausländischen Amtsträgers unterliegt den im innerstaatlichen Recht und in den geltenden Verträgen und Vereinbarungen jeder Vertragspartei vorgesehenen Bedingungen. Macht eine Vertragspartei die Auslieferung vom Vorliegen beiderseitiger Strafbarkeit abhängig, so gilt diese Bedingung als erfüllt, wenn die Straftat, derentwegen um Auslieferung ersucht wird, unter Artikel 1 dieses Übereinkommens fällt.

Artikel 11

Zuständige Behörden

Für die Zwecke des Artikels 4 Absatz 3 (über Konsultationen), des Artikels 9 (über Rechtshilfe) und des Artikels 10 (über Auslieferung) notifiziert jede Vertragspartei dem Generalsekretär der OECD eine oder mehrere für die Stellung und Entgegennahme von Ersuchen zuständige Behörden, die unbeschadet anderer Vereinbarungen zwischen den Vertragsparteien in diesen Angelegenheiten als Verbindungsstelle für diese Vertragspartei dienen.

Artikel 12

Überwachung und Folgemaßnahmen

Die Vertragsparteien arbeiten bei der Durchführung eines Programms systematischer Folgemaßnahmen zur Überwachung und Förderung der vollständigen Anwendung dieses Übereinkommens zusammen. Soweit die Vertragsparteien nicht einvernehmlich etwas anderes beschließen, geschieht dies im Rahmen der Arbeitsgruppe der OECD für Bestechungsfragen im internationalen Geschäftsverkehr und entsprechend ihrem Mandat oder im Rahmen und entsprechend dem Mandat eines ihre Aufgaben übernehmenden Nachfolgeorgans; die Vertragsparteien tragen die Kosten des Programms nach den für dieses Organ geltenden Bestimmungen.

Article 13

Signature et adhésion

1. Jusqu'à la date de son entrée en vigueur, la présente convention est ouverte à la signature des pays Membres de l'OCDE et des non membres qui ont été invités à devenir participants à part entière aux activités de son Groupe de travail sur la corruption dans le cadre de transactions commerciales internationales.

2. Après son entrée en vigueur, la présente convention est ouverte à l'adhésion de tout non-signataire devenu membre de l'OCDE ou participant à part entière du Groupe de travail sur la corruption dans le cadre de transactions commerciales internationales ou de tout organe lui succédant dans ses fonctions. Pour chaque non-signataire adhérant à la convention, la convention entre en vigueur le soixantième jour suivant la date du dépôt de son instrument d'adhésion.

Article 14

Ratification et dépôt

1. La présente convention est soumise à acceptation, approbation ou ratification par les signataires conformément à leur loi.

2. Les instruments d'acceptation, d'approbation, de ratification ou d'adhésion sont déposés auprès du Secrétaire général de l'OCDE, dépositaire de la présente convention.

Article 15

Entrée en vigueur

1. La présente convention entrera en vigueur le soixantième jour suivant la date à laquelle cinq pays qui comptent parmi les dix premiers pays pour la part des exportations, selon le document annexé, et qui représentent à eux cinq au moins soixante pour cent des exportations totales cumulées de ces dix pays, auront déposé leur instrument d'acceptation, d'approbation ou de ratification. Pour chaque signataire déposant son instrument après cette entrée en vigueur, la convention entrera en vigueur le soixantième jour suivant le dépôt de cet instrument.

2. Si la convention n'est pas entrée en vigueur le 31 décembre 1998 conformément au paragraphe 1, tout signataire ayant déposé son instrument d'acceptation, d'approbation ou de ratification peut déclarer par écrit au dépositaire qu'il est prêt à accepter l'entrée en vigueur de la convention conformément au présent paragraphe 2. La convention entrera en vigueur pour ce signataire le soixantième jour suivant la date à laquelle une telle déclaration aura été faite par au moins deux signataires. Pour chaque signataire ayant déposé sa déclaration après cette entrée en vigueur, la convention entrera en vigueur le soixantième jour suivant la date du dépôt.

Article 13

Signature and Accession

1. Until its entry into force, this Convention shall be open for signature by OECD members and by non-members which have been invited to become full participants in its Working Group on Bribery in International Business Transactions.

2. Subsequent to its entry into force, this Convention shall be open to accession by any non-signatory which is a member of the OECD or has become a full participant in the Working Group on Bribery in International Business Transactions or any successor to its functions. For each such non-signatory, the Convention shall enter into force on the sixtieth day following the date of deposit of its instrument of accession.

Article 14

Ratification and Depositary

1. This Convention is subject to acceptance, approval or ratification by the Signatories, in accordance with their respective laws.

2. Instruments of acceptance, approval, ratification or accession shall be deposited with the Secretary-General of the OECD, who shall serve as Depositary of this Convention.

Article 15

Entry into Force

1. This Convention shall enter into force on the sixtieth day following the date upon which five of the ten countries which have the ten largest export shares set out in the annexed document, and which represent by themselves at least sixty per cent of the combined total exports of those ten countries, have deposited their instruments of acceptance, approval, or ratification. For each Signatory depositing its instrument after such entry into force, the Convention shall enter into force on the sixtieth day after deposit of its instrument.

2. If, after 31 December 1998, the Convention has not entered into force under paragraph 1 above, any Signatory which has deposited its instrument of acceptance, approval or ratification may declare in writing to the Depositary its readiness to accept entry into force of this Convention under this paragraph 2. The Convention shall enter into force for such a Signatory on the sixtieth day following the date upon which such declarations have been deposited by at least two Signatories. For each Signatory depositing its declaration after such entry into force, the Convention shall enter into force on the sixtieth day following the date of deposit.

Artikel 13

Unterzeichnung und Beitritt

(1) Bis zu seinem Inkrafttreten liegt dieses Übereinkommen für Mitglieder der OECD und für Nichtmitglieder, die zur vollberechtigten Teilnahme an der Arbeitsgruppe der OECD für Bestechungsfragen im internationalen Geschäftsverkehr eingeladen worden sind, zur Unterzeichnung auf.

(2) Nach seinem Inkrafttreten steht dieses Übereinkommen jedem Nichtunterzeichner, der Mitglied der OECD ist oder an der Arbeitsgruppe der OECD für Bestechungsfragen im internationalen Geschäftsverkehr oder einem ihre Funktionen wahrnehmenden Nachfolgeorgan vollberechtigt teilnimmt, zum Beitritt offen. Für jeden dieser Nichtunterzeichner tritt das Übereinkommen am sechzigsten Tag nach der Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde in Kraft.

Artikel 14

Ratifikation und Verwahrer

(1) Dieses Übereinkommen bedarf der Annahme, Genehmigung oder Ratifikation durch die Unterzeichner nach Maßgabe ihres jeweiligen Rechts.

(2) Die Annahme-, Genehmigungs-, Ratifikations- oder Beitrittsurkunden werden beim Generalsekretär der OECD hinterlegt, der Verwahrer dieses Übereinkommens ist.

Artikel 15

Inkrafttreten

(1) Dieses Übereinkommen tritt am sechzigsten Tag nach dem Tag in Kraft, an dem fünf der zehn Staaten mit den zehn größten Exportanteilen entsprechend dem in der Anlage beigefügten Dokument, die mindestens sechzig Prozent der zusammengerechneten Gesamtexporte dieser zehn Länder auf sich vereinigen, ihre Annahme-, Genehmigungs- oder Ratifikationsurkunden hinterlegt haben. Für jeden Unterzeichnerstaat, der nach diesem Inkrafttreten seine Urkunde hinterlegt, tritt das Übereinkommen am sechzigsten Tag nach Hinterlegung seiner Urkunde in Kraft.

(2) Ist das Übereinkommen nach dem 31. Dezember 1998 nicht nach Absatz 1 in Kraft getreten, so kann jeder Unterzeichner, der seine Annahme-, Genehmigungs- oder Ratifikationsurkunde hinterlegt hat, gegenüber dem Verwahrer schriftlich seine Bereitschaft erklären, das Inkrafttreten des Übereinkommens nach diesem Absatz anzunehmen. Für diesen Unterzeichner tritt das Übereinkommen am sechzigsten Tag nach dem Tag in Kraft, an dem derartige Erklärungen von mindestens zwei Unterzeichnern hinterlegt worden sind. Für jeden Unterzeichner, der nach diesem Inkrafttreten seine Erklärung hinterlegt, tritt das Übereinkommen am sechzigsten Tag nach dem Tag der Hinterlegung in Kraft.

Article 16

Modification

Toute Partie peut proposer de modifier la présente convention. La modification proposée est soumise au dépositaire, qui la transmet aux autres Parties au moins soixante jours avant de convoquer une réunion des Parties pour l'examiner. Toute modification, adoptée par consensus des Parties ou selon toute autre modalité que les Parties fixeront par consensus, entre en vigueur soixante jours après le dépôt d'un instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation par toutes les Parties, ou selon toutes autres conditions qui pourront être fixées par les Parties au moment de l'adoption de la modification.

Article 16

Amendment

Any Party may propose the amendment of this Convention. A proposed amendment shall be submitted to the Depositary which shall communicate it to the other Parties at least sixty days before convening a meeting of the Parties to consider the proposed amendment. An amendment adopted by consensus of the Parties, or by such other means as the Parties may determine by consensus, shall enter into force sixty days after the deposit of an instrument of ratification, acceptance or approval by all of the Parties, or in such other circumstances as may be specified by the Parties at the time of adoption of the amendment.

Artikel 16

Änderung

Jede Vertragspartei kann zu diesem Übereinkommen Änderungen vorschlagen. Ein Änderungsvorschlag wird dem Verwahrer unterbreitet; dieser übermittelt ihn den anderen Vertragsparteien mindestens sechzig Tage vor Einberufung eines Treffens der Vertragsparteien zur Beratung über den Änderungsvorschlag. Eine Änderung, die von den Vertragsparteien einvernehmlich oder auf andere von den Vertragsparteien einvernehmlich festgelegte Weise beschlossen worden ist, tritt sechzig Tage nach Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde seitens aller Vertragsparteien oder unter anderen von den Vertragsparteien zum Zeitpunkt der Beschlußfassung über die Änderung genannten Bedingungen in Kraft.

Article 17

Retrait

Une Partie peut se retirer de la présente convention par notification écrite au dépositaire. Ce retrait prend effet un an après la date de réception de la notification. Après le retrait, la coopération se poursuit entre les Parties et la Partie qui s'est retirée pour toutes les demandes d'entraide ou d'extradition présentées avant la date d'effet du retrait.

Article 17

Withdrawal

A Party may withdraw from this Convention by submitting written notification to the Depositary. Such withdrawal shall be effective one year after the date of the receipt of the notification. After withdrawal, co-operation shall continue between the Parties and the Party which has withdrawn on all requests for assistance or extradition made before the effective date of withdrawal which remain pending.

Artikel 17

Rücktritt

Eine Vertragspartei kann durch eine an den Verwahrer gerichtete schriftliche Notifikation von diesem Übereinkommen zurücktreten. Dieser Rücktritt wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation wirksam. Nach dem Rücktritt wird die Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien und der zurückgetretenen Vertragspartei hinsichtlich aller Rechtshilfe- oder Auslieferungsersuchen fortgesetzt, die vor dem Tag, an dem der Rücktritt wirksam geworden ist, gestellt wurden und noch nicht erledigt sind.

Fait à Paris ce dix-sept décembre, mil neuf cent quatre-vingt dix-sept, en langues française et anglaise, chaque version faisant également foi.

Done in Paris this seventeenth day of December, Nineteen Hundred and Ninety-Seven in the French and English languages, each text being equally authentic.

Geschehen zu Paris am 17. Dezember 1997 in französischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Annexe
DAFFE/IME/BR(97)18/FINAL
Statistiques des exportations de l'OCDE

Exportations OCDE			
	1990–1996 US $ million	1990–1996 % du Total OCDE	1990–1996 % des 10 premiers
Etats Unis	287 118	15,9 %	19,7 %
Allemagne	254 746	14,1 %	17,5 %
Japon	212 665	11,8 %	14,6 %
France	138 471	7,7 %	9,5 %
Royaume Uni	121 258	6,7 %	8,3 %
Italie	112 449	6,2 %	7,7 %
Canada	91 215	5,1 %	6,3 %
Corée (1)	81 364	4,5 %	5,6 %
Pays Bas	81 264	4,5 %	5,6 %
Belgique-Luxembourg	78 598	4,4 %	5,4 %
Total 10 premiers	1 459 148	81,0 %	100 %
Espagne	42 469	2,4 %	
Suisse	40 395	2,2 %	
Suède	36 710	2,0 %	
Mexique (1)	34 233	1,9 %	
Australie	27 194	1,5 %	
Danemark	24 145	1,3 %	
Autriche*)	22 432	1,2 %	
Norvège	21 666	1,2 %	
Irlande	19 217	1,1 %	
Finlande	17 296	1,0 %	
Pologne (1)**)	12 652	0,7 %	
Portugal	10 801	0,6 %	
Turquie*)	8 027	0,4 %	
Hongrie**)	6 795	0,4 %	
Nouvelle Zélande	6 663	0,4 %	
République Tchèque***)	6 263	0,3 %	
Grèce*)	4 606	0,3 %	
Islande	949	0,1 %	
Total OCDE	1 801 661	100 %	

Légende: *) 1990–1995
**) 1991–1996
***) 1993–1996
Source: OCDE, (1) FMI

Concernant la Belgique et le Luxembourg: Les statistiques des échanges de la Belgique et du Luxembourg ne sont disponibles que cumulées. Dans le cadre de l'article 15, paragraphe 1 de la convention, si la Belgique ou le Luxembourg dépose son instrument d'acceptation, d'approbation ou de ratification ou bien si la Belgique et le Luxembourg déposent leurs instruments d'acceptation, d'approbation ou de ratification, il sera considéré que l'un des pays qui comptent parmi les dix premiers pays pour la part des exportations a déposé son instrument et les exportations cumulées des deux pays seront additionnées en vue d'atteindre, comme requis pour l'entrée en vigueur de la convention, les 60 pour cent des exportations totales cumulées de ces dix pays.

Annex
DAFFE/IME/BR(97)18/FINAL
Statistics on OECD exports

	OECD exports		
	1990–1996 US $ million	1990–1996 % of Total OECD	1990–1996 % of 10 largest
United States	287 118	15.9 %	19,7 %
Germany	254 746	14.1 %	17,5 %
Japan	212 665	11.8 %	14,6 %
France	138 471	7.7 %	9,5 %
United Kingdom	121 258	6.7 %	8,3 %
Italy	112 449	6.2 %	7,7 %
Canada	91 215	5.1 %	6,3 %
Korea (1)	81 364	4.5 %	5,6 %
Netherlands	81 264	4.5 %	5,6 %
Belgium-Luxembourg	78 598	4.4 %	5,4 %
Total 10 largest	1 459 148	81.0 %	100 %
Spain	42 469	2.4 %	
Switzerland	40 395	2.2 %	
Sweden	36 710	2.0 %	
Mexico (1)	34 233	1.9 %	
Australia	27 194	1.5 %	
Denmark	24 145	1.3 %	
Austria*)	22 432	1.2 %	
Norway	21 666	1.2 %	
Ireland	19 217	1.1 %	
Finland	17 296	1.0 %	
Poland (1)**)	12 652	0.7 %	
Portugal	10 801	0.6 %	
Turkey*)	8 027	0.4 %	
Hungary**)	6 795	0.4 %	
New Zealand	6 663	0.4 %	
Czech Republic***)	6 263	0.3 %	
Greece*)	4 606	0.3 %	
Iceland	949	0.1 %	
Total OECD	1 801 661	100 %	

Notes: *) 1990–1995
**) 1991–1996
***) 1993–1996
Source: OECD, (1) IMF

Concerning Belgium-Luxembourg: Trade statistics for Belgium and Luxembourg are available only on a combined basis for the two countries. For purposes of Article 15, paragraph 1 of the Convention, if either Belgium or Luxembourg deposits its instrument of acceptance, approval or ratification, or if both Belgium and Luxembourg deposit their instruments of acceptance, approval or ratification, it shall be considered that one of the countries which have the ten largest exports shares has deposited its instrument and the joint exports of both countries will be counted towards the 60 per cent of combined total exports of those ten countries, which is required for entry into force under this provision.

Anlage
DAFFE/IME/BR(97)18/FINAL
Statistiken über Exporte der OECD

	Exporte der OECD		
	1990–1996 in Millionen US-$	1990–1996 in % der OECD insgesamt	1990–1996 in % der 10 größten
Vereinigte Staaten	287 118	15,9 %	19,7 %
Deutschland	254 746	14,1 %	17,5 %
Japan	212 665	11,8 %	14,6 %
Frankreich	138 471	7,7 %	9,5 %
Vereinigtes Königreich	121 258	6,7 %	8,3 %
Italien	112 449	6,2 %	7,7 %
Kanada	91 215	5,1 %	6,3 %
Korea (1)	81 364	4,5 %	5,6 %
Niederlande	81 264	4,5 %	5,6 %
Belgien/Luxemburg	78 598	4,4 %	5,4 %
die 10 größten insgesamt	1 459 148	81 %	100 %
Spanien	42 469	2,4 %	
Schweiz	40 395	2,2 %	
Schweden	36 710	2,0 %	
Mexiko (1)	34 233	1,9 %	
Australien	27 194	1,5 %	
Dänemark	24 145	1,3 %	
Österreich*)	22 432	1,2 %	
Norwegen	21 666	1,2 %	
Irland	19 217	1,1 %	
Finnland	17 296	1,0 %	
Polen (1)**)	12 652	0,7 %	
Portugal	10 801	0,6 %	
Türkei*)	8 027	0,4 %	
Ungarn**)	6 795	0,4 %	
Neuseeland	6 663	0,4 %	
Tschechische Republik***)	6 263	0,3 %	
Griechenland*)	4 606	0,3 %	
Island	949	0,1 %	
OECD insgesamt	1 801 661	100 %	

Anmerkungen: *) 1990–1995
**) 1991–1996
***) 1993–1996
Quelle: OECD, (1) IMF

In bezug auf Belgien/Luxemburg gilt: Handelsstatistiken für Belgien und Luxemburg liegen nur als gemeinsame Statistiken für beide Länder vor. Hinterlegt entweder Belgien oder Luxemburg seine Annahme-, Genehmigungs- oder Ratifikationsurkunde oder hinterlegen sowohl Belgien als auch Luxemburg ihre Annahme-, Genehmigungs- oder Ratifikationsurkunden, so wird im Sinne von Artikel 15 Absatz 1 des Übereinkommens davon ausgegangen, daß eines der Länder mit den zehn größten Exportanteilen seine Urkunde hinterlegt hat, und die gemeinsamen Exporte beider Länder werden auf die für das Inkrafttreten nach dieser Bestimmung erforderlichen 60 Prozent der zusammengerechneten Gesamtexporte dieser zehn Länder angerechnet.

Gesetz zu dem Protokoll vom 27. September 1996 zum Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften (EU-Bestechungsgesetz – EUBestG)

Vom 10. September 1998

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1
Zustimmung zum Vertrag

Dem in Brüssel am 27. September 1996 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Protokoll aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union zum Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften wird zugestimmt. Das Protokoll wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2
Durchführungsbestimmungen

§ 1
Gleichstellung von ausländischen mit inländischen Amtsträgern bei Bestechungshandlungen

(1) Für die Anwendung der §§ 332, 334 bis 336, 338 des Strafgesetzbuches auf eine Bestechungshandlung für eine künftige richterliche Handlung oder Diensthandlung stehen gleich:

1. einem Richter:
   a) ein Richter eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union;
   b) ein Mitglied eines Gerichts der Europäischen Gemeinschaften;
2. einem sonstigen Amtsträger:
   a) ein Amtsträger eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union, soweit seine Stellung einem Amtsträger im Sinne des § 11 Abs. 1 Nr. 2 des Strafgesetzbuches entspricht;
   b) ein Gemeinschaftsbeamter im Sinne des Artikels 1 des Protokolls vom 27. September 1996 zum Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften;
   c) ein Mitglied der Kommission und des Rechnungshofes der Europäischen Gemeinschaften.

(2) Für die Anwendung von

1. § 263 Abs. 3 Satz 2 Nr. 4 und § 264 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 und 3 des Strafgesetzbuches und
2. § 370 Abs. 3 Satz 2 Nr. 2 und 3 der Abgabenordnung, auch in Verbindung mit § 12 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes zur Durchführung der Gemeinsamen Marktorganisationen,

steht einem Amtsträger ein in Absatz 1 Nr. 2 Buchstabe b bezeichneter Gemeinschaftsbeamter und ein Mitglied der Kommission der Europäischen Gemeinschaften gleich.

§ 2
Auslandstaten

Die §§ 332, 334 bis 336 des Strafgesetzbuches, auch in Verbindung mit § 1 Abs. 1, gelten unabhängig vom Recht des Tatorts auch für eine Tat, die im Ausland begangen wird, wenn

1. der Täter
   a) zur Zeit der Tat Deutscher ist oder
   b) Ausländer ist, der
      aa) als Amtsträger im Sinne des § 11 Abs. 1 Nr. 2 des Strafgesetzbuches oder
      bb) als Gemeinschaftsbeamter im Sinne des § 1 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe b, der einer gemäß den Verträgen zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften geschaffenen Einrichtung mit Sitz im Inland angehört,

   die Tat begeht, oder
2. die Tat gegenüber einem Richter, einem sonstigen Amtsträger oder einer nach § 1 Abs. 1 gleichgestellten Person, soweit sie Deutsche sind, begangen wird.

§ 3
Änderung des Strafgesetzbuches

In § 5 des Strafgesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. März 1987 (BGBl. I S. 945, 1160), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 10. September 1998 (BGBl. I S. 2322) geändert worden ist, wird folgende Nummer 14a eingefügt:

„14a. Abgeordnetenbestechung (§ 108e), wenn der Täter zur Zeit der Tat Deutscher ist oder die Tat gegenüber einem Deutschen begangen wird,".

Artikel 3
Neufassung des Strafgesetzbuches

Das Bundesministerium der Justiz kann den Wortlaut des Strafgesetzbuches in der vom 1. Januar 1999 an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekanntmachen.

Artikel 4
Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Protokoll nach seinem Artikel 9 Abs. 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 10. September 1998

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister der Justiz
Schmidt-Jortzig

Protokoll aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union zum Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften

Die Hohen Vertragsparteien dieses Protokolls, die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind –

unter Bezugnahme auf den Rechtsakt des Rates der Europäischen Union vom 27. September 1996,

in dem Wunsch sicherzustellen, daß ihre Strafrechtsvorschriften in wirksamer Weise zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften beitragen,

in Anerkennung der Bedeutung des Übereinkommens über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften vom 26. Juli 1995 zur Bekämpfung des Betrugs zum Nachteil der gemeinschaftlichen Einnahmen und Ausgaben,

in dem Bewußtsein, daß die finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften durch andere Straftaten geschädigt oder gefährdet werden können, insbesondere diejenigen, die Bestechungshandlungen von oder gegenüber nationalen wie Gemeinschaftsbeamten darstellen, die für die Erhebung, die Verwaltung oder die Bewilligung der ihrer Kontrolle unterliegenden Gemeinschaftsmittel verantwortlich sind,

in der Erwägung, daß Personen unterschiedlicher Staatsangehörigkeit, die bei den verschiedenen staatlichen Stellen oder Einrichtungen beschäftigt sind, an solchen Bestechungshandlungen beteiligt sein können und daß es im Interesse eines wirksamen Vorgehens gegen derartige Handlungen, die internationale Bezüge aufweisen, wichtig ist, daß hinsichtlich der Strafbarkeit dieser Handlungen im Strafrecht der Mitgliedstaaten eine Annäherung in der Bewertung besteht,

in Anbetracht dessen, daß die Strafvorschriften mehrerer Mitgliedstaaten bei Straftaten im Zusammenhang mit der Wahrnehmung eines öffentlichen Amtes im allgemeinen und bei Bestechung im besonderen nur auf Handlungen von oder gegenüber ihren nationalen Beamten abheben und Verhaltensweisen von Gemeinschaftsbeamten oder von Beamten anderer Mitgliedstaaten nicht oder nur in Ausnahmefällen erfassen,

in der Überzeugung, daß die einzelstaatlichen Rechtsvorschriften insoweit angepaßt werden müssen, als sie Bestechungshandlungen, mit denen die finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften geschädigt werden oder geschädigt werden können und an denen Gemeinschaftsbeamte oder Beamte anderer Mitgliedstaaten beteiligt sind, nicht unter Strafe stellen,

in der Überzeugung ferner, daß eine solche Anpassung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften hinsichtlich der Gemeinschaftsbeamten nicht auf Akte der aktiven und passiven Bestechung beschränkt werden darf, sondern auch sonstige Delikte erfassen muß, wodurch die Einnahmen oder die Ausgaben der Europäischen Gemeinschaften beeinträchtigt werden oder beeinträchtigt werden können, einschließlich der Delikte von oder gegenüber Personen, denen höchste Verantwortlichkeiten übertragen sind,

in der Erwägung, daß ferner geeignete Regeln für die Gerichtsbarkeit und die gegenseitige Zusammenarbeit aufgestellt werden sollten, und zwar unbeschadet der rechtlichen Bedingungen für die Anwendung dieser Regeln in konkreten Fällen, einschließlich gegebenenfalls derjenigen für die Aufhebung von Immunitäten,

in der Erwägung schließlich, daß die einschlägigen Bestimmungen des Übereinkommens über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften vom 26. Juli 1995 auch für die in diesem Protokoll genannten strafbaren Handlungen gelten sollten –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Definitionen

Für die Zwecke dieses Protokolls

1. a) bezeichnet der Ausdruck „Beamter" sowohl einen Gemeinschafts- als auch einen nationalen Beamten, einschließlich eines nationalen Beamten eines anderen Mitgliedstaats;

   b) bezeichnet der Ausdruck „Gemeinschaftsbeamter"
   - jede Person, die Beamter oder durch Vertrag eingestellter Bediensteter im Sinne des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften oder der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften ist;
   - jede Person, die den Europäischen Gemeinschaften von den Mitgliedstaaten oder von öffentlichen oder privaten Einrichtungen zur Verfügung gestellt wird und dort Aufgaben wahrnimmt, die den Aufgaben der Beamten oder sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften entsprechen.

   Die Mitglieder der gemäß den Verträgen zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften geschaffenen Einrichtungen sowie das Personal dieser Einrichtungen werden den Gemeinschaftsbeamten gleichgestellt, sofern auf sie nicht das Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften oder die Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften Anwendung findet;

   c) wird der Ausdruck „nationaler Beamter" entsprechend der Definition für den Begriff „Beamter" oder „Amtsträger" im innerstaatlichen Recht des Mitgliedstaats ausgelegt, in dem der Betreffende diese Eigenschaft für die Zwecke der Anwendung des Strafrechts dieses Mitgliedstaats besitzt.

   Handelt es sich jedoch um ein Verfahren, das ein Mitgliedstaat wegen einer Straftat einleitet, an der ein Beamter eines anderen Mitgliedstaats beteiligt ist, braucht ersterer die Definition für den Begriff „nationaler Beamter" jedoch nur insoweit anzuwenden, als diese mit seinem innerstaatlichen Recht im Einklang steht;

2. bezeichnet der Ausdruck „Übereinkommen" das am 26. Juli 1995 aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union fertiggestellte Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften[1]).

Artikel 2

Bestechlichkeit

(1) Für die Zwecke dieses Protokolls ist der Tatbestand der Bestechlichkeit dann gegeben, wenn ein Beamter vorsätzlich

---
[1]) ABl. Nr. C 316 vom 27. 11. 1995, S. 49.

unmittelbar oder über eine Mittelsperson für sich oder für einen Dritten Vorteile jedweder Art als Gegenleistung dafür fordert, annimmt oder sich versprechen läßt, daß er unter Verletzung seiner Dienstpflichten eine Diensthandlung oder eine Handlung bei der Ausübung seines Dienstes vornimmt oder unterläßt, wodurch die finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften geschädigt werden oder geschädigt werden können.

(2) Jeder Mitgliedstaat trifft die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, daß die in Absatz 1 genannten Handlungen Straftaten sind.

Artikel 3

Bestechung

(1) Für die Zwecke dieses Protokolls ist der Tatbestand der Bestechung dann gegeben, wenn eine Person vorsätzlich einem Beamten unmittelbar oder über eine Mittelsperson einen Vorteil jedweder Art für ihn selbst oder für einen Dritten als Gegenleistung dafür verspricht oder gewährt, daß der Beamte unter Verletzung seiner Dienstpflichten eine Diensthandlung oder eine Handlung bei der Ausübung seines Dienstes vornimmt oder unterläßt, wodurch die finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften geschädigt werden oder geschädigt werden können.

(2) Jeder Mitgliedstaat trifft die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, daß die in Absatz 1 genannten Handlungen Straftaten sind.

Artikel 4

Assimilation

(1) Jeder Mitgliedstaat trifft die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, daß in seinem Strafrecht die Umschreibungen der Straftaten, die eine Handlung im Sinne des Artikels 1 des Übereinkommens sind und von seinen nationalen Beamten bei der Ausübung ihres Dienstes begangen werden, in der gleichen Weise für die Fälle gelten, in denen die Straftaten von Gemeinschaftsbeamten bei der Ausübung ihres Dienstes begangen werden.

(2) Jeder Mitgliedstaat trifft die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, daß in seinem Strafrecht die Umschreibungen der Straftaten im Sinne des Absatzes 1 dieses Artikels und der Artikel 2 und 3, die von oder gegenüber Ministern seiner Regierung, gewählten Vertretern seiner parlamentarischen Versammlungen, Mitgliedern seiner obersten Gerichte oder Mitgliedern seines Rechnungshofs bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben begangen werden, in der gleichen Weise für die Fälle gelten, in denen die Straftaten von oder gegenüber Mitgliedern der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, des Europäischen Parlaments, des Gerichtshofs und des Rechnungshofs der Europäischen Gemeinschaften bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben begangen werden.

(3) Hat ein Mitgliedstaat besondere Rechtsvorschriften für Handlungen oder Unterlassungen erlassen, für die Minister der Regierung aufgrund ihrer besonderen politischen Stellung in dem betreffenden Mitgliedstaat verantwortlich sind, so gilt Absatz 2 dieses Artikels nicht für diese Rechtsvorschriften, sofern der Mitgliedstaat gewährleistet, daß die Strafvorschriften, mit denen die Artikel 2 und 3 sowie Artikel 4 Absatz 1 umgesetzt werden, auch die Mitglieder der Kommission der Europäischen Gemeinschaften erfassen.

(4) Die Absätze 1, 2 und 3 berühren nicht die in jedem Mitgliedstaat geltenden Bestimmungen über das Strafverfahren und die Bestimmung des jeweils zuständigen Gerichts.

(5) Dieses Protokoll findet Anwendung unter voller Einhaltung der einschlägigen Vorschriften der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften, des Protokolls über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften, der Satzung des Gerichtshofs sowie der dazu jeweils erlassenen Durchführungsvorschriften, was die Aufhebung der Befreiungen betrifft.

Artikel 5

Sanktionen

(1) Jeder Mitgliedstaat trifft die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, daß die in den Artikeln 2 und 3 genannten Handlungen sowie die Beihilfe zu diesen Handlungen oder die Anstiftung dazu durch wirksame, verhältnismäßige und abschreckende Strafen geahndet werden können, die zumindest in schweren Fällen auch Freiheitsstrafen umfassen, die zu einer Auslieferung führen können.

(2) Absatz 1 läßt die Ausübung der Disziplinargewalt der zuständigen Behörden gegenüber nationalen oder Gemeinschaftsbeamten unberührt. Bei der Strafzumessung können die nationalen Gerichte Disziplinarmaßnahmen, die gegenüber derselben Person wegen derselben Handlung ergriffen worden sind, entsprechend den Grundsätzen ihres innerstaatlichen Rechts berücksichtigen.

Artikel 6

Gerichtsbarkeit

(1) Jeder Mitgliedstaat trifft die erforderlichen Maßnahmen, um seine Gerichtsbarkeit über die in Übereinstimmung mit den Artikeln 2, 3 und 4 umschriebenen Straftaten in den Fällen zu begründen, in denen

a) die Straftat ganz oder teilweise in seinem Hoheitsgebiet begangen worden ist,

b) es sich bei dem Täter um einen seiner Staatsangehörigen oder einen seiner Beamten handelt,

c) die Straftat sich gegen eine in Artikel 1 genannte Person oder ein Mitglied der in Artikel 4 Absatz 2 genannten Organe richtet, das eines seiner Staatsangehörigen ist,

d) es sich bei dem Täter um einen Gemeinschaftsbeamten eines Organs der Europäischen Gemeinschaften oder einer gemäß den Verträgen zur Gründung der Gemeinschaften geschaffenen Einrichtung, die ihren Sitz in dem betreffenden Mitgliedstaat hat, handelt.

(2) Jeder Mitgliedstaat kann bei der Notifizierung gemäß Artikel 9 Absatz 2 erklären, daß er eine oder mehrere Bestimmungen über die Gerichtsbarkeit gemäß Absatz 1 Buchstaben b, c und d nicht oder nur in bestimmten Fällen oder unter bestimmten Umständen anwendet.

Artikel 7

Verhältnis zu dem Übereinkommen

(1) Artikel 3, Artikel 5 Absätze 1, 2 und 4 sowie Artikel 6 des Übereinkommens gelten so, als enthielten sie eine Bezugnahme auf Handlungen im Sinne der Artikel 2, 3 und 4 dieses Protokolls.

(2) Folgende Bestimmungen des Übereinkommens gelten auch für dieses Protokoll:

- Artikel 7 mit der Maßgabe, daß Erklärungen im Sinne des Artikels 7 Absatz 2 des Übereinkommens auch für dieses Protokoll gelten, sofern bei der Notifizierung nach Artikel 9 Absatz 2 dieses Protokolls keine anderslautende Erklärung abgegeben wird,
- Artikel 9,
- Artikel 10.

Artikel 8

Gerichtshof

(1) Streitigkeiten zwischen Mitgliedstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Protokolls werden zunächst im Rat nach dem Verfahren des Titels VI des Vertrags über die Europäische Union mit dem Ziel ihrer Beilegung erörtert.

Ist die Streitigkeit nach Ablauf von sechs Monaten nicht beigelegt, so kann der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften von einer Streitpartei befaßt werden.

(2) Der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften kann mit Streitigkeiten zwischen einem oder mehreren Mitgliedstaaten und der Kommission der Europäischen Gemeinschaften über Artikel 1, außer Nummer 1 Buchstabe c, sowie über die Artikel 2, 3 und 4 sowie Artikel 7 Absatz 2 dritter Gedankenstrich dieses Protokolls befaßt werden, die nicht im Wege von Verhandlungen beigelegt werden konnten.

Artikel 9

Inkrafttreten

(1) Dieses Protokoll bedarf der Annahme durch die Mitgliedstaaten nach Maßgabe ihrer jeweiligen verfassungsrechtlichen Vorschriften.

(2) Die Mitgliedstaaten notifizieren dem Generalsekretär des Rates der Europäischen Union den Abschluß der Verfahren, die nach ihren jeweiligen verfassungsrechtlichen Vorschriften für die Annahme dieses Protokolls erforderlich sind.

(3) Dieses Protokoll tritt neunzig Tage nach der Notifizierung gemäß Absatz 2 durch den Staat in Kraft, der im Zeitpunkt der Annahme des Rechtsaktes über die Ausarbeitung dieses Protokolls durch den Rat Mitglied der Europäischen Union ist und der diese Förmlichkeit als letzter vornimmt. Ist das Übereinkommen zu dem betreffenden Zeitpunkt jedoch noch nicht in Kraft, tritt das Protokoll zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Übereinkommens in Kraft.

Artikel 10

Beitritt neuer Mitgliedstaaten

(1) Dieses Protokoll steht allen Staaten, die Mitglied der Europäischen Union werden, zum Beitritt offen.

(2) Der vom Rat der Europäischen Union erstellte Wortlaut dieses Protokolls in der Sprache des beitretenden Staates ist verbindlich.

(3) Die Beitrittsurkunden werden beim Verwahrer hinterlegt.

(4) Dieses Protokoll tritt für jeden Staat, der ihm beitritt, neunzig Tage nach der Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde oder aber zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Protokolls in Kraft, wenn dieses beim Ablauf des genannten Neunzig-Tage-Zeitraums noch nicht in Kraft getreten ist.

Artikel 11

Vorbehalte

(1) Vorbehalte sind mit Ausnahme der in Artikel 6 Absatz 2 vorgesehenen Vorbehalte nicht zulässig.

(2) Jeder Mitgliedstaat, der einen Vorbehalt eingelegt hat, kann diesen jederzeit ganz oder teilweise durch entsprechende Notifizierung an den Verwahrer zurückziehen. Die Rücknahme wird zum Zeitpunkt des Eingangs der Notifizierung beim Verwahrer wirksam.

Artikel 12

Verwahrer

(1) Verwahrer dieses Protokolls ist der Generalsekretär des Rates der Europäischen Union.

(2) Der Verwahrer veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften den Stand der Annahmen und Beitritte, die Erklärungen und Vorbehalte sowie alle sonstigen Notifizierungen im Zusammenhang mit diesem Protokoll.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter dieses Protokoll gesetzt.

Geschehen in einer Urschrift in dänischer, deutscher, englischer, finnischer, französischer, griechischer, irischer, italienischer, niederländischer, portugiesischer, schwedischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; die Urschrift wird im Archiv des Generalsekretariats des Rates der Europäischen Union hinterlegt.

Erklärungen der Mitgliedstaaten bei der Annahme des Rechtsaktes über die Fertigstellung des Protokolls

1. Erklärung der deutschen Delegation

„Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklärt ihre Absicht, für das Protokoll zum Übereinkommen zum Schutz der finanziellen Interessen (Beamte) dieselbe Einigung über die Zuständigkeit des Gerichtshqfs der Europäischen Gemeinschaften für Vorabentscheidungsverfahren und bis zu dem gleichen Zeitpunkt zu erreichen, wie sie für das Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften angestrebt wird."

2. Gemeinsame Erklärung der belgischen, der luxemburgischen und der niederländischen Delegation

„Die Regierung des Königreichs Belgien, des Königreichs der Niederlande und des Großherzogtums Luxemburg sind der Auffassung, daß, um das Inkrafttreten des jetzigen Protokolls zu ermöglichen, bis Ende November 1996 eine zufriedenstellende Lösung der Frage der Zuständigkeit des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften für die Auslegung dieses Protokolls gefunden werden muß, und zwar vorzugsweise im Rahmen der laufenden Erörterungen über eine Zuständigkeit des Gerichtshofs für Vorabentscheidungen zur Auslegung des Übereinkommens über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften."

3. Erklärung der österreichischen Delegation

„Österreich geht davon aus, daß die Zuständigkeit des EuGH im Vorabentscheidungsverfahren in absehbarer Zeit positiv geregelt wird, wobei es sich in Zukunft auch hierfür einsetzen wird."

Gesetz zu dem Abkommen vom 15. November 1971 über die Schaffung des internationalen Systems und der Organisation für kosmische Fernmeldeverbindungen „INTERSPUTNIK" und zu dem Protokoll vom 30. November 1996 über die Einbringung von Korrekturen in dieses Abkommen

Vom 10. September 1998

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem Eintritt der Bundesrepublik Deutschland in das Abkommen vom 15. November 1971 über die Schaffung des internationalen Systems und der Organisation für kosmische Fernmeldeverbindungen „INTERSPUTNIK" und dem Protokoll vom 30. November 1996 über die Einbringung von Korrekturen in das Abkommen über die Schaffung des internationalen Systems und der Organisation für kosmische Fernmeldeverbindungen „INTERSPUTNIK" wird zugestimmt. Das Abkommen und das Protokoll werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

Das Bundesministerium für Wirtschaft kann das Abkommen in der durch das Protokoll geänderten Fassung als Neufassung bekanntmachen.

Artikel 3

(1) Das Bundesministerium für Wirtschaft wird ermächtigt, die Voraussetzungen (Zuverlässigkeit, Leistungsfähigkeit, Fachkunde) und das Verfahren für eine Benennung von Unterzeichnern (Signataren) des INTERSPUTNIK-Betriebsabkommens durch Rechtsverordnung zu regeln.

(2) Die Benennung erfolgt gegen Gebühr. Das Bundesministerium für Wirtschaft wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen, durch Rechtsverordnung die gebührenpflichtigen Tatbestände, die Höhe der Gebühr und die Erstattung der Auslagen zu regeln.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Das Abkommen vom 15. November 1971 ist für die Bundesrepublik Deutschland am 15. Oktober 1990 in Kraft getreten. Der Tag, an dem das Protokoll vom 30. November 1996 nach seinem Artikel 19 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 10. September 1998

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Wirtschaft
Rexrodt

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Abkommen über die Schaffung des internationalen Systems und der Organisation für kosmische Fernmeldeverbindungen „INTERSPUTNIK“

Соглашение о создании международной системы и Организации космической связи «ИНТЕРСПУТНИК»

(Übersetzung aus dem Jahr 1971)

Договаривающиеся Стороны,

- признавая необходимость содействия укреплению и развитию всесторонних экономических, научно-техических, культурных и других отношений посредством осуществления связи, а также радио и телевизионного вещания через искусственные спутники Земли;
- признавая полезность сотрудничества в теоретических и экспериментальных исследованиях, а также в проектировании, создании, эксплуатации и развитии международной системы связи через искусственные спутники Земли;
- в интересах развития международного сотрудничества на основе уважения суверенитета и независимости государств, равноправия, невмешательства во внутренние дела, а также взаимной помощи и взаимной выгоды;
- исходя из положений резолюции 1721 (XVI) Генеральной Ассамблеи Организации Объединенных Наций и Договора о принципах деятельности государств по исследованию и использованию космического пространства, включая Луну и другие небесные тела, от 27 января 1967 г.;

договорились о нижеследующем:

Die Abkommenspartner haben

- in Anerkennung der Notwendigkeit, die Festigung und Entwicklung allseitiger ökonomischer, wissenschaftlich-technischer, kultureller und anderer Beziehungen mittels Fernmeldeverbindungen sowie Hör- und Fernsehrundfunk über künstliche Erdsatelliten zu unterstützen,
- in Anerkennung der Nützlichkeit der Zusammenarbeit bei den theoretischen und experimentellen Forschungen sowie bei der Projektierung, Schaffung, Nutzung und Entwicklung eines internationalen Fernmeldesystems über künstliche Erdsatelliten,
- im Interesse der Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit auf der Grundlage der Achtung der Souveränität und Unabhängigkeit der Staaten, der Gleichberechtigung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten sowie der gegenseitigen Hilfe und des gegenseitigen Vorteiles,
- ausgehend von den Bestimmungen der Resolution 1721 (XVI) der UNO-Vollversammlung und des Vertrages über die Prinzipien der Tätigkeit der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraumes, einschließlich des Mondes und der anderen Himmelskörper, vom 27. Januar 1967,

folgendes vereinbart:

Статья 1

1. Создается международная система связи через искусственные спутники Земли.

2. Для обеспечения сотрудничества и координации усилий по проектированию, созданию, эксплуатации и развитию системы связи Договаривающиеся Стороны учреждают международную организацию «Интерспутник», в дальнейшем именуемую Организация.

Artikel 1

1. Es wird ein internationales Fernmeldesystem über künstliche Erdsatelliten geschaffen.

2. Zur Gewährleistung der Zusammenarbeit und Koordinierung der Anstrengungen bei der Projektierung, Schaffung, Nutzung und Entwicklung des Fernmeldesystems gründen die Abkommenspartner die internationale Organisation „INTERSPUTNIK“, im weiteren Organisation genannt.

Статья 2

1. «Интерспутник» является открытой международной организацией.

2. Членами Организации являются правительства, подписавшие настоящее Соглашение и сдавшие на хранение документы о его ратификации в соответствии со статьей 20, а также правительства других государств, присоединившиеся к настоящему Соглашению в соответствии со статьей 22.

Artikel 2

1. „INTERSPUTNIK“ ist eine offene internationale Organisation.

2. Mitglieder der Organisation sind die Regierungen, die das vorliegende Abkommen unterzeichnet und die Dokumente über seine Ratifikation gemäß Artikel 20 zur Aufbewahrung übergeben haben, sowie die Regierungen anderer Staaten, die dem vorliegenden Abkommen gemäß Artikel 22 beigetreten sind.

Статья 3

Местопребыванием Организации устанавливается город Москва.

Artikel 3

Als Sitz der Organisation wird Moskau festgelegt.

Статья 4

1. Международная система связи через искусственные спутники Земли включает в качестве своих составных компонентов:

- космический комплекс, состоящий из спутников связи с ретрансляторами, бортовыми средствами и наземными системами управления, обеспечивающими нормальное функционирование спутников;
- земные станции, осуществляющие взаимную связь через искусственные спутники Земли.

Artikel 4

1. Das internationale Fernmeldesystem über künstliche Erdsatelliten umfaßt folgende Bestandteile:

- den kosmischen Komplex, der aus den Fernmeldesatelliten mit den Umsetzern und Bordeinrichtungen und den Bodensystemen für die Steuerung besteht, die das normale Funktionieren der Satelliten gewährleisten;
- den Bodenfunkstellen, die die gegenseitige Verbindung über die künstlichen Erdsatelliten herstellen.

2. Космический комплекс является собственностью Организации или арендуется у Членов Организации, имеющих такие системы.

3. Земные станции являются собственностью государств либо признанных эксплуатационных организаций.

4. Члены Организации имеют право на включение построенных ими земных станций в систему связи Организации, если эти станции удовлетворяют техническим требованиям Организации.

Статья 5

Создание международной системы связи предусматривается по следующим этапам:

- этап проведения опытной работы Членами Организации на своих земных станциях с использованием каналов связи, предоставляемых Организации бесплатно Союзом Советских Социалистических Республик на его спутниках связи. Продолжительность этого этапа устанавливается до конца 1973 года;
- этап работы с использованием каналов связи на спутниках связи Членов Организации на условиях аренды;
- этап коммерческой эксплуатации системы связи с использованием космического комплекса, являющегося собственностью Организации или арендуемого у ее Членов. Переход к этому этапу будет осуществлен, когда создание космического комплекса, принадлежащего Организации, или его аренда будут признаны Договаривающимися Сторонами экономически целесообразными.

Статья 6

Запуск и вывод на орбиту спутников связи, являющихся собственностью Организации, а также управление ими на орбите осуществляются Членами Организации, имеющими для этого соответствующие средства, на основе соглашений между Организацией и такими Членами Организации.

Статья 7

Организация координирует свою деятельность с Международным Союзом Электросвязи, а также сотрудничает с другими организациями, деятельность которых имеет отношение к использованию спутников связи как в техническом отношении (использование частотного спектра, применение технических норм на каналы связи и стандартов на аппаратуру), так и в вопросах международной регламентации.

Статья 8

Организация является юридическим лицом и правомочна заключать договоры, приобретать, арендовать и отчуждать имущество и предпринимать процессуальные действия.

Статья 9

1. На территории государств, правительства которых являются Членами Организации, она пользуется правоспособностью, необходимой для достижения ее целей н осуществления ее функций. Объем этой правоспособности будет определяться в соответствующих соглашениях с компетентными органами государств, на территории которых она осуществляет свою деятельность.

2. По вопросам, не урегулированным настоящим Соглашением и соглашениями, указанными в пункте 1 настоящей статьи, применяется законодательство государств, на территории которых осуществляется деятельность Организации.

2. Der kosmische Komplex ist Eigentum der Organisation oder wird bei den Mitgliedern der Organisation, die solche Systeme besitzen, gemietet.

3. Die Bodenfunkstellen sind Eigentum der Staaten oder der von ihnen anerkannten Betriebsorganisationen.

4. Die Mitglieder der Organisation haben das Recht auf Einbeziehung der von ihnen errichteten Bodenfunkstellen in das Fernmeldesystem der Organisation, wenn diese Bodenfunkstellen den technischen Forderungen der Organisation entsprechen.

Artikel 5

Die Schaffung des internationalen Fernmeldesystems ist in folgenden Etappen vorgesehen:

- Etappe des Versuchsbetriebs durch die Mitglieder der Organisation mit ihren Bodenfunkstellen unter Nutzung von Fernmeldekanälen, die der Organisation von der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über ihre Fernmeldesatelliten unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Die Dauer dieser Etappe wird bis Ende 1973 festgelegt.
- Betriebsetappe unter Nutzung von Fernmeldekanälen über Fernmeldesatelliten der Mitglieder der Organisation zu Mietbedingungen.
- Etappe des kommerziellen Betriebs des Fernmeldesystems unter Nutzung des kosmischen Komplexes, der Eigentum der Organisation ist oder bei ihren Mitgliedern gemietet wird. Der Übergang zu dieser Etappe wird erfolgen, wenn die Schaffung des kosmischen Komplexes, dessen Eigentümer oder Mieter die Organisation ist, von den Abkommenspartnern als ökonomisch zweckmäßig erachtet wird.

Artikel 6

Der Start und die Beförderung von Fernmeldesatelliten, die Eigentum der Organisation sind, auf die Umlaufbahn sowie deren Steuerung auf der Umlaufbahn erfolgen durch die Mitglieder der Organisation, die hierfür die entsprechenden Mittel haben, auf der Grundlage von vertraglichen Vereinbarungen zwischen der Organisation und solchen Mitgliedern der Organisation.

Artikel 7

Die Organisation koordiniert ihre Tätigkeit mit dem Internationalen Fernmeldeverein und arbeitet auch mit anderen Organisationen, deren Tätigkeit mit der Nutzung von Fernmeldesatelliten in Beziehung steht, sowohl in technischer Hinsicht (Nutzung des Frequenzbereiches, Verwendung der Technischen Normen für die Fernmeldekanäle und des Standards für die Einrichtungen) als auch in Fragen des internationalen Reglements zusammen.

Artikel 8

Die Organisation ist eine juristische Person und befugt, Verträge abzuschließen, Eigentum zu erwerben, zu mieten und zu veräußern und zu prozessieren.

Artikel 9

1. Auf dem Territorium der Staaten, deren Regierungen Mitglieder der Organisation sind, genießt sie die Rechtsfähigkeit, die für die Erreichung ihrer Ziele und die Verwirklichung ihrer Funktionen erforderlich ist. Der Umfang dieser Rechtsfähigkeit wird in entsprechenden vertraglichen Vereinbarungen mit den kompetenten Organen der Staaten festgelegt, auf deren Territorium sie ihre Tätigkeit ausübt.

2. Für die durch das vorliegende Abkommen und die im Punkt 1 dieses Artikels erwähnten vertraglichen Vereinbarungen nicht geregelten Fragen werden die gesetzlichen Bestimmungen der Staaten angewendet, auf deren Territorium die Tätigkeit der Organisation ausgeübt wird.

Статья 10

1. Организация несет материальнуьую ответственность по своим обязательствам в пределах принадлежащего ей имущества.

2. Организация не несет материальной отвестственности по обязательствам Договаривающихся Сторон, равно как Договаривающиеся Стороны не отвечают по обязательствам Организации.

Статья 11

1. Для руководства деятельностью Организации создаются следующие органы:

- Совет – руководящий орган;
- Дирекция – постоянный исполнительный и административный орган во главе с Генеральным директором. Время создания и начало деятельности Дирекции определяются Советом.

2. До начала деятельности Дирекции функции Генерального директора по представительству Организации, указанные в пункте 2 статьи 13, выполняет председатель Совета.

3. Для контроля за финансовой деятельностью Организации создается Ревизионная комиссия.

4. Совет может учреждать такие вспомогательные органы, которые необходимы для осуществления целей настоящего Соглашения.

Статья 12

1. В состав Совета входит по одному представителю от каждого Члена Организации.

2. Каждый Член Организации имеет в Совете один голос.

3. Совет собирается на очередные сессии не реже одного раза в год. Внеочередная сессия может быть созвана по просьбе любого Члена Организации или Генерального директора, если за ее созыв высказалось не менее одной трети Членов Организации.

4. Сессии Совета проводятся, как правило, в месте пребывания Организации. Совет может принять решение о проведении сессий на территории других государств, правительства которых являются Членами Организации, по приглашению этих Членов Организации.

До начала деятельности Дирекции Совет собирается поочередно в государствах, правительства которых являются членами Организации согласно их названий по русскому алфавиту. В этом случае расходы по проведению сессий несут принимающие Члены Организации.

5. Председательствование на сессиях Совета осуществляется представителями Членов Организации поочередно в порядке названий этих Членов Организации по русскому алфавиту. Заместителем председателя назначается представитель Члена Организации, следующего по алфавиту. Председатель и его заместитель сохраняют свои полномочия до следующей очередной сессии Совета.

6. К компетенции Совета относятся вопросы, охватываемые настоящим Соглашением. Совет:

6.1. рассматривает и утверждает мероприятия по созданию, приобретению или аренде, а также эксплуатации космического комплекса;

6.2. утверждает планы развития и совершенствования системы связи Организации;

6.3. определяет технические требования на спутники связи Организации;

Artikel 10

1. Die Organisation trägt die materielle Verantwortung für ihre Verpflichtungen im Rahmen des ihr gehörenden Eigentums.

2. Die Organisation trägt keine materielle Verantwortung für die Verpflichtungen der Abkommenspartner ebenso wie die Abkommenspartner nicht für die Verpflichtungen der Organisation verantwortlich sind.

Artikel 11

1. Zur Leitung der Tätigkeit der Organisation werden folgende Organe geschaffen:

- der Rat als leitendes Organ,
- die Direktion als ständiges ausführendes und administratives Organ mit dem Generaldirektor an der Spitze. Der Zeitpunkt der Schaffung und der Beginn der Tätigkeit der Direktion werden vom Rat bestimmt.

2. Bis zum Beginn der Tätigkeit der Direktion übernimmt der Vorsitzende des Rates die im Punkt 2, Artikel 13, angegebenen Funktionen des Generaldirektors zur Vertretung der Organisation.

3. Zur Kontrolle der Finanztätigkeit der Organisation wird die Revisionskommission geschaffen.

4. Der Rat kann solche Hilfsorgane schaffen, die zur Verwirklichung der Ziele des vorliegenden Abkommens erforderlich sind.

Artikel 12

1. Der Rat setzt sich aus je einem Vertreter jedes Mitglieds der Organisation zusammen.

2. Jedes Mitglied der Organisation hat im Rat eine Stimme.

3. Der Rat versammelt sich mindestens einmal im Jahr zu ordentlichen Tagungen. Eine außerordentliche Tagung kann auf Wunsch eines beliebigen Mitglieds der Organisation oder des Generaldirektors einberufen werden, wenn sich für ihre Einberufung mindestens ein Drittel der Mitglieder der Organisation ausgesprochen hat.

4. Die Tagungen des Rates werden in der Regel am Sitz der Organisation durchgeführt. Der Rat kann einen Beschluß über die Durchführung von Tagungen auf dem Territorium anderer Staaten, deren Regierungen Mitglieder der Organisation sind, auf Einladung dieser Mitglieder der Organisation fassen.

Bis zum Beginn der Tätigkeit der Direktion tagt der Rat der Reihe nach in den Staaten, deren Regierungen Mitglieder der Organisation sind, entsprechend ihrer Bezeichnung nach dem russischen Alphabet. In diesem Falle werden die Kosten für die Durchführung von Tagungen von den empfangenden Mitgliedern der Organisation getragen.

5. Der Vorsitz auf den Ratstagungen wird von Vertretern der Mitglieder der Organisation der Reihe nach entsprechend den Bezeichnungen dieser Mitglieder der Organisation nach dem russischen Alphabet übernommen. Als Stellvertreter des Vorsitzenden wird ein Vertreter des nach dem Alphabet nächsten Mitglieds der Organisation benannt. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter üben ihre Funktion bis zur nächsten ordentlichen Ratstagung aus.

6. Zur Zuständigkeit des Rates gehören Fragen, die sich auf das vorliegende Abkommen erstrecken. Der Rat

6.1. erörtert und bestätigt Maßnahmen zur Schaffung, zum Erwerb oder zum Mieten sowie zum Betrieb des kosmischen Komplexes;

6.2. bestätigt die Pläne für die Entwicklung und Vervollkommnung des Fernmeldesystems der Organisation;

6.3. bestimmt die technischen Forderungen für die Fernmeldesatelliten der Organisation;

6.4. рассматривает и утверждает программу запуска на орбиту спутников связи Организации;

6.5. утверждает план распределения каналов связи между Членами Организации, а также порядок и условия использования каналов связи другими потребителями;

6.6. определяет технические требования на земные станции;

6.7. определяет соответствие техническим требованиям земных станций, предъявляемых для включения в систему связи Организации;

6.8. избирает Генерального директора и его заместителя и контролирует деятельность Дирекции;

6.9. избирает председателя и членов Ревизионной комиссии и утверждает порядок работы этой комисии;

6.10. утверждает структуру и штаты Дирекции, а также Положение о персонале Дирекции;

6.11. утверждает план работы Организации на предстоящий календарный год;

6.12. рассматривает и утверждает бюджет Организации и отчет о его исполнении, а также баланс и распределение прибыли Организации;

6.13. рассматривает и утверждает ежегодные отчеты Генерального директора о деятельности Дирекции;

6.14. утверждает отчет Ревизионной комиссии;

6.15. принимает к сведению официальные заявления правительств, желающих присоединиться к Соглашению;

6.16. определяет порядок и сроки уплаты долевых взносов, а также перераспределение долей взносов в соответствии с пунктом 5 статьи 15;

6.17. опеделяет тариф за передачу единиц информации или стоимость аренды канала на спутниках связи Организации;

6.18. рассматривает предложения о внесении поправок в настоящее Соглашение и предлагает их Договаривающимся Сторонам для одобрения в порядке, установленном статьей 24;

6.19. принимяет правила процедуры своей работы;

6.20. рассматривает и решает другие вопросы, вытекающие из Соглашения.

7. Совет должен стремиться к тому, чтобы его решения принимались единогласно. Если этого не будет достигнуто, решения Совета считаются принятыми, когда за них подано не менее двух третей голосов всех Членов Совета. Решения Совета не являются обязательными для тех Членов, которые не высказались за их принятие и заявили к ним оговорку в письменной форме; однако, впоследствии эти Члены могут присоединиться к принятым решениям.

8. При исполнении своих функций, предусмотренных в пункте 6 настоящей статьи, Совет действует в пределах средств, установленных Договаривающимися Сторонами.

9. Первая сессия Совета созывается правительством государства, в котором установлено местопребывание Организации, не позднее, чем через три месяца после вступления в силу настоящего Соглашения.

Статья 13

1. Дирекция состоит из Генерального директора, его заместителя и необходимого персонала.

2. Генеральный директор, действуя на принципах единоначалия, является главным административным должностным лицом Организации и в этом качестве представляет ее

6.4. erörtert und bestätigt das Programm für die Beförderung der Fernmeldesatelliten der Organisation auf die Umlaufbahn;

6.5. bestätigt den Plan der Verteilung der Fernmeldekanäle zwischen den Mitgliedern der Organisation sowie den Modus und die Bedingungen der Nutzung der Fernmeldekanäle durch andere Nutzer;

6.6. bestimmt die technischen Forderungen für die Bodenfunkstellen;

6.7. stellt fest, ob die Bodenfunkstellen, die für die Einbeziehung in das Fernmeldesystem der Organisation vorgesehen sind, den technischen Forderungen entsprechen;

6.8. wählt den Generaldirektor und seinen Stellvertreter und kontrolliert die Tätigkeit der Direktion;

6.9. wählt den Vorsitzenden und die Mitglieder der Revisionskommission und bestätigt die Geschäftsordnung dieser Kommission;

6.10. bestätigt die Struktur und den Stellenplan der Direktion sowie die Personalordnung der Direktion;

6.11. bestätigt den Arbeitsplan der Organisation für das kommende Kalenderjahr;

6.12. erörtert und bestätigt das Budget der Organisation und den Bericht über den Budgetvollzug sowie die Bilanz und die Verteilung des Gewinns der Organisation;

6.13. erörtert und bestätigt die Jahresberichte des Generaldirektors über die Tätigkeit der Direktion;

6.14. bestätigt den Bericht der Revisionskommission;

6.15. nimmt die offiziellen Erklärungen der Regierungen, die dem Abkommen beizutreten wünschen, zur Kenntnis;

6.16. bestimmt den Modus und die Zahlungstermine für die anteiligen Beiträge sowie die Umverteilung der Beitragsanteile gemäß Punkt 5, Artikel 15;

6.17. bestimmt die Gebühr für die Übertragung der Informationseinheiten oder die Mietgebühr für einen Kanal über Fernmeldesatelliten der Organisation;

6.18. erörtert Vorschläge über die Einbringung von Korrekturen zum vorliegenden Abkommen und schlägt diese den Abkommenspartnern zur Billigung vor, wie es in Artikel 24 festgelegt ist;

6.19. nimmt die Geschäftsordnung an;

6.20. erörtert und entscheidet weitere Fragen, die sich aus dem Abkommen ergeben.

7. Der Rat soll bemüht sein, seine Beschlüsse einstimmig zu fassen. Wenn das nicht erreicht wird, so gelten die Beschlüsse des Rates als angenommen, wenn für sie mindestens zwei Drittel der Stimmen aller Mitglieder des Rates abgegeben wurden. Die Beschlüsse des Rates sind bindend für jene Mitglieder, die sich nicht für ihre Annahme ausgesprochen haben und ihren Vorbehalt dazu in schriftlicher Form erklärten – später jedoch können sich diese Mitglieder den gefaßten Beschlüssen anschließen.

8. In Ausübung seiner in Punkt 6 dieses Artikels vorgesehenen Funktionen wird der Rat im Rahmen der durch die Abkommenspartner festgelegten Mittel tätig.

9. Die erste Tagung des Rates wird von der Regierung des Staates einberufen, in dem der Sitz der Organisation festgelegt wurde, spätestens drei Monate nach Inkrafttreten des vorliegenden Abkommens.

Artikel 13

1. Die Direktion besteht aus dem Generaldirektor, seinem Stellvertreter und dem erforderlichen Personal.

2. Der Generaldirektor wird nach dem Prinzip der Einzelleitung tätig, ist Hauptverantwortlicher der Verwaltung der Organisation und vertritt sie in dieser Eigenschaft gegenüber den zuständigen

в отношениях с компетентными органами Членов Организации по всем вопросам, касающимся ее деятельности, а также в отношениях с государствами, правительства которых не являются членами Организации, и международными организациями, с которыми Совет сочтет необходимым сотрудничать.

3. Генеральный директор ответственен перед Советом и действует в пределах полномочий, предоставленных ему настоящим Соглашением и решениями Совета.

4. Генеральный директор осуществляет следующие функции:

4.1. обеспечивает выполнение решений Совета;

4.2. ведет переговоры с администрациями связи, проектными организациями и промышленными предприятиями Членов Организации по вопросам проектирования системы в целом, а также по вопросам проектирования, изготовления и поставки элементов и блоков бортовой аппаратуры спутников связи Организации;

4.3. ведет переговоры по вопросам запусков спутников связи для Организации;

4.4. по поручению Совета в рамках полномочий, установленных Советом, заключает международные и другие соглашения;

4.5. составляет проект бюджета на очередной финансовый год, представляет его на утверждение Совета и отчитывается перед Советом об исполнении бюджета за истекший финансовый год;

4.6. подготавливает для представления Совету отчет о деятельности Дирекции за истекший год;

4.7. разрабатывает проекты планов работы Организации, а также развития и совершенствования системы связи и представляет их Совету на утверждение;

4.8. обеспечивает подготовку, созыв и проведение сессий Совета.

5. Генеральный директор и его заместитель избираются из граждан государств, правительства которых являются Членами Организации, сроком на 4 года. Заместитель Генерального директора может быть избран, как правило, только на один срок. Генеральный директор и его заместитель не могут быть гражданами одного и того же государства.

6. Персонал Дирекции комплектуется из граждан государств, правительства которых являются Членами Организации, с учетом профессиональной компетенции и справедливого географического представительства.

Статья 14

1. Ревизионная комиссия состоит из трех членов, избираемых Советом сроком на три года из граждан разных государств, правительства которых являются Членами Организации. Председатель и члены Ревизионной комиссии не могут занимать каких-либо должностей в Организации.

2. Генеральный директор предоставляет в распоряжение ревизионной комиссии все необходимые для осуществления ревизий материалы и документы.

3. Отцет Ревизинной комиссии представляется Совету Организации.

Статья 15

1. Для обеспечения деятельности Организации создается уставный фонд (основные и оборотные средства). Решение о создании и размерах уставного фонда принимается Договаривающимися Сторонами по предложению Совета и оформляется специальным протоколом. Размер

Organen der Mitglieder der Organisation in allen Fragen, die ihre Tätigkeit betreffen, sowie gegenüber anderen Staaten und internationalen Organisationen, mit denen der Rat es für notwendig erachtet, zusammenzuarbeiten.

3. Der Generaldirektor ist verantwortlich gegenüber dem Rat und wird im Rahmen der ihm durch das vorliegende Abkommen und die Beschlüsse des Rates übertragenen Vollmachten tätig.

4. Der Generaldirektor übt folgende Funktionen aus:

4.1. er gewährleistet die Erfüllung der Beschlüsse des Rates;

4.2. er führt Verhandlungen mit den Fernmeldeverwaltungen, den Projektierungsorganisationen und den Industriebetrieben der Mitglieder der Organisation über Fragen der Projektierung des Systems in seiner Gesamtheit sowie über Fragen der Projektierung, Herstellung und Lieferung der Baugruppen und Blöcke der Bordapparaturen der Fernmeldesatelliten der Organisation;

4.3. er führt Verhandlungen zu Fragen des Starts von Fernmeldesatelliten für die Organisation;

4.4. er schließt im Auftrage des Rates im Rahmen der ihm vom Rat erteilten Vollmachten internationale und andere Verträge ab;

4.5. er stellt den Budgetentwurf für das nächste Finanzjahr auf, unterbreitet diesen dem Rat zur Bestätigung und legt dem Rat Rechenschaft über die Erfüllung des Budgets für das vergangene Finanzjahr;

4.6. er bereitet den Bericht über die Tätigkeit der Direktion für das vergangene Jahr für die Vorlage beim Rat vor;

4.7. er arbeitet die Entwürfe der Arbeitspläne der Organisation sowie der Pläne für die Entwicklung und Vervollkommnung des Fermeldesystems aus und legt diese dem Rat zur Bestätigung vor;

4.8. er gewährleistet die Vorbereitung, Einberufung und Durchführung der Tagungen des Rates.

5. Der Generaldirektor und sein Stellvertreter werden aus Bürgern der Staaten, deren Regierungen Mitglieder der Organisation sind, für die Dauer von 4 Jahren gewählt. Der Stellvertreter des Generaldirektors kann in der Regel nur für eine Amtsperiode gewählt werden. Der Generaldirektor und sein Stellvertreter dürfen nicht Bürger ein und desselben Staates sein.

6. Das Personal der Direktion setzt sich aus Bürgern der Staaten zusammen, deren Regierungen Mitglieder der Organisation sind, unter Berücksichtigung der beruflichen Eignung und der gerechten territorialen Verteilung.

Artikel 14

1. Die Revisionskommission besteht aus 3 Mitgliedern, die vom Rat für die Dauer von 3 Jahren aus Bürgern verschiedener Staaten, deren Regierungen Mitglieder der Organisation sind, gewählt werden. Der Vorsitzende und die Mitglieder der Revisionskommission dürfen in der Organisation keinerlei andere Ämter ausüben.

2. Der Generaldirektor stellt der Revisionskommission alle für die Durchführung der Revision erforderlichen Unterlagen und Dokumente zur Verfügung.

3. Der Bericht der Revisionskommission wird dem Rat der Organisation vorgelegt.

Artikel 15

1. Zur Sicherung der Tätigkeit der Organisation wird der Statutenfonds (Grund- und Umlaufmittel) geschaffen. Der Beschluß über die Schaffung und Höhe des Statutenfonds wird von den Abkommenspartnern auf Vorschlag des Rates gefaßt und in einem Zusatzprotokoll formuliert. Die Höhe der anteiligen Beteili-

долевого участия Членов Организации в образовании уставного фонда устанавливается пропорционально степени использования ими каналов связи.

2. Если в процессе усовершенствования системы связи будет выявлена необходимость в увеличении уставного фонда, то сумма дополнительных взносов подлежит распределению между Членами Организации, которые выразили согласие на это увеличение.

3. За счет взносов Членов Организации в уставный фонд покрываются следующие расходы Организации:

3.1. на научно-исследовательские и опытно-конструкторские работы по космическому комплексу и по земным станциям;

3.2. на проектирование, создание, приобретение или аренду космического комплекса;

3.3. на оплату запуска и вывода на орбиту спутников связи Организации;

3.4. на други цели, связанные с деятельностью Организации.

4. До образования уставного фонда деятельность Организации осуществляется в соответствии со специальным бюджетом, составляемым на каждый календарный год. Расходы, предусмотренные в бюджете на содержание персонала Дирекции, проведение сессий Совета и другие мероприятия административного характера, покрываются Членами Организации в размерах, устанавливаемых Договаривающимися Сторонами по предложеню Совета и оформляемых специальным протоколом.

5. При вступлении в Организацию новых Членов или в случае выхода Члена из Организации доли взносов остальных Членов Организации соответственно изменяются.

6. Валюта, в которой производятся взносы в уставный фонд и бюджет Организации, определяется Договаривающимися Сторонами по предложению Совета.

7. На сумму, не уплаченную Членами Организации в установленный срок, Организация начисляет 3 % годовых.

8. В случае невыполнения Членами Организации своих финансовых обязательств в течение одного года Совет решает вопрос о частичном или полном приостановлении прав, вытекающих из членства в Организации.

9. Прибыль, полученная от эксплуатации системы связи, распределяется между Членами Организации пропорционально их сумме взносов. По решению Членов Организации прибыль может быть обращена на увеличение уставного фонда или создание каких-либо специальных фондов.

10. Расходы по содержанию участников совещаний и заседаний, связанных с выполнением задач Организации, в том числе заседаний Совета, несут Договаривающиеся Стороны, командирующие своих представителей на такие совещания и заседания.

Статья 16

1. Организация эксплуатирует космический комплекс, предоставляя в соответствии с положениями настоящего Соглашения каналы связи своим Членам и другим потребителям.

2. Каналы связи, которыми располагает Организация, распределяются между Членами Организации, исходя из их потребностей в каналах. Каналы связи, превышающие общую потребность всех Членов Организации, могут быть сданы в аренду другим потребителям.

3. Каналы связи предоставляются за плату по тарифам, устанавливаемым Советом. Величина тарифов должна быть

gung der Mitglieder der Organisation bei der Bildung des Statutenfonds wird proportional zum Grad ihrer Fernmeldekanalbenutzung festgelegt.

2. Wenn bei der Vervollkommnung des Fernmeldesystems die Notwendigkeit auftritt, den Statutenfonds zu erhöhen, so wird die Summe der zusätzlichen Beiträge zwischen den Mitgliedern der Organisation, die zu dieser Erhöhung ihr Einverständnis erklärten, aufgeteilt.

3. Aus den Beiträgen der Mitglieder der Organisation zum Statutenfonds werden folgende Ausgaben der Organisation gedeckt: Die Ausgaben

3.1. für die wissenschaftlichen Forschungs-, Entwicklungs- und Konstruktionsarbeiten für den kosmischen Komplex und die Bodenfunkstellen;

3.2. für die Projektierung, Errichtung, den Erwerb oder das Mieten des kosmischen Komplexes;

3.3. für die Bezahlung des Starts und die Beförderung der Fernmeldesatelliten der Organisation auf die Umlaufbahn;

3.4. für andere Zwecke in Zusammenhang mit der Tätigkeit der Organisation.

4. Bis zur Bildung des Statutenfonds erfolgt die Tätigkeit der Organisation in Übereinstimmung mit dem für jedes Kalenderjahr aufgestellten speziellen Budget. Die im Budget für den Unterhalt des Personals der Direktion, die Durchführung von Tagungen des Rates und andere Maßnahmen mit Verwaltungscharakter vorgesehenen Ausgaben werden von den Mitgliedern der Organisation in der Höhe gedeckt, die von den Abkommenspartnern auf Vorschlag des Rates festgelegt und in einem Zusatzprotokoll formuliert wird.

5. Beim Eintritt neuer Mitglieder in die Organisation oder im Falle des Austritts eines Mitglieds aus der Organisation verändern sich entsprechend die Beiträge.

6. Die Valuta, in der die Beiträge zum Statutenfonds und Budget der Organisation zu leisten sind, werden von den Abkommenspartnern auf Vorschlag des Rates festgelegt.

7. Für eine Summe, die nicht zum festgelegten Termin bezahlt wurde, werden Verzugszinsen in Höhe von 3 % der jährlichen Beiträge berechnet.

8. Wenn Mitglieder der Organisation ihren finanziellen Verpflichtungen im Laufe eines Jahres nicht nachkommen, entscheidet der Rat über die teilweise oder vollständige Aussetzung der sich aus der Mitgliedschaft in der Organisation ergebenden Rechte.

9. Der aus dem Betrieb des Fernmeldesystems erzielte Gewinn wird zwischen den Mitgliedern der Organisation proportional zu ihrer Beitragssumme aufgeteilt. Auf Beschluß der Mitglieder der Organisation kann der Gewinn für die Erhöhung des Statutenfonds oder die Bildung beliebiger spezieller Fonds verwendet werden.

10. Die Kosten für den Unterhalt der Teilnehmer an Tagungen und Sitzungen im Zusammenhang mit der Erfüllung der Aufgaben der Organisation, darunter Sitzungen des Rates, tragen die Abkommenspartner, die ihre Vertreter zu diesen Tagungen und Sitzungen entsenden.

Artikel 16

1. Die Organisation betreibt den kosmischen Komplex und stellt die Fernmeldekanäle ihren Mitgliedern und anderen Nutzern in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des vorliegenden Abkommens zur Verfügung.

2. Die Fernmeldekanäle, über die die Organisation verfügt, werden zwischen den Mitgliedern der Organisation, ausgehend von ihrem Bedarf an Kanälen, aufgeteilt. Die Fernmeldekanäle, die den Gesamtbedarf aller Mitglieder der Organisation überschreiten, können an andere Nutzer vermietet werden.

3. Die Fernmeldekanäle werden gegen Bezahlung nach Tarifen, die vom Rat festgelegt werden, zur Verfügung gestellt. Die

на уровне среднемировых тарифов, исчисляемых в золотых франках. Порядок расчетов за услуги связи определяется Советом.

Höhe der Tarife muß auf dem Stand der in Goldfranken berechneten Weltdurchschnittstarife sein. Der Zahlungsmodus für die Fernmeldeleistungen wird vom Rat festgelegt.

Статья 17

1. Любая Договаривающаяся Сторона может денонсировать настоящее Соглашение, направив письменное извещение об этом правительству-депозитарию.

Денонсация Соглашения этой Договаривающейся Стороной вступает в силу по окончании финансового года, в котором истекает годичный срок, со дня извещения правительства-депозитария об этой денонсации. Такая Договаривающаяся Сторона должна в сроки, установленные Советом, выплатить сумму взносов, определенную ей на финансовый год, в котором денонсация вступает в силу, а также выполнить все другие взятые на себя финансовые обязательства.

2. Размер денежной компенсации Договаривающейся Стороне, денонсировавшей Соглашение, определяется Советом в соответствии с суммой взносов этой Договаривающейся Стороны в уставный фонд Организации с учетом физического и морального износа основных средств.

Денежная компенсация выплачивается после утверждения Советом отчета по бюджету за финансовый год, в котором денонсация вступает в силу.

Artikel 17

1. Jeder Abkommenspartner kann das vorliegende Abkommen kündigen, indem er eine schriftliche Mitteilung hierzu der Depositärregierung übersendet.

Die Kündigung des Abkommens durch diesen Abkommenspartner tritt bei Beendigung des Finanzjahres in Kraft, in dem die Einjahresfrist vom Tag der Benachrichtigung der Depositärregierung über diese Kündigung abläuft. Dieser Abkommenspartner hat zu den vom Rat festgelegten Terminen die Beitragssumme zu zahlen, die ihm für das Finanzjahr berechnet wurde, in dem die Kündigung in Kraft tritt, sowie alle anderen von ihm übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen.

2. Die Höhe des finanziellen Ausgleichs für den Abkommenspartner, der das Abkommen kündigt, wird vom Rat in Übereinstimmung mit der Summe der Beiträge dieses Abkommenspartners am Statutenfonds der Organisation unter Berücksichtigung des physischen und moralischen Verschleißes der Grundmittel festgelegt.

Der finanzielle Ausgleich wird gezahlt, nachdem der Rat den Bericht über das Budget für das Finanzjahr bestätigt hat, in dem die Kündigung in Kraft tritt.

Статья 18

1. Настоящее Соглашение может быть прекращено с согласия всех Договаривающихся Сторон.

Прекращение Соглашения означает ликвидацию Организации.

Порядок ликвидации Организации определяется Советом.

2. В случае ликвидации Организации ее основные средства реализуются, и Членам Организации выплачивается денежная компенсация в соответствии с их долевым участием в капитальных затратах по созданию системы связи с учетом физического и морального износа основных средств. Наличные оборотные средства, за исключением части, идущей на погашение обязательств Организации, распределяются между Членами Организации пропорционально фактически внесенным денежным взносам на день ликвидации Организации.

Artikel 18

1. Das vorliegende Abkommen kann mit Zustimmung aller Abkommenspartner außer Kraft gesetzt werden.

Die Außerkraftsetzung des Abkommens bedeutet die Auflösung der Organisation.

Das Verfahren für die Auflösung der Organisation wird vom Rat festgelegt.

2. Bei Auflösung der Organisation werden ihre Grundmittel veräußert, und den Mitgliedern der Organisation wird der finanzielle Ausgleich in Übereinstimmung mit ihrer anteiligen Beteiligung an den Kapitalinvestitionen zur Schaffung des Nachrichtensystems unter Berücksichtigung des physischen und moralischen Verschleißes der Grundmittel gezahlt. Die baren Umlaufmittel, ausgenommen die Mittel für die Tilgung der Verpflichtungen der Organisation, werden zwischen den Mitgliedern der Organisation proportional den tatsächlich bis zum Tage der Auflösung der Organisation eingebrachten finanziellen Beiträgen verteilt.

Статья 19

Языками Организации являются английский, испанский, русский и французский языки.

Степень использования языков решается Советом в зависимости от действительных потребностей Организации.

Artikel 19

Die Sprachen der Organisation sind Englisch, Spanisch, Russisch und Französisch.

Der Rat entscheidet in Abhängigkeit von den tatsächlichen Bedürfnissen der Organisation, welche Sprachen angewendet werden.

Статья 20

Настоящее Соглашение открыто для подписания до 31 декабря 1972 года в городе Москве.

Соглашение подлежит ратификации. Ратификационные грамоты сдаются на хранение Правительству СССР, которое назначается в качестве депозитария настоящего Соглашения.

Artikel 20

Das vorliegende Abkommen liegt bis 31. Dezember 1972 in Moskau zur Unterzeichnung aus.

Das Abkommen unterliegt der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden der Regierung der UdSSR, die als Depositär des vorliegenden Abkommens bestimmt wird, zur Aufbewahrung übergeben.

Статья 21

Соглашение вступает в силу после сдачи на хранение шести ратификационных грамот.

Artikel 21

Das Abkommen tritt in Kraft nach Übergabe von 6 Ratifikationsurkunden.

Статья 22

1. Правительство любого государства, не подписавшее настоящее Соглашение, может присоединиться к нему. В этом случае правительство подает Совету Организации официальное заявление о том, что оно разделяет цели и принципы деятельности Организации и принимает на себя обязательства, вытекающие из настоящего Соглашения.

2. Документы о присоединении к Соглашению сдаются на хранение правительству-депозитарию.

Статья 23

Для правительств, которые сдадут на хранение ратификационные грамоты или документы о присоединении после вступления в силу настоящего Соглашения, оно вступит в силу в день сдачи на хранение указанных актов.

Статья 24

Поправки к настоящему Соглашению вступают в силу для каждой Договаривающейся Стороны, принимающей эти поправки после их одобрения двумя третями Договаривающихся Сторон. Вступившая в силу поправка становится обязательной для других Договаривающихся Сторон после принятия ими такой поправки.

Статья 25

1. Правительство – депозитарий настоящего Соглашения извещает все Договаривающиеся Стороны о дате каждого подписания, о дате сдачи на хранение каждой ратификационной грамоты и каждого документа о присоединении, о дате вступления в силу Соглашения, а также о всех других полученных им уведомлениях.

2. Настоящее Соглашение будет зарегистрировано правительством-депозитарием в соответствии со статьей 102 Устава Организации Объединенных Наций.

Статья 26

Настоящее Соглашение, русский, английский, испанский и французский тексты которого являются равно аутентичными, будет сдано на хранение в архивы правительства-депозитария. Должным образом заверенные копии Соглашения будут препровождены правительством-депозитарием Договаривающимся Сторонам.

В удостоверение чего нижеподписавшиеся, должным образом на то уполномоченные, подписали настоящее Соглашение.

Совершено в городе Москве 15 ноября 1971 года.

Artikel 22

1. Die Regierung jedes beliebigen Staates, die das vorliegende Abkommen nicht unterzeichnet hat, kann diesem beitreten. In diesem Fall übergibt die Regierung dem Rat der Organisation eine offizielle Erklärung, daß sie die Ziele und Prinzipien der Tätigkeit der Organisation teilt und die aus dem vorliegenden Abkommen resultierenden Verpflichtungen übernimmt.

2. Die Dokumente über den Beitritt zum Abkommen werden der Depositärregierung zur Aufbewahrung übergeben.

Artikel 23

Für Regierungen, die die Ratifikationsurkunden oder Dokumente über den Beitritt nach Inkrafttreten des vorliegenden Abkommens zur Aufbewahrung übergeben, tritt es am Tage der Übergabe der erwähnten Urkunden in Kraft.

Artikel 24

Korrekturen zum vorliegenden Abkommen treten für jeden Abkommenspartner, der diese Korrekturen annimmt, nach ihrer Billigung durch zwei Drittel der Abkommenspartner in Kraft. Die in Kraft getretene Korrektur wird für die anderen Abkommenspartner bindend, nachdem diese von ihnen angenommen worden ist.

Artikel 25

1. Die Depositärregierung des vorliegenden Abkommens benachrichtigt alle Abkommenspartner über das Datum jeder Unterzeichnung, über das Datum der Übergabe jeder Ratifikationsurkunde zum Deponieren und jedes Beitrittsdokuments über das Datum des Inkrafttretens des Abkommens sowie über alle anderen erhaltenen Mitteilungen.

2. Das vorliegende Abkommen ist von der Depositärregierung in Übereinstimmung mit Artikel 102 der Charta der Organisation der Vereinten Nationen registrieren zu lassen.

Artikel 26

Das vorliegende Abkommen wird in englischer, spanischer, russischer und französischer Sprache, dessen Texte gleich authentisch sind, den Archiven der Depositärregierung übergeben. In entsprechender Weise werden die beglaubigten Kopien von der Depositärregierung den Abkommenspartnern übersandt.

Zur Beglaubigung dessen haben die unten Unterzeichneten, die in der entsprechenden Form dazu bevollmächtigt waren, das vorliegende Abkommen unterschrieben.

Ausgeführt in Moskau, 15. November 1971.

Protokoll über die Einbringung von Korrekturen in das Abkommen über die Schaffung des internationalen Systems und der Organisation für kosmische Fernmeldeverbindungen „INTERSPUTNIK“

Протокол о внесении поправок в Соглашение о создании международной системы и организации космической связи «ИНТЕРСПУТНИК»

Договаривающиеся Стророны,

исходя из целей и задач Международной организации космической связи «ИНТЕРСПУТНИК»;

признавая необходимость совершенствования правовой основы деятельности Международной организации космической связи «ИНТЕРСПУТНИК»;

принимая во внимание состоявшийся переход на этап коммерческой эксплуатации управляемой «ИНТЕРСПУТНИКОМ» системы спутниковой связи;

согласились внести следующие дополнения и изменения в Соглашение о создании международной системы и организации космической связи «ИНТЕРСПУТНИК» от 15 ноября 1971 года (далее «Соглашение»):

Статья 1

Внести следующие поправки в Статью 1 Соглашения:

1. Добавить в пункт 2 следующий абзац:

   «ИНТЕРСПУТНИК» является открытой международной организацией.

2. Добавить новые пункты 3 и 4 следующего содержания:

   «3. Для целей настоящего Соглашения:

   «Член Организации» – означает Правительство, для которого настоящее Соглашение вступило в силу;

   «Эксплуатационное соглашение» – означает Эксплуатационное соглашение Международной организации космической связи «ИНТЕРСПУТНИК»;

   «Участник» – означает назначенную Членом Организации в соответствии со Статьей 2 настоящего Соглашения организацию электросвязи и/или Администрацию связи, для которых Эксплуатационне соглащение вступило в силу;

   «Косимческий комплекс Организации» – означает спутники связи с ретрансляторами, бортовыми средствами и наземными системами управления, обеспечивающими нормальное функционирование спутников и являющихся собственностью Организации или арендуемых;

   «Уставный капитал» – собственный капитал Организации, создаваемый Участниками с целью обеспечения деятельности Организации;

   «Имущество Организации» – означает все, что в независимости от его природы, может быть объектом права собственности, включая права, приобретенные по контрактам, а также иные права, доходы и интересы.

Die Vertragsparteien,

ausgehend von den Zielen und Aufgaben der Internationalen Organisation für kosmische Fernmeldeverbindungen „INTERSPUTNIK“;

in Anerkennung der Notwendigkeit der Vervollkommnung der rechtlichen Grundlagen für die Tätigkeit der Internationalen Organisation für kosmische Fernmeldeverbindungen „INTERSPUTNIK“;

unter Berücksichtigung des vollzogenen Übergangs zum kommerziellen Betrieb des von „INTERSPUTNIK“ verwalteten Systems für kosmische Fernmeldeverbindungen;

sind übereingekommen, die folgenden Ergänzungen und Änderungen in das Abkommen über die Schaffung des internationalen Systems und der Organisation für kosmische Fernmeldeverbindungen „INTERSPUTNIK“ vom 15. November 1971 (nachstehend „Abkommen“) aufzunehmen:

Artikel 1

Die folgenden Korrekturen in Artikel 1 des Abkommens einzubringen:

1. In Absatz 2 den folgenden Anstrich hinzuzufügen:

   „INTERSPUTNIK“ ist eine offene internationale Organisation.

2. Neue Absätze 3 und 4 mit folgendem Inhalt hinzuzufügen:

   „3. Für die Ziele dieses Abkommens:

   „Mitglied der Organisation“ – bezeichnet eine Regierung, für die dieses Abkommen in Kraft getreten ist;

   „Betriebsabkommen“ – bezeichnet das Betriebsabkommen der Internationalen Organisation für kosmische Fernmeldeverbindungen „INTERSPUTNIK“;

   „Signatar“ – bezeichnet eine von einem Mitglied der Organisation gemäß Artikel 2 dieses Abkommens benannte Organisation für Fernmeldewesen und/oder eine Fernmeldeverwaltung, für die das Betriebsabkommen in Kraft getreten ist;

   „Raumsegment der Organisation“ – bezeichnet Fernmeldesatelliten mit Umsetzern, Bordgeräten und terrestrischen Steuerungssystemen, die ein ordnungsgemäßes Funktionieren der Satelliten gewährleisten und Eigentum der Organisation oder von der Organisation gemietet sind;

   „Grundkapital“ – ist das Eigenkapital der Organisation, das von den Signataren mit dem Ziel der Gewährleistung der Tätigkeit der Organisation geschaffen wird;

   „Eigentum der Organisation“ – bezeichnet alles, was unabhängig von seiner Art Objekt des Eigentumsrechts sein kann, einschließlich der vertraglich erworbenen Rechte sowie anderer Rechte, Einnahmen und Interessen.

4. В соответствии с положениями настоящего Соглашения заключается Эксплуатационное соглашение.»

Статья 2

Внести следующие поправки в Статью 2 Соглашения:

1. Исключить пункты 1 и 2.
2. Включить новые пункты следующего содержания:

«1. Каждый Член Организации назначает находящегося под его юрисдикцией Участника, который подписывает Эксплуатационное соглашение. Один Член Организации может назначить несколько Участников.

2. Член Организации уведомляет в письменном виде Депозитариев настоящего Соглашения и Эксплуатационного соглашения о назначенном им Участнике или Участниках.

3. Отношения между Членом Организации и Участником регулируются соответствующим национальным законодательством. При этом Член Организации дает Участнику необходимые руководящие указания, совместимые с национальным законодательством.

4. Член Организации не несет ответственности по обязательствам Участников.»

Статья 3

Дополнить Статью 3 Соглашения следующим положением:

«По рекомендации Эксплуатационного комитета Совет может принять решение о переносе местопребывания Организации в из одну из стран – Членов Организации.»

Статья 4

Заменить в пункте 2 Статьи 4 Соглашения слова «... у Членов организации, имеющих такие системы» на слово «Организацией».

Статья 5

Заменить в первом предложении третьего абзаца Статьи 5 Соглашения слова «...у ее Членов» на слово «Организацией».

Статья 6

Переформулировать Статью 6 Соглашения следующим образом:

«Запуск и вывод на орбиту спутников связи, являющихся собственностью Организации, а также управление ими на орбите осуществляется Членами Организации, имеющими на это соответствующие средства, или же другими подрядчиками на основе соответствующих договоров.»

Статья 7

В пункте 2 Статьи 10 слова «Договаривающихся Сторон, равно как Договаривающиеся Стороны не отвечают по обязательствам Организации» заменить на слова «Членов Организации, раво как Члены Организации не отвечают по обязательствам Организации».

Статья 8

Внести следующие поправки в статью 11 Соглашения:

1. В первом абзаце пункта 1 слова «руководства деятельностью» заменить на слова «осуществления деятельности».

4. Gemäß den Bestimmungen dieses Abkommens wird ein Betriebsabkommen geschlossen."

Artikel 2

Die folgenden Korrekturen in Artikel 2 dieses Abkommens einzubringen:

1. Die Absätze 1 und 2 zu streichen.
2. Neue Absätze mit folgendem Inhalt aufzunehmen:

„1. Jedes Mitglied der Organisation benennt einen unter seiner Hoheit stehenden Signatar, der das Betriebsabkommen unterzeichnet. Ein Mitglied der Organisation kann mehrere Signatare benennen.

2. Das Mitglied der Organisation setzt die Verwahrer dieses Abkommens und des Betriebsabkommens schriftlich über die von ihm benannten Signatare in Kenntnis.

3. Die Beziehungen zwischen dem Mitglied der Organisation und dem Signatar werden vom entsprechenden innerstaatlichen Recht geregelt. Dabei gibt das Mitglied der Organisation dem Signatar die notwendigen Leitlinien vor, die mit dem innerstaatlichen Recht in Einklang stehen.

4. Das Mitglied der Organisation ist nicht haftbar für Verpflichtungen der Signatare."

Artikel 3

Artikel 3 des Abkommens durch die folgende Bestimmung zu ergänzen:

„Auf Empfehlung des Betriebskomitees kann der Rat beschließen, den Sitz der Organisation in eines der Mitgliedsländer der Organisation zu verlegen."

Artikel 4

In Artikel 4 Absatz 2 des Abkommens die Worte „... bei den Mitgliedern der Organisation, die solche Systeme besitzen" durch die Worte „von der Organisation" zu ersetzen.

Artikel 5

In Artikel 5 Anstrich 3 Satz 1 des Abkommens die Worte „... bei ihren Mitgliedern" durch die Worte „von der Organisation" zu ersetzen.

Artikel 6

Artikel 6 des Abkommens folgendermaßen umzuformulieren:

„Der Start und die Beförderung von Fernmeldesatelliten, die Eigentum der Organisation sind, auf die Umlaufbahn sowie deren Steuerung auf der Umlaufbahn erfolgen durch die Mitglieder der Organisation, die hierfür die entsprechenden Mittel haben, oder durch andere Auftragnehmer auf der Grundlage entsprechender vertraglicher Vereinbarungen."

Artikel 7

In Artikel 10 Absatz 2 die Worte „der Abkommenspartner ebenso wie die Abkommenspartner nicht für die Verpflichtungen der Organisation verantwortlich sind" durch die Worte „der Mitglieder der Organisation ebenso wie die Mitglieder der Organisation nicht für die Verpflichtungen der Organisation verantwortlich sind" zu ersetzen.

Artikel 8

Die folgenden Korrekturen in Artikel 11 des Abkommens aufzunehmen:

1. In Absatz 1 Satz 1 die Worte „Leitung der Tätigkeit" durch die Worte „Ausübung der Tätigkeit" zu ersetzen.

2. Влючить в пункт 1 новый абзац, поместив его между абзацами «Совет» и «Дирекция»:

   «Эксплуатационный комитет – орган Организации, осуществляющий оперативное рассмотрение и решение вопросов деятельности Организации.»

3. Исключить последний абзац пункта 1.

4. Исключить пункт 2.

5. Изложить пункт 4в новой редакции:

   «Совет и Эксплуатационный Комитет в рамках своей компетенции могут учреждать вспомогательные органы, которые необходимы для осуществления целей настоящего Соглашения и Эксплуатационного соглашения.»

6. Дополнить следующий пункт 5:

   «5. Заседания органов Организации могут проводиться не только на территории Членов Организации, но и в любом другом месте, которое, по мнению Организации, более способствует ее деятельности.»

2. In Absatz 1 zwischen den Anstrichen „Rat" und „Direktion" einen neuen Anstrich aufzunehmen:

   „Das Betriebskomitee als Organ der Organisation, das die operative Behandlung und Lösung von Fragen bezüglich der Tätigkeit der Organisation vornimmt."

3. Den letzten Anstrich aus Absatz 1 zu streichen.

4. Absatz 2 zu streichen.

5. Absatz 4 in einer neuen Fassung darzulegen:

   „Der Rat und das Betriebskomitee können im Rahmen ihrer Zuständigkeit Hilfsorgane schaffen, die zur Verwirklichung der Ziele dieses Abkommens und des Betriebsabkommens erforderlich sind."

6. Den folgenden Absatz 5 zu ergänzen:

   „5. Die Tagungen der Organe der Organisation können nicht nur auf dem Hoheitsgebiet der Mitglieder der Organisation, sondern auch an jedem anderen Ort, der nach Meinung der Organisation ihre Arbeit besser fördert, durchgeführt werden."

Статья 9

Внести следующие поправки в Статью 12 Соглашения:

1. В пункте 3 вставить после слов «Члена Организации» слова «Эксплуатационного Комитета».

2. В пункте 4 снять второй абзац.

3. Пункт 6 изложить в следующей редакции:

   «6. В компетенцию Совета входит:

   6.1. принятие решений по вопросам общей политики и долгосрочных целей Организции, в том числе по вопросам регулирования и недискриминационного доступа к космическому комплексу;

   6.2. осуществление контроля за выполнением положений настоящего Соглашения и Эксплуатационного соглашения;

   6.3. обеспечение соответствия деятельности Организации целям и принципам Устава ООН, а также положениям любого другого международного договора, с которым Организация становится связанной в соответствии с ее решением;

   6.4. принятие решений по рекомендациям Эксплуатационного комитета;

   6.5. рассмотрение и одобрение ежегодного отчета Эксплуатационного комитета о его деятельности;

   6.6. рассмотрение и одобрение ежегодного отчета Генерального директора о деятельности Организации;

   6.7. принятие собственных правил процедуры;

   6.8. определение географических регионов, от которых, исходя из принципа справедливого географического представительства, в Эксплуатационный Комитет избирается соответствующее количество членов Эксплуатационного комитета от этих регионов;

   6.9. принятие решений по вопросам, касающимся официальных отношений Организации с государствами, независимо от того, являются ли они ее Членами, и международными организациями;

   6.10. Принятие решений о поправках к настоящему Соглашению или к Эксплуатационному соглашению;».

4. Пункт 7 изложить в следующей редакции:

   «7. Совет должен стремиться к тому, чтобы его решения принимались единогласно. Если этого не будет достигнуто, решения Совета считаются принятыми, когда за них подано не менее двух третей голосов присутствующих и голосующих Членов Организации. Принятые решения являются обязательными для всех Членов Организациию.

Artikel 9

Folgende Korrekturen in Artikel 12 des Abkommens aufzunehmen:

1. In Absatz 3 nach den Worten „Mitglieds der Organisation" die Worte „des Betriebskomitees" einzufügen.

2. In Absatz 4 den zweiten Anstrich zu streichen.

3. Absatz 6 in der folgenden Fassung darzulegen:

   „6. Zur Zuständigkeit des Rates gehört:

   6.1. die Annahme von Beschlüssen zu Fragen der allgemeinen Politik und der langfristigen Ziele der Organisation, darunter auch zu Fragen der Regulierung und des diskriminierungsfreien Zugangs zum Raumsegment;

   6.2. die Kontrolle der Erfüllung der Bestimmungen dieses Abkommens und des Betriebsabkommens;

   6.3. die Gewährleistung der Übereinstimmung der Tätigkeit der Organisation mit den Zielen und Grundsätzen der Satzung der UNO sowie mit den Bestimmungen jedes anderen völkerrechtlichen Vertrags, an den die Organisation entsprechend ihrer Beschlüsse gebunden ist;

   6.4. die Annahme von Beschlüssen zu Empfehlungen des Betriebskomitees;

   6.5. die Prüfung und Bestätigung des Jahresberichts des Betriebskomitees über seine Tätigkeit;

   6.6. die Prüfung und Bestätigung des Jahresberichts des Generaldirektors über die Tätigkeit der Organisation;

   6.7. die Annahme der Geschäftsordnung;

   6.8. die Festlegung der geographischen Regionen, aus denen, ausgehend vom Prinzip der gerechten geographischen Vertretung, die entsprechende Anzahl von Mitgliedern des Betriebskomitees aus diesen Regionen in das Betriebskomitee gewählt wird;

   6.9. die Annahme von Beschlüssen zu Fragen, die die offiziellen Beziehungen der Organisation zu Staaten betreffen, unabhängig davon, ob diese Mitglieder der Organisation sind, sowie zu internationalen Organisationen;

   6.10. die Annahme von Beschlüssen zu Korrekturen zu diesem Abkommen oder zum Betriebsabkommen;".

4. Absatz 7 in der folgenden Fassung darzulegen:

   „7. Der Rat soll bestrebt sein, seine Beschlüsse einstimmig zu fassen. Wird dies nicht erreicht, gelten die Beschlüsse des Rates als angenommen, wenn sie mindestens zwei Drittel der Stimmen der anwesenden und abstimmenden Mitglieder der Organisation erhalten haben. Die angenommenen Beschlüsse sind verbindlich für alle Mitglieder der Organisation.

Решение, несогласие с которым стало непосредственной причиной, побудившей Члена Организации к выходу из Организации, не является обязательным для этого Члена Организации.

Решения об изменениях действующей структуры или основных целей Организации могут быть приняты лишь с общего согласия Членов Организации. Вопрос о том, вносятся ли решением Совета изменения структуры или основных целей Организации, решается в порядке, установленном в первом абзаце пункта 7 настоящей Статьи.»

5. Исключить пункт 9.

Статья 10

Включить новую Статью 12bis следующего содержания:

«Статья 12bis

1. Эксплуатационный комитет является органом Организации, осуществляющим оперативное рассмотрение и решение вопросов деятельности Организации.

Членом комитета может быть любой Участник.

2. Эксплуатационный комитет выполняет следующие функции:

2.1. рассматривает и утверждает мероприятия по созданию, приобретению или аренде, а также эксплуатации космического комплекса;

2.2. утверждает планы развития и совершенствования системы связи Организации;

2.3. определяет технические требования на спутники связи Организации;

2.4. рассматривает и утверждает программу запуска на орбиту спутников связи Организации;

2.5. утверждает план распределения каналов связи между Членами Организации и Участниками, а также критерии использования космического комплекса Организации другими потребителями и порядок выдачи разрешений на такое использование;

2.6. определяет технические требования, применяемые к земным станциям, определяет порядок выдачи разрешений на эксплуатацию земных станций;

2.7. определяет соответствие техническим требованиям земных станций, предъявляемых для включения в систему связи Организации;

2.8. создает, в случае необходимости и в пределах своей компетенции, вспомогательные органы, а также проводит специализированные совещания,

2.9. утверждает структуру и штаты Дирекции, а также документы, регулирующие деятельность Дирекции;

2.10. утверждает план работы Организации на предстоящий календарный год;

2.11. принимает финансовую политику Организации, рассматривает и утверждает финансовые правила, ежегодный бюджет и ежегодные финансовые отчеты, определяет тариф за передачу единиц информации или стоимость аренды канала на спутниках связи Организации, а также принимает решения по всем другим финансовым вопросам, в том числе по вопросам долевого участия и перераспределения долей взноса;

2.12. определяет размер Уставного капитала;

2.13. принимает решения по обращению за кредитами в соответствующие национальные и международные банковские институты, а также по условиям привлечения других внешних средств финансирования;

2.14. рассматривает и утверждает отчеты Генерального директора о деятельности Организации;

Ein Beschluß, dessen Ablehnung der direkte Grund dafür ist, daß ein Mitglied der Organisation zum Austritt aus der Organisation veranlaßt wird, ist für dieses Mitglied der Organisation nicht verbindlich.

Beschlüsse über Änderungen der gültigen Struktur oder grundlegender Ziele der Organisation können nur mit allgemeiner Zustimmung der Mitglieder der Organisation angenommen werden. Die Frage, ob durch einen Ratsbeschluß Änderungen der Struktur oder grundlegender Ziele der Organisation eingebracht werden, wird gemäß dem in Absatz 7 Anstrich 1 dieses Artikels festgelegten Verfahren entschieden."

5. Absatz 9 zu streichen.

Artikel 10

Einen neuen Artikel 12bis mit folgendem Inhalt aufzunehmen:

„Artikel 12bis

1. Das Betriebskomitee ist das Organ der Organisation, das die operative Behandlung und die Lösung von Fragen bezüglich der Tätigkeit der Organisation vornimmt.

Mitglied des Komitees kann jeder Signatar sein.

2. Das Betriebskomitee erfüllt folgende Funktionen:

2.1. Es prüft und bestätigt Maßnahmen zur Schaffung, zum Erwerb oder Anmieten sowie zum Betrieb des Raumsegments;

2.2. Es bestätigt die Pläne zur Entwicklung und Verbesserung des Fernmeldesystems der Organisation;

2.3. Es legt die technischen Anforderungen an Fernmeldesatelliten der Organisation fest;

2.4. Es prüft und bestätigt das Programm für die Beförderung von Fernmeldesatelliten der Organisation auf die Umlaufbahn;

2.5. Es bestätigt den Plan für die Verteilung der Fernmeldekanäle zwischen den Mitgliedern der Organisation und den Signataren sowie die Kriterien für die Nutzung des Raumsegments der Organisation durch andere Nutzer und das Verfahren für die Erteilung von Genehmigungen für diese Nutzung;

2.6. Es legt die technischen Anforderungen an die Erdfunkstellen sowie das Verfahren für die Erteilung von Genehmigungen für den Betrieb von Erdfunkstellen fest;

2.7. Es legt fest, ob die Erdfunkstellen, die an das Fernmeldesystem der Organisation angeschlossen werden sollen, den technischen Anforderungen entsprechen;

2.8. Es gründet bei Bedarf und im Rahmen seiner Zuständigkeit Hilfsorgane und führt spezielle Tagungen durch;

2.9. Es bestätigt die Struktur und den Stellenplan der Direktion sowie die Dokumente, die die Tätigkeit der Direktion regeln;

2.10. Es bestätigt den Arbeitsplan der Organisation für das bevorstehende Kalenderjahr;

2.11. Es beschließt die Finanzpolitik der Organisation, prüft und bestätigt die finanziellen Regelungen, den jährlichen Haushalt und die jährlichen Finanzberichte, es legt die Gebühren für die Übertragung von Informationseinheiten oder die Kosten für das Mieten eines Kanals auf den Fernmeldesatelliten der Organisation fest, es nimmt Beschlüsse zu allen anderen finanziellen Fragen an, darunter auch zu Fragen der anteiligen Beteiligung und Umverteilung der Anteile der Einlage;

2.12. Es bestimmt die Höhe des Grundkapitals;

2.13. Es nimmt Beschlüsse zur Beantragung von Krediten in den entsprechenden nationalen und internationalen Bankinstituten sowie hinsichtlich der Bedingungen, zu denen andere äußere Finanzierungsmittel hinzugezogen werden, an;

2.14. Es prüft und bestätigt die Berichte des Generaldirektors über die Tätigkeit der Organisation;

2.15. избирает Председателя и членов Ревизионной комиссии, утверждает порядок работы этой комиссии и ее отчет;

2.16. принимает поправки к Эксплуатационному соглашению и представляет их на подтверждение Советом;

2.17. ежегодно представляет Совету доклады о своей деятельности;

2.18. назначает арбитра в случаях, когда Организация выступает стороной в Арбитраже;

2.19. определяет и проводит политику Организации по вопросам защиты интеллектуальной и промышленной собственности на изобретения и техническую информацию, созданные в результате деятельности Организации или по контрактам с ней;

2.20. контролирует деятельность Дирекции;

2.21. принимает собственные правила процедры;

2.22. осуществляет любые другие функции, возложенные на него любой иной Статьей настоящего Соглашения или Эксплуатационного соглашения, а также любые другие функции, необходимые для достижения целей Организации.»

Статья 11

Внести следющие изменения в Статью 13 Соглашения:

1. В пункте 2 исключить слова «действуя на принципах единоначалия».

2. Пункт 3 изложить в новой редакции:

   «Генеральный директор ответственен перед Советом и Эксплуатационным Комитетом и действует в пределах своих полномочий, и в этой своей деятельности руководствуется решениями Совета и Эксплуатационного комитета.»

3. В пункте 4 нумерацию подпунктов обозначить соответственно «4.1., 4.2., 4.3. ...» и изменить их следующим образом:

   а) дополнить подпункт 1 словами: «и Эксплуатационного Комитета»,

   б) в подпункте 2 исключить слова «с администрациями связи, проектными организациями и промышленными предприятиями Членов Организации»,

   в) в подпункте 4 после слова «заключает» вставить слова «от имени Организации»,

   г) в подпунктах 5 и 7 заменить соответственно слова «Совета», «Совету» на «Эксплуатационного Комитета», и «Эксплуатационному Комитету»,

   д) в подпункте 6 после слова «Совету» добавить слова «и Эксплуатационному комитету» и заменить слово «Дирекции» на «Организации»,

   е) подпункт 8 дополнить словами: «... Эксплуатационного Комитета и их вспомогательных органов».

4. В пункте 5 добавить следующую фразу:

   «Генеральный директор избирается совместно Советом и Эксплуатационным комитетом, которые в случае необходимости могут отозвать его с этого поста.»

5. Пункт 6 переформулировать следующим образом:

   «Персонал Дирекции комплектуется, исходя из требований его профессиональной компетентности, – из граждан государств, правительства которых являются Членами Организации, с учетом принципа справедливого географического представительства, – а также, при необходимости и в порядке исключения, из граждан государств, правительства которых не являются Членами Организации.»

2.15. Es wählt den Vorsitzenden und die Mitglieder der Revisionskommission und bestätigt die Geschäftsordnung dieser Kommission sowie deren Bericht;

2.16. Es nimmt Korrekturen zum Betriebsabkommen an und legt diese dem Rat zur Bestätigung vor;

2.17. Es legt dem Rat jährlich Berichte über seine Tätigkeit vor;

2.18. Es benennt einen Schiedsrichter in Fällen, wenn die Organisation als Partei im Schiedsgericht auftritt;

2.19. Es bestimmt und realisiert die Politik der Organisation hinsichtlich des Schutzes des geistigen und gewerblichen Eigentums an Erfindungen und technischen Informationen, die als Ergebnis der Tätigkeit der Organisation oder auf der Grundlage von Verträgen mit ihr geschaffen wurden;

2.20. Es kontolliert die Tätigkeit der Direktion;

2.21. Es beschließt seine Geschäftsordnung;

2.22. Es nimmt jede andere Funktion wahr, die ihm durch jeden anderen Artikel dieses Abkommens oder des Betriebsabkommens auferlegt wird sowie jede andere Funktion, die für das Erreichen der Ziele der Organisation erforderlich ist."

Artikel 11

In Artikel 13 des Abkommens folgende Änderungen aufzunehmen:

1. In Absatz 2 die Worte „wird nach dem Prinzip der Einzelleitung tätig" zu streichen.

2. Absatz 3 in neuer Fassung darzulegen:

   „Der Generaldirektor ist gegenüber dem Rat und dem Betriebskomitee verantwortlich und wird im Rahmen seiner Vollmachten tätig; bei dieser Tätigkeit läßt er sich von den Beschlüssen des Rates und des Betriebskomitees leiten."

3. In Absatz 4 die Numerierung der Ziffern entsprechend mit „4.1., 4.2., 4.3. ..." zu bezeichnen und die Ziffern folgendermaßen zu ändern:

   a) Ziffer 1 mit den Worten „und des Betriebskomitees" zu ergänzen,

   b) in Ziffer 2 die Worte „mit den Fernmeldeverwaltungen, den Projektierungsorganisationen und den Industriebetrieben der Mitglieder der Organisation" zu streichen,

   c) in Ziffer 4 nach dem Wort „Verträge" die Worte „im Namen der Organisation" einzufügen,

   d) in den Ziffern 5 und 7 entsprechend die Worte „dem Rat" und „dem Rat" durch die Worte „dem Betriebskomitee" und „dem Betriebskomitee" zu ersetzen,

   e) in Ziffer 6 die Worte „beim Rat" durch die Worte „und beim Betriebskomitee" zu ergänzen und das Wort „Direktion" durch „Organisation" zu ersetzen,

   f) in Ziffer 8 die Worte „des Betriebskomitees und ihrer Hilfsorgane" einzufügen.

4. In Absatz 5 folgenden Satz hinzuzufügen:

   „Der Generaldirektor wird gemeinsam vom Rat und vom Betriebskomitee gewählt, die ihn gegebenenfalls auch des Postens entheben können."

5. Absatz 6 folgendermaßen umzuformulieren:

   „Das Personal der Direktion setzt sich, ausgehend von den Anforderungen seiner fachlichen Kompetenz, aus Staatsangehörigen der Staaten zusammen, deren Regierungen Mitglieder der Organisation sind, unter Berücksichtigung des Prinzips der gerechten geographischen Vertretung, und gegebenenfalls und im Ausnahmefall aus Staatsangehörigen von Staaten, deren Regierungen nicht Mitglieder der Organisation sind."

Статья 12

Внести следующие изменения в Статью 14 Соглашения:

1. Слово «Советом» в пункте 1 заменить на слова «Эксплуатационным Комитетом».
2. В пункте 3 слова «представляется Совету» заменить словами «утверждается Эксплуатационным Комитетом».

Статья 13

Статью 15 Соглашения изложить в следующей редакции:

«1. Для обеспечения деятельности Организации создается Уставный капитал, формируемый из взносов Участников.

2. За счет взносов в Уставный капитал покрываются, в той мере, в которой эксплуатационные поступления являются недостаточными для этой цели, следующие расходы Организации:

а) Расходы на научно-исследовательские и опытно-конструкторские работы по космическому комплексу и наземным системам управления системой спутниковой связи.
б) Расходы на проектирование, создание, приобретение или аренду космического комплекса и наземных систем управления системой спутниковой связи.
в) Расходы на оплату запуска и вывода на орбиту спутников связи Организации.
г) Расходы на другие цели, связанные с осуществлением Организацией ее деятельности.»

Статья 14

Внести следующие поправки в Статью 16 Соглашения:

1. В пункте 1 слова «своим Членам» заменить словом «Участникам».
2. В пункте 2 слова «Членами Организации» заменить словом «Участниками».
3. Пункт 3 изложить в следующей редакции:

«Каналы связи предоставляются за плату по тарифам, устанавливаемым Эксплуатационным Комитетом.»

Статья 15

Статью 17 изложить в следующей редакции:

«1. Любой Член Организации или Участник в любое время может добровольно выйти из Организации, направив письменное уведомление об этом Депозитарию. При выходе Участника из Организации, соответствующее уведомление направляется Членом Организации, который назначил Участника.

Выход Члена Организации одновременно влечет за собой выход любого назначенного таким Членом Организации Участника.

2. По получении Депозитарием уведомления о выходе из Организации, направивший его Член Организации и любой назначенный им Участник или Участник, в отношении которого было получено уведомление, теряют любое право представительства и право голоса в любом органе Организации и не принимают на себя никаких обязательств после даты получения такого уведомления. Однако при выходе Участника из Организации как Организация, так и Участник остаются обязанными провести урегулирование финансовых вопросов. Для Члена Организации и/или Участ-

Artikel 12

In Artikel 14 des Abkommens die folgenden Änderungen einzubringen:

1. Die Worte „vom Rat" in Absatz 1 durch die Worte „vom Betriebskomitee" zu ersetzen.
2. In Absatz 3 die Worte „wird dem Rat ... vorgelegt" durch die Worte „wird vom Betriebskomitee bestätigt" zu ersetzen.

Artikel 13

Artikel 15 des Abkommens in der folgenden Fassung darzulegen:

„1. Zur Gewährleistung der Tätigkeit der Organisation wird das Grundkapital aus den Einlagen der Signatare geschaffen.

2. Aus den Einlagen in das Grundkapital werden, soweit die Betriebseinnahmen dafür nicht ausreichen, folgende Ausgaben der Organisation gedeckt:

a) die Ausgaben für Forschungs-, Versuchs- und Konstruktionsarbeiten für das Raumsegment und die terrestrischen Systeme für die Steuerung des Systems des Satellitenfernmeldewesen;
b) die Ausgaben für die Projektierung, die Errichtung, den Erwerb oder das Mieten des Raumsegments und der terrestrischen Systeme für die Steuerung des Systems des Satellitenfernmeldewesen;
c) die Ausgaben für die Bezahlung des Starts und der Beförderung der Fernmeldesatelliten der Organisation auf die Umlaufbahn;
d) die Ausgaben für andere Zwecke im Zusammenhang mit der Ausübung der Tätigkeit der Organisation."

Artikel 14

In Artikel 16 des Abkommens die folgenden Korrekturen einzubringen:

1. In Absatz 1 die Worte „ihren Mitgliedern" durch die Worte „den Signataren" zu ersetzen.
2. In Absatz 2 die Worte „den Mitgliedern der Organisation" durch die Worte „den Signataren" zu ersetzen.
3. Absatz 3 in der folgenden Fassung darzulegen:

„Die Fernmeldekanäle werden gegen Bezahlung von Entgelten, die vom Betriebskomitee festgelegt werden, zur Verfügung gestellt."

Artikel 15

Artikel 17 des Abkommens in der folgenden Fassung darzulegen:

„1. Jedes Mitglied der Organisation oder jeder Signatar kann jederzeit freiwillig aus der Organisation austreten, wobei er dem Verwahrer eine schriftliche Mitteilung hierüber übersendet. Beim Austritt eines Signatars aus der Organisation wird die entsprechende Mitteilung durch das Mitglied der Organisation übersandt, das den Signatar benannt hat.

Der Austritt eines Mitglieds der Organisation zieht gleichzeitig den Austritt jedes von diesem Mitglied der Organisation benannten Signatars nach sich.

2. Mit dem Eingang der Mitteilung über den Austritt aus der Organisation beim Verwahrer verliert das Mitglied der Organisation, das diese Mitteilung abgesandt hat, sowie jeder von ihm benannte Signatar oder der Signatar, bezüglich dessen die Mitteilung eingegangen ist, jedes Recht auf Vertretung und das Stimmrecht in jedem Organ der Organisation und übernimmt keinerlei Verpflichtungen nach dem Zeitpunkt des Eingangs einer solchen Mitteilung. Beim Austritt eines Signatars aus der Organisation sind jedoch sowohl die Organisation als auch der Signatar weiterhin zur Regelung der finanziellen Fragen verpflichtet. Für

ника выход становится действительным, а настоящее Соглашение и/или Эксплуатационное соглашение утрачивают силу по истечении трех месяцев с даты получения Депозитарием письменного уведомления в соответствии с пунктом 1.

3. Если Участник выходит из Организации, то до наступления действительной даты выхода назначивший его Член Организации с этой даты назначает нового Участника, или выходит из Организации. Если до этой даты Член Организации не принял указанных мер, он считается выбывшим из Организации с этой даты.

4. Если по какой-либо причине Член Организации желает назначить нового Участника, такой Член Организации направляет Депозитарию письменное уведомление. С принятием новым Участником на себя всех невыполненных его предшественником обязательств, и с момента подписания Эксплуатационного соглашения это соглашение вступает в силу для нового Участника и утрачивает силу для предыдущего Участника.»

Статья 16

Внести следующие изменения в Статью 18 Соглашения:

1. В пункте 1 в первом абзаце слова «Договаривающихся Сторон» заменить на слова «Членов Организации» и в третьем абзаце того же пункта после слова «Советом» добавить слова «на основе рекомендаций, представленных ему Эксплуатационным комитетом».
2. Пункт 2 Статьи 18 Соглашения изложить в следующей редакции:

«2. В случае ликвидации Организации выручка от распродажи ее имущества должна выплачиваться после покрытия всех обязательств Организации Участникам в соответствии с их долями в Уставном капитале Организации.»

Статья 17

Внести новые пункты 3 и 4 в Статью 22 Соглашения:

«3. Никакое государство не может продолжать оставаться или стать Членом Организации, если ни один из назначенных им Участников не подпишет Эксплуатационное соглашение.

4. Оговорки к настоящему Соглашению и Эксплуатационному соглашению не допускаются.»

Статья 18

Статью 24 Соглашения изложить в следующей редакции:

«1. Любой Член Организации может предложить поправки к настоящему Соглашению. Текст предлагаемой поправки направляется Дирекции, которая в течение 3-х месяцев с момента ее получения запрашивает и рассылает мнения всех Членов Организации и Участников.

Эксплуатационный Комитет рассматривает и принимает рекомендацию по поправке на ближайшем своем заседании, но не ранее чем через три месяца с момента рассылки.

2. После рассмотрения поправки Эксплуатационным Комитетом она должна быть рассмотрена на ближайшей сессии Совета Организации. В случае одобрения Советом поправки она вступает в силу с даты получения Депозитарием последнего из уведомлений о ее принятии, представленных двумя третями Членов Организации. По вступлении в силу поправка становится обязательной для всех Членов Организации.»

ein Mitglied der Organisation und/oder einen Signatar wird der Austritt wirksam und verlieren dieses Abkommen und/oder das Betriebsabkommen nach Ablauf von drei Monaten ab dem Zeitpunkt des Eingangs der schriftlichen Mitteilung beim Verwahrer entsprechend Absatz 1 seine Gültigkeit.

3. Tritt ein Signatar aus der Organisation aus, so benennt das Mitglied der Organisation, das ihn benannt hat, bis zum Eintreten des Gültigkeitsdatums des Austritts ab diesem Zeitpunkt einen neuen Signatar oder tritt aus der Organisation aus. Hat das Mitglied der Organisation bis zu diesem Zeitpunkt die aufgeführten Maßnahmen nicht ergriffen, so gilt es ab diesem Zeitpunkt als aus der Organisation ausgetreten.

4. Wenn aus irgendeinem Grund ein Mitglied der Organisation einen neuen Signatar benennen will, so übersendet dieses Mitglied der Organisation dem Verwahrer eine schriftliche Mitteilung. Mit der Übernahme aller von seinem Vorgänger nicht erfüllten Verpflichtungen durch den neuen Signatar und ab dem Zeitpunkt der Unterzeichnung des Betriebsabkommens tritt dieses Abkommen für den neuen Signatar in Kraft und verliert seine Gültigkeit für den vorherigen Signatar."

Artikel 16

Folgende Änderungen in Artikel 18 des Abkommens einzubringen:

1. In Absatz 1 Anstrich 1 das Wort „Vertragsparteien" durch die Worte „Mitglieder der Organisation" zu ersetzen und im dritten Anstrich dieses Absatzes nach dem Wort „Rat" die Worte „auf der Grundlage der ihm vom Betriebskomitee vorgelegten Empfehlungen" einzufügen.
2. Artikel 18 Absatz 2 in der folgenden Fassung darzulegen:

„2. Bei Auflösung der Organisation muß der Erlös vom Verkauf ihres Vermögens nach Erfüllung aller Verpflichtungen der Organisation den Signataren entsprechend ihrer Anteile am Grundkapital der Organisation ausgezahlt werden."

Artikel 17

In Artikel 22 des Abkommens die neuen Absätze 3 und 4 aufzunehmen:

„3. Ein Staat kann nicht weiterhin Mitglied der Organisation bleiben oder werden, sofern nicht einer der von ihm benannten Signatare das Betriebsabkommen unterzeichnet.

4. Vorbehalte zu diesem Abkommen und dem Betriebsabkommen sind nicht zulässig."

Artikel 18

Artikel 24 des Abkommens in der folgenden Fassung darzulegen:

„1. Jedes Mitglied der Organisation kann Korrekturen zu diesem Abkommen vorschlagen. Der Wortlaut der vorgeschlagenen Korrekturen wird der Direktion übersandt, die innerhalb von drei Monaten nach deren Eingang die Meinung aller Mitglieder der Organisation und Signatare abfragt und versendet.

Das Betriebskomitee prüft und beschließt eine Empfehlung zur Korrektur auf seiner nächsten Tagung, frühestens jedoch drei Monate nach dem Zeitpunkt der Versendung.

2. Nach der Erörterung der Korrektur durch das Betriebskomitee muß diese auf der nächsten Tagung des Rates der Organisation geprüft werden. Wenn die Korrektur vom Rat genehmigt wird, tritt sie ab dem Zeitpunkt des Eingehens der letzten Mitteilung über ihre Annahme von zwei Dritteln der Mitglieder der Organisation beim Verwahrer in Kraft. Mit ihrem Inkrafttreten wird die Korrektur für alle Mitglieder der Organisation bindend."

Статья 19

1. Настоящий Протокол подлежит принятию всеми Членами Организации в соответствии с их внутренними процедурами. Уведомления о принятии настоящего Протокола направляются Депозитарию Соглашения.

2. Настоящий Протокол вступает в силу с даты получения Депозитарием уведомлений, указанных в пункте 1 настоящей Статьи, от двух третей тех государств, которые на дату принятия текста настоящего Протокола являлись Членами Организации.

3. Для Члена Организации, принявшего настоящий Протокол после его вступления в силу, настоящий Протокол становится обязательным с даты направления Депозитарию таким Членом Организации соответствующего уведомления.

4. Члены Организации могут заявить, что они принимают в предварительном порядке и на временной основе Соглашение о создании системы и организации космической связи «ИНТЕРСПУТНИК» с изменениями, предусмотренными настоящим Протоколом, о чем направляется соответствующее уведомление Депозитарию.

5. В отношении Члена Организации, который высказался за принятие текста настоящего Протокола либо направил Депозитарию уведомление, предусмотренное пунктом 4 настоящей Статьи, – соответственно, с даты принятия текста настоящего Протокола либо с даты уведомления этим Членом Депозитария настоящего Протокола, – приостанавливается действие положений Соглашения, устанавливающих правила, отличающиеся от тех, которые вытекают из настоящего Протокола, а также действие Протокола от 26 ноября 1982 года к Соглашению.

6. Никакие оговорки к настоящему Протоколу не допускаются.

Статья 20

1. Депозитарий настоящего Протокола, которым является Депозитарий Соглашения, извещает всех Членов Организации о дате каждого принятия, о дате сдачи на хранение каждого документа о присоединении, о дате вступления в силу настоящего Протокола, а также о всех других полученных им уведомлениях.

2. Настоящий Протокол, немецкий, русский, английский, испанский и французский тексты которого являются равно аутентичными, сдается на хранение в архивы Депозитария. Должным образом заверенные копии настоящего Протокола препровождаются Депозитарием Членам Организации.

В удостоверение чего нижеподписавшиеся, должным образом на то уполномоченные представители, подписали настоящий Протокол.

Artikel 19

1. Dieses Protokoll unterliegt der Annahme durch alle Mitglieder der Organisation gemäß ihren innerstaatlichen Verfahren. Die Mitteilung über die Annahme dieses Protokolls wird an den Verwahrer des Abkommens gerichtet.

2. Dieses Protokoll tritt ab dem Zeitpunkt des Eingangs der in Absatz 1 dieses Artikels genannten Mitteilungen von zwei Dritteln der Regierungen in Kraft, die zum Zeitpunkt der Annahme des Wortlauts dieses Protokolls Mitglieder der Organisation sind.

3. Für ein Mitglied der Organisation, das dieses Protokoll nach seinem Inkrafttreten annimmt, wird dieses Protokoll ab dem Zeitpunkt der Absendung der entsprechenden Mitteilung durch dieses Mitglied der Organisation an den Verwahrer verbindlich.

4. Die Mitglieder der Organisation können erklären, daß sie das Abkommen über die Schaffung des Systems und der Organisation für kosmische Fernmeldeverbindungen „INTERSPUTNIK" mit den in diesem Protokoll festgelegten Änderungen vorläufig und zeitweilig annehmen und senden dem Verwahrer eine entsprechende Mitteilung darüber.

5. Für ein Mitglied der Organisation, das sich für die Annahme des Wortlauts dieses Protokolls ausgesprochen oder dem Verwahrer eine in Absatz 4 dieses Artikels vorgesehene Mitteilung gesandt hat, wird die Gültigkeit der Bestimmungen des Abkommens, die Regelungen aufstellen, die sich von denen unterscheiden, die sich aus diesem Protokoll ergeben, sowie die Gültigkeit des Protokolls zum Abkommen vom 26. November 1982 ausgesetzt, und zwar ab dem Zeitpunkt der Annahme des Wortlauts dieses Protokolls beziehungsweise ab dem Zeitpunkt der Benachrichtigung des Verwahrers dieses Protokolls durch dieses Mitglied der Organisation.

6. Vorbehalte zu diesem Protokoll sind nicht zulässig.

Artikel 20

1. Der Verwahrer dieses Protokolls, der der Verwahrer des Abkommens ist, unterrichtet alle Mitglieder der Organisation über den Zeitpunkt jeder Annahme, über den Zeitpunkt der Hinterlegung jeder Beitrittsurkunde, über den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Protokolls und über alle anderen Mitteilungen, die er erhält.

2. Dieses Protokoll, dessen deutscher, russischer, englischer, spanischer und französischer Wortlaut gleichermaßen authentisch ist, wird im Archiv des Verwahrers hinterlegt. Die gehörig beglaubigten Abschriften dieses Protokolls werden den Mitgliedern der Organisation vom Verwahrer übersandt.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten, hierzu gehörig befugten Vertreter dieses Protokoll unterzeichnet.

Bekanntmachung des deutsch-russischen Abkommens über nukleare Haftung im Zusammenhang mit Lieferungen aus der Bundesrepublik Deutschland für Kernanlagen in der Russischen Föderation

Vom 23. Juni 1998

Das in Bonn am 8. Juni 1998 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Russischen Föderation über nukleare Haftung im Zusammenhang mit Lieferungen aus der Bundesrepublik Deutschland für Kernanlagen in der Russischen Föderation ist nach seinem Artikel 6 Abs. 1

am 8. Juni 1998

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 23. Juni 1998

Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Im Auftrag
Steinkemper

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Russischen Föderation über nukleare Haftung im Zusammenhang mit Lieferungen aus der Bundesrepublik Deutschland für Kernanlagen in der Russischen Föderation

Соглашение между Правительством Российской Федерации и Правительством Федеративной Республики Германия об ответственности за ядерный ущерб в связи с поставками из Федеративной Республики Германия для ядерных установок в Российской Федерации

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Russischen Föderation, im folgenden „die Vertragsparteien" –

in dem Wunsch, auf der Grundlage der Prinzipien der Gegenseitigkeit und Gleichberechtigung die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie zu entwickeln,

gestützt auf den Vertrag vom 9. November 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit, das Abkommen vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie, das Abkommen vom 22. Juli 1986 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über wissenschaftlich-technische Zusamenarbeit,

in der Erwägung, daß das Abkommen vom 25. Oktober 1988 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die frühzeitige Benachrichtigung bei einem nuklearen Unfall und den Informationsaustausch über Kernanlagen eine Grundlage für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes bildet –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Dieses Abkommen dient der Förderung der wirtschaftlichen, industriellen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie, insbesondere der Verbesserung der nuklearen Sicherheit und des Strahlenschutzes bei zivilen Kernanlagen in der Russischen Föderation.

(2) Das Abkommen regelt Fragen der nuklearen Haftung im Falle eines nuklearen Ereignisses im Hoheitsgebiet der Russischen Föderation, das auf Lieferungen aus der Bundesrepublik

Правительство Российской Федерации

и

Правительство Федеративной Республики Германия, далее именуемые Сторонами,

желая развивать сотрудничество в области мирного использования атомной энергии на основе взаимности и равноправия,

основываясь на Договоре о добрососедстве, партнерстве и сотрудничестве между Союзом Советских Социалистических Республик и Федеративной Республикой Германией от 9 ноября 1990 г., Соглашении о развитии и углублении долгосрочного сотрудничества Союза Советских Социалистических Республик и Федеративной Республики Германии в области экономики и промышленности от 6 мая 1978 г. и Соглашении между Правительством Союза Советских Социалистических Республик и Правительством Федеративной Республики Германии о научно-техническом сотрудничестве от 22 июля 1986 г.,

принимая во внимание, что Соглашение между Правительством Союза Советских Социалистических Республик и Правительством Федеративной Республики Германии об оперативном оповещении о ядерной аварии и об обмене информацией о ядерных установках от 25 октября 1988 г. создает основу для сотрудничества в области безопасности ядерных реакторов и радиационной защиты,

согласились о нижеследующем:

Статья 1

1. Настоящее Соглашение служит содействию экономического, промышленного и научно-технического сотрудничества между Российской Федерацией и Федеративной Республикой Германия в области мирного использования атомной энергии, в частности в области повышения ядерной и радиационной безопасности ядерных установок гражданского назначения в Российской Федерации.

2. Настоящее Соглашение регулирует вопросы ответственности за ядерный ущерб в случае ядерного инцидента на территории Российской Федерации, возникшего в связи с

Deutschland für Kernanlagen in der Russischen Föderation zurückzuführen ist. Das Abkommen findet nur dann Anwendung, wenn die in Absatz 4 genannten zuständigen Stellen die jeweiligen Lieferungen einander schriftlich mitgeteilt haben. Nach Erhalt der Mitteilung der deutschen zuständigen Stelle über die jeweilige Lieferung wird die russische zuständige Stelle der deutschen zuständigen Stelle und dem Lieferer die Anwendung der Bestimmungen dieses Abkommens auf den jeweiligen Lieferer schriftlich gemäß dem Muster des Bestätigungsschreibens, das als Anlage dieses Abkommens beigefügt ist, bestätigen.

(3) Die deutsche Vertragspartei ist zur Erfüllung des in Absatz 1 genannten Zwecks bestrebt, darauf hinzuwirken, daß die Lieferungen von hoher Qualität sind und den Sicherheitsanforderungen entsprechen, die für die jeweilige Kernanlage gültig sind.

(4) Die für das Abkommen zuständigen Stellen sind

1. auf seiten der deutschen Vertragspartei das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit;
2. auf seiten der russischen Vertragspartei das Ministerium der Russischen Föderation für Atomenergie.

Artikel 2

Für die Zwecke dieses Abkommens sind

1. „Lieferung": Lieferung von Kernanlagen und Beförderungsmitteln einschließlich Behälter zur Beförderung radioaktiver Stoffe, von dazugehörigen Teilen, Ersatzteilen und sonstigen für Kernanlagen und Beförderungsmittel notwendigen Ausrüstungen und Waren sowie Transfer von „Know-how" und Erbringung von Dienstleistungen für die Errichtung, den Betrieb, die Nachrüstung und die Stillegung von Kernanlagen in der Russischen Föderation;
2. „Lieferer": jede natürliche oder juristische Person, die ihren Wohnsitz, Sitz oder ständigen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland hat, einschließlich ihrer inländischen und ausländischen Niederlassungen, Beteiligungen und verbundenen Unternehmen (Tochterunternehmen, „Joint Ventures") sowie ihrer Zulieferer, einschließlich deren Personal, die auf Grund eines Vertrages und im Einklang mit der nationalen Gesetzgebung der Vertragsparteien Lieferungen in vereinbarten Mengen, Sortiment, Qualität und zu vereinbarten Terminen an den Empfänger erbringen, abgesehen von den Fällen, in denen der Empfänger gleichzeitig die Funktion des Lieferers erfüllt;
3. „Empfänger": ein russischer Staatsbürger oder eine russische juristische Person, die auf Grund eines Vertrages und im Einklang mit der Gesetzgebung der Russischen Föderation eine Lieferung erhält;
4. „nukleares Ereignis", „nuklearer Schaden" und „Kernanlage" im Sinne des Wiener Übereinkommens vom 21. Mai 1963 über die zivilrechtliche Haftung für nukleare Schäden zu verstehen.

Artikel 3

(1) Die russische Vertragspartei wird weder gegen die deutsche Vertragspartei noch gegen Lieferer Ansprüche auf Grund von nuklearen Schäden durch ein nukleares Ereignis, das im Hoheitsgebiet der Russischen Föderation eingetreten ist, geltend machen.

(2) Die russische Vertragspartei gewährt der deutschen Vertagspartei und den Lieferern angemessenen Rechtsschutz und stellt sie frei von Schadensersatzverpflichtungen bei Ansprüchen Dritter auf Grund von nuklearen Schäden durch ein nukleares Ereignis, das im Hoheitsgebiet der Russischen Föderation eingetreten ist.

поставками из Федеративной Республики Германия для ядерных установок в Российской Федерации. Соглашение применяется только в том случае, если указанные в пункте 4 настоящей статьи компетентные органы письменно сообщат друг другу о каждой поставке. При этом российский компетентный орган после получения сообщения германского компетентного органа о конкретной поставке направит ему, а также Поставщику подтверждение в письменной форме о применении положений настоящего Соглашения в отношении конкретного Поставщика по прилагаемому к Соглашению образцу письма-подтверждения.

3. Германская Сторона для достижения указанных в пункте 1 настоящей статьи целей стремится к тому, чтобы поставки были высокого качества и соответствовали требованиям безопасности, установленным для каждой ядерной установки.

4. Компетентными органами для целей выполнения настоящего Соглашения являются:

от Российской Стороны – Министерство Российской Федерации по атомной энергии;

от Германской Стороны – Федеральное Министерство окружающей среды, охраны природы и безопасности ядерных реакторов.

Статья 2

Для целей настоящего Соглашения:

1. «Поставка» означает поставку ядерных установок, транспортных средств, включая контейнеры для перевозки радиоактивных веществ, их частей, запасных частей, иного необходимого оборудования и товаров для ядерных установок и транспортных средств, а также передачу ноу-хау и предоставление услуг для сооружения, эксплуатации, модернизации и вывода из эксплуатации ядерных установок в Российской Федерации.
2. «Поставщик» означает любое физическое или юридическое лицо, имеющее своим местом жительства, нахождения или постоянного пребывания Федеративную Республику Германия, включая его филиалы, предприятия с его долевым участием и связанные с ним предприятия (дочерние предприятия, совместные предприятия) внутри страны и за рубежом, а также его субпоставщиков с их персоналом, которые на основании договора и в соответствии с национальным законодательством Сторон осуществляют согласованные по количеству, комплектности, качеству и срокам поставки Получателю, за исключением случаев, когда Получатель одновременно выполняет функции Поставщика.
3. «Получатель» означает российский гражданин или российское юридическое лицо, которое получает поставку на основании договора и в соответствии с законодательством Российской Федерации.
4. «Ядерный инцидент», «ядерный ущерб» и «ядерная установка» имеют значение, придаваемое им Венской Конвенцией о гражданской ответственности за ядерный ущерб от 21 мая 1963 года.

Статья 3

1. Российская Сторона не будет предъявлять претензий в связи с ядерным ущербом, причиненным вследствие ядерного инцидента, произошедшего на территории Российской Федерации, ни к Германской Стороне, ни к поставщикам.

2. Российская Сторона обеспечивает Германской Стороне и поставщикам надлежащую правовую защиту и освобождает их от обязанности возмещения ущерба по претензиям третьих сторон в связи с ядерным ущербом, причиненным вследствие ядерного инцидента, произошедшего на территории Российской Федерации.

(3) Die russische Vertragspartei stellt die deutsche Vertragspartei und die Lieferer nicht von Schadensersatzverpflichtungen nach den Absätzen 1 und 2 frei, wenn

1. das nukleare Ereignis und der dadurch verursachte nukleare Schaden auf eine vorsätzliche Handlung der deutschen Vertragspartei oder der Lieferer zurückzuführen ist,

2. die deutsche Vertragspartei und die Lieferer die russische Vertragspartei nicht unverzüglich über gegen sie geltend gemachte Schadensersatzansprüche oder gerichtliche Klagen unterrichtet haben.

(4) Die von der russischen Vertragspartei in diesem Artikel in bezug auf die Kernanlagen übernommenen Verpflichtungen bleiben unabhängig von einer späteren Übertragung des Eigentumsrechts an diesen Anlagen in Kraft.

(5) Unbeschadet des Artikels 2 Absatz 2 ist dieser Artikel nicht als Hindernis für gerichtliche Verfahren oder Ansprüche gegenüber Staatsangehörigen der Russischen Föderation oder Personen mit ständigem Wohnsitz in der Russischen Föderation auszulegen.

(6) Dieser Artikel schließt die Möglichkeit von freiwilligen Schadensersatzleistungen durch beide Vertragsparteien nach Maßgabe ihrer nationalen Gesetzgebung nicht aus.

(7) Dieser Artikel ist nicht als Anerkennung der Zuständigkeit eines Gerichtes oder einer anderen Stelle außerhalb der Russischen Föderation in bezug auf Ansprüche von Dritten, auf die Absatz 2 Anwendung findet, auszulegen, es sei denn, die Russische Föderation hat sich verpflichtet, deren Entscheidungen auf Grund von internationalen Verträgen, denen die Russische Föderation beigetreten ist, anzuerkennen und zu vollstrecken. Dieser Artikel ist nicht als Verzicht auf die Immunität der Russischen Föderation in bezug auf mögliche Ansprüche von Dritten gegen sie zu verstehen.

(8) Die Vertragsparteien können im Bedarfsfall Konsultationen im Zusammenhang mit Ansprüchen und Gerichtsverfahren, deren eventuelle Entstehung in diesem Artikel erwähnt wird, abhalten.

Artikel 4

Im Falle eines nuklearen Ereignisses, bei dem die Erfüllung von Verpflichtungen nach Artikel 3 dieses Abkommens vorgesehen ist, werden auf Bitte einer Vertragspartei Konsultationen durchgeführt.

Artikel 5

(1) Kommt es zwischen den Vertragsparteien zu Streitigkeiten über die Anwendung und Auslegung dieses Abkommens, nehmen sie innerhalb eines Monats Konsultationen mit dem Ziel der Beilegung der Streitigkeiten auf.

(2) Führen die Konsultationen nicht innerhalb von drei Monaten zur Beilegung der Streitigkeiten, übergeben die Vertragsparteien die Streitigkeit an ein Ad-hoc-Schiedsgericht nach Maßgabe der Schiedsordnung der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL). Das Ergebnis der Schiedsgerichtsverhandlung ist für beide Vertragsparteien verbindlich.

Artikel 6

(1) Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

(2) Dieses Abkommen gilt unbefristet und endet mit dem Tag, an dem in der Russischen Föderation eine gesetzliche Regelung in Kraft tritt, die den Bestimmungen des Wiener Übereinkommens vom 21. Mai 1963 über zivilrechtliche Haftung für nukleare Schäden und des Gemeinsamen Protokolls vom 21. September 1988 über die Anwendung des Wiener Übereinkommens und des Pariser Übereinkommens oder eines ähnlichen völkerrechtlichen Dokuments entspricht, in dem die Haftung für nukleare Schäden

3. Российская Сторона не освобождает Германскую Сторону и поставщиков от обязанности возмещения ущерба согласно пунктам 1 и 2, если:

а) ядерный инцидент и причиненный им ядерный ущерб явился результатом преднамеренных действий Германской Стороны или поставщиков;

б) Германская Сторона и поставщики не уведомили Российскую Сторону незамедлительно о предъявленных к ним требованиях возмещения ущерба или о судебных исках.

4. Обязательства, принятые в настоящей статье Российской Стороной относительно ядерных установок, остаются в силе независимо от последующей передачи права собственности на эти ядерные установки.

5. Без ущерба для пункта 2 статьи 2 ничто в настоящей статье не истолковывается как препятствующее судебным разбирательствам или претензиям в отношении граждан Российской Федерации или лиц, постоянно проживающих в Российской Федерации.

6. Настоящая статья не исключает возможности добровольного возмещения ущерба обеими Сторонами в соответствии с их национальным законодательством.

7. Ничто в настоящей статье не истолковывается как признание юрисдикции любого суда или иного органа за пределами Российской Федерации в отношении претензий третьих сторон, на которые распространяется пункт 2 настоящей статьи, за исключением случаев, когда Российская Федерация обязалась признавать и исполнять их решения на основании международных договоров, участницей которых она является. Ничто в настоящей статье не истолковывается как отказ от иммунитета Российской Федерации в отношении возможных претензий к ней третьих сторон.

8. Стороны могут в случае необходимости проводить консультации в связи с претензиями и судебными разбирательствами, которые касаются настоящей статьи.

Статья 4

В случае ядерного инцидента, который предполагает выполнение обязательств в соответствии со статьей 3 настоящего Соглашения, проводятся консультации по просьбе любой из Сторон.

Статья 5

1. В случае возникновения споров между Сторонами о применении и толковании настоящего Соглашения Стороны в течение месяца вступают в консультации с целью урегулирования споров.

2. Если консультации в течение трех месяцев не приводят к урегулированию споров, то Стороны передают спор на рассмотрение Арбитражного суда ad hoc в соответствии с Арбитражным регламентом Комиссии ООН по праву международной торговли (ЮНСИТРАЛ). Решение Арбитражного суда имеет для обеих Сторон обязательную силу.

Статья 6

1. Настоящее Соглашение вступает в силу с даты его подписания.

2. Настоящее Соглашение действует бессрочно и прекратит свое действие с даты, когда в Российской Федерации вступит в силу законодательство, соответствующее положениям Венской Конвенции о гражданской ответственности за ядерный ущерб от 21 мая 1963 г. и Совместного протокола о применении Венской Конвенции и Парижской Конвенции от 21 сентября 1988 г. или иного аналогичного международно-правового акта, определяющего режим

gegenüber Dritten geregelt wird und dem die Bundesrepublik Deutschland beigetreten ist. Die russische Vertragspartei wird die deutsche Vertragspartei darüber schriftlich benachrichtigen.

(3) Unbeschadet des Absatzes 2 kann jede Vertragspartei das Abkommen jederzeit auf diplomatischem Wege schriftlich kündigen. Das Abkommen tritt in diesem Fall ein Jahr nach Erhalt dieser Notifikation durch die andere Vertragspartei außer Kraft.

(4) Nach Erlöschen dieses Abkommens durch Kündigung gemäß Absatz 3 findet es weiterhin Anwendung auf nukleare Schäden infolge eines nuklearen Ereignisses, das durch eine vor Erlöschen des Abkommens geleistete Lieferung des Lieferers an den Empfänger verursacht wurde.

ответственности за ядерный ущерб перед третьей стороной, участницей которого является Федеративная Республика Германия. Российская Сторона направит Германской Стороне соответствующее письменное уведомление.

3. Без ущерба для пункта 2 настоящей статьи каждая из Сторон может в любой момент письменно уведомить по дипломатическим каналам о своем намерении прекратить действие настоящего Соглашения. В этом случае Соглашение прекращает свое действие через год после получения другой Стороной такого уведомления.

4. В случае прекращения действия настоящего Соглашения по основаниям, указанным в пункте 3 настоящей статьи, оно продолжает применяться в отношении ядерного ущерба, причиненного в результате ядерного инцидента, который вызван поставкой, произведенной Поставщиком в адрес Получателя до прекращения действия Соглашения.

Geschehen zu Bonn am 8. Juni 1998 in zwei Urschriften, jede in deutscher und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Совершено в г.Бонне «8» июня 1998 года в двух экземплярах, каждый на русском и немецком языках, причем оба текста имеют одинаковую силу.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
За Правительство Федеративной Республики Германия
Kinkel
Angela Merkel

Für die Regierung der Russischen Föderation
За Правительство Российской Федерации
Dr. Jewgeni Adamow

Anlage
zum Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Russischen Föderation
über nukleare Haftung im Zusammenhang
mit Lieferungen aus der Bundesrepublik Deutschland
für Kernanlagen in der Russischen Föderation

Muster des Bestätigungsschreibens

(Briefbogen des Lieferers von Ausrüstungen)

Ministerium der Russischen Föderation für Atomenergie

Moskau, 109180, Staromonetny, 26

Kopie an: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Postfach 12 06 29, 53048 Bonn

(Datum)

Freistellung der Lieferer von Ausrüstungen und Dienstleistungen für Kernanlagen in der Russischen Föderation von Schadensersatzverpflichtungen auf Grund von nuklearen Schäden

Sehr geehrte Herren,

die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Russischen Föderation haben am 8. Juni 1998 ein Abkommen über nukleare Haftung im Zusammenhang mit Lieferungen aus der Bundesrepublik Deutschland für Kernanlagen in der Russischen Föderation (im folgenden „Abkommen") abgeschlossen.

In Übereinstimmung mit Artikel 3 des Abkommens hat sich die Regierung der Russischen Föderation bereit erklärt, den von der deutschen zuständigen Stelle mitgeteilten Lieferern, die Lieferungen für Kernanlagen in der Russischen Föderation tätigen, einen entsprechenden Rechtsschutz zu gewährleisten und sie von Haftungsansprüchen Dritter im Zusammenhang mit nuklearen Schäden durch ein auf dem Hoheitsgebiet der Russischen Föderation eingetretenes nukleares Ereignis freizustellen.

Hiermit informieren wir Sie, daß (Name des Lieferers) einen Liefervertrag im Sinne dieses Abkommens mit (Name des Empfängers) vom (Datum) abgeschlossen hat. Kopie des Vertrages ist beigefügt.

Wir gehen von dem Verständnis aus, daß in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Abkommens

a) der Lieferer im Sinne des Abkommens von der Haftung nach Artikel 3 des Abkommens freigestellt wird;

b) bezüglich der Verpflichtungen gegenüber dem Lieferer nach Artikel 3 des Abkommens sich die Regierung der Russischen Föderation bereit erklärt, daß – falls beiderseitige Konsultationen innerhalb von drei Monaten zu keiner Regelung geführt haben – alle Streitigkeiten, Differenzen oder Klagen zwischen dem Lieferer und der Regierung der Russischen Föderation im Zusammenhang mit dem Abkommen und diesem Bestätigungsschreiben, einschließlich deren Wirksamkeit, durch ein Schiedsgerichtstribunal nach der Schiedsordnung der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) endgültig entschieden werden. Die Ernennende Stelle im Sinne der UNCITRAL-Schiedsordnung ist das Institut für Schiedsverfahren der Stockholmer Handelskammer, Schweden. Der Sitz des Schiedsgerichts ist Stockholm, Schweden. Soweit die UNCITRAL-Schiedsordnung keine spezifische Regelung vorsieht, entscheidet das Schiedsgerichtstribunal;

c) die Bestimmungen des Artikels 3 des Abkommens bezüglich der Freistellung von Schadensersatzverpflichtungen als Hinweis in dieses Bestätigungsschreiben aufgenommen werden und für die (Name des Lieferers) und die Regierung der Russischen Föderation verbindlich sind.

Wir bitten Sie, dieses Dokument an der gekennzeichneten Stelle zu unterzeichnen, um damit zu bestätigen, daß das Vorstehende eine Vereinbarung zwischen uns darstellt.

Hochachtungsvoll

(Bevollmächtigter Vertreter des Lieferers)

Akzeptiert und abgestimmt

(Bevollmächtigter Vertreter des Ministeriums der Russischen Föderation für Atomenergie)

Datum: ...

Anlagen:

1. Kopie des Vertrags
2. Liste der Zulieferer

Приложение
к Соглашению между Правительством Российской Федерации и Правительством Федеративной Республики Германия об ответственности за ядерный ущерб в связи с поставками из Федеративной Республики Германия для ядерных установок в Российской Федерации

Образец письма-подтверждения
[Бланк поставщика оборудования]

Министерство Российской Федерации по атомной энергии

Москва, 109180, Старомонетный, 26

Копия: Федеральному министерству окружающей среды, охраны природы и безопасности ядерных реакторов
Адрес: п/я 12 06 29, 53048 Бонн

[Дата]

О порядке освобождения поставщиков оборудования и услуг для ядерных установок в Российской Федерации от обязанности возмещения ущерба в связи с ядерным ущербом

Уважаемые господа,

Правительство Российской Федерации и Правительство Федеративной Республики Германия «8» июня 1998 г. заключили между собой Соглашение об ответственности за ядерный ущерб в связи с поставками из Федеративной Республики Германия для ядерных установок в Российской Федерации (далее именуется - Соглашение).

В соответствии со статьей 3 Соглашения Правительство Российской Федерации готово обеспечить поставщикам, о которых сообщит германский компетентный орган, осуществляющим поставки для ядерных установок в Российской Федерации, надлежащую правовую защиту и освобождать их от обязанности возмещения ущерба по претензиям третьих сторон в связи с ядерным ущербом, причиненным вследствие ядерного инцидента, призошедшего на территории Российской Федерации.

Настоящим мы информируем Вас, что [наименование поставщика] заключил контракт на поставку, как этот термин понимается в Соглашении, с [наименование получателя] от [дата]. Копия контракта прилагается.

Мы исходим из того понимания, что в соответствии с условиями Соглашения:

а) поставщик, как этот термин понимается в Соглашении, освобождается от обязанности возмещения ущерба в соответствии со статьей 3 Соглашения;

б) Правительство Российской Федерации относительно своих обязательств по статье 3 Соглашения в отношении Поставщика в случае, если двусторонние консультации в течение трех месяцев не приводят к урегулированию, заявляет, что любые споры, разногласия или иски между поставщиком и Правительством Российской Федерации, возникающие в связи с Соглашением и настоящим письмом-подтверждением, включая вопросы их действительности, подлежат окончательному решению арбитражным трибуналом в соответствии с Арбитражным регламентом Комиссии ООН по праву международной торговли (ЮНСИТРАЛ). Назначающей инстанцией в связи с Арбитражным регламентом ЮНСИТРАЛ является Арбитражный институт Стокгольмской торговой палаты, Швеция. Место нахождения Арбитражного суда - Стокгольм, Швеция. Если Арбитражным регламентом ЮНСИТРАЛ не предусматривается какая-либо конкретная ситуация, то решение о порядке действий будет приниматься арбитражным трибуналом.

в) положения статьи 3 Соглашения, касающиеся освобождения от обязанности возмещения ущерба, включаются в виде ссылки в настоящее письмо-подтверждение и являются обязательными для [наименование поставщика] и Правительства Российской Федерации.

Просим подписать настоящий документ в обозначенном месте для подтверждения, что вышеизложенное составляет соглашение между нами.

С уважением,

[Уполномоченный представитель Поставщика]

ПРИНЯТО И СОГЛАСОВАНО

[Уполномоченный представитель Министерства Российской Федерации по атомной энергии]

Дата: ...

Приложения:

1. Копия контракта
2. Список субконтакторов

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens zur Befreiung der von diplomatischen oder konsularischen Vertretern errichteten Urkunden von der Legalisation

Vom 21. Juli 1998

Das Europäische Übereinkommen vom 7. Juni 1968 zu Befreiung der von diplomatischen oder konsularischen Vertretern errichteten Urkunden von der Legalisation (BGBl. 1971 II S. 85) wird nach seinem Artikel 6 Abs. 3 für die

Tschechische Republik am 25. September 1998

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 28. Februar 1995 (BGBl. II S. 251).

Bonn, den 21. Juli 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Verordnung und des deutsch-kroatischen Abkommens über die gegenseitige Befreiung von Steuern und Straßengebühren für Straßenfahrzeuge im internationalen Verkehr

Vom 22. Juli 1998

Nach Artikel 2 Abs. 3 der Verordnung vom 27. Februar 1998 zu dem Abkommen vom 9. Dezember 1996 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kroatien über die gegenseitige Befreiung von Steuern und Straßengebühren für Straßenfahrzeuge im internationalen Verkehr (BGBl. 1998 II S. 182) wird hiermit bekanntgemacht, daß die Verordnung nach ihrem Artikel 2 Abs. 1

am 25. Juni 1998

in Kraft getreten ist.

Am gleichen Tag ist das Abkommen vom 9. Dezember 1998 über die gegenseitige Befreiung von Steuern und Straßengebühren für Straßenfahrzeuge im internationalen Verkehr nach seinem Artikel 4 Abs. 1 Satz 2 in Kraft getreten.

Bonn, den 22. Juli 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Eingliederung der Internationalen Pappelkommission in die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen

Vom 23. Juli 1998

Das Übereinkommen vom 19. November 1959 zur Eingliederung der Internationalen Pappelkommission in die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (BGBl. 1965 II S. 1533) ist nach seinem Artikel XIII Abs. 1 für

Südafrika	am 10. April 1996

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 17. November 1992 (BGBl. II S. 1329).

Bonn, den 23. Juli 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Satzung der Europäischen Kommission zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche

Vom 23. Juli 1998

Die Satzung der Europäischen Kommission zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche vom 11. Dezember 1953 in der Fassung der Änderungen vom 26. Oktober 1962 und 10. November 1989 (BGBl. 1975 II S. 625; 1995 II S. 490) ist nach ihrem Artikel XV Abs. 1 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Mazedonien, ehemalige jugoslawische Republik	am 24. Februar 1997
Slowenien	am 25. Juli 1995

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 24. Mai 1995 (BGBl. II S. 490).

Bonn, den 23. Juli 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Unidroit-Übereinkommens über das internationale Factoring

Vom 31. August 1998

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 25. Februar 1998 zu dem Unidroit-Übereinkommen vom 28. Mai 1988 über das internationale Factoring (BGBl. 1998 II S. 172) wird bekanntgemacht, daß das Übereinkommen nach seinem Artikel 14 Abs. 2 für die

Bundesrepublik Deutschland am 1. Dezember 1998

in Kraft treten wird.

Die Ratifikationsurkunde ist am 20. Mai 1998 bei dem kanadischen Außenministerium hinterlegt worden.

Das Übereinkommen ist ferner für folgende Staaten in Kraft getreten:

Frankreich am 1. Mai 1995

nach Maßgabe der nachstehenden, bei Hinterlegung der Genehmigungsurkunde abgegebenen Erklärung:

«Conformément à l'article 18 de la Convention, le Gouvernement français déclare qu'une cession en vertu de l'article 6 paragraphe 1er n'a pas d'effet à l'égard du débiteur qui, lors de la conclusion du contrat de vente de marchandises, a son établissement sur le territoire de la République française.»

(Übersetzung)

„In Übereinstimmung mit Artikel 18 des Übereinkommens erklärt die französische Regierung, daß eine Abtretung nach Artikel 6 Absatz 1 gegenüber dem Schuldner unwirksam sein soll, wenn dieser bei Abschluß des Warenkaufvertrags seine Niederlassung im Hoheitsgebiet der Französischen Republik hat."

Italien am 1. Mai 1995

Lettland am 1. März 1998

nach Maßgabe der nachstehenden, bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde abgegebenen Erklärung:

"In accordance with Article 18 of the UNIDROIT Convention On International Factoring, the Republic of Latvia declares that the assignment of a receivable made in accordance with Article 6.1 shall not be effective against the debtor when, at the time of conclusion of the contract of sale of goods, it has its place of business in the Republic of Latvia."

(Übersetzung)

„In Übereinstimmung mit Artikel 18 des Unidroit-Übereinkommens über das internationale Factoring erklärt die Republik Lettland, daß die nach Artikel 6 Absatz 1 erfolgte Abtretung einer Forderung gegenüber dem Schuldner unwirksam sein soll, wenn dieser bei Abschluß des Warenkaufvertrags seine Niederlassung in der Republik Lettland hat."

Nigeria am 1. Mai 1995

Ungarn am 1. Dezember 1996

Bonn, den 31. August 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (02 28) 3 82 08 - 0, Telefax: (02 28) 3 82 08 - 36.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 88,00 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 2,80 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1997 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 13,20 DM (11,20 DM zuzüglich 2,00 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 14,30 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-vietnamesischen Investitionsförderungsvertrags

Vom 31. August 1998

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 5. Dezember 1997 zu dem Vertrag vom 3. April 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Vietnam über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen (BGBl. 1997 II S. 2116) wird hiermit bekanntgemacht, daß der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 sowie das dazugehörige Protokoll vom selben Tag

am 19. September 1998

in Kraft treten wird.

Die Ratifikationsurkunden sind in Bonn am 19. August 1998 ausgetauscht worden.

Bonn, den 31. August 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger